



**Geschäftsbericht 2006**

/ BAADER /

Der indische Tiger wird auch „Königstiger“ genannt. Er ist das Nationaltier von Indien und steht kraftvoll, anmutig und standhaft stellvertretend für die Gesundheit des ganzen Landes. Die Größe seines Reviers orientiert sich ausschließlich an der Verfügbarkeit von Beutetieren. Es wird mit allen Mitteln verteidigt.



## Geschäftsbericht 2006

Indien ist mit einer Fläche von 3.287.590 Quadratkilometern der siebtgrößte Staat der Erde und mit 1,112 Milliarden Einwohnern der zweit bevölkerungsreichste Staat. Die wahre wirtschaftliche Größe Indiens erschließt sich aber über die unglaubliche Vitalität und Leistungsbereitschaft der Inder.

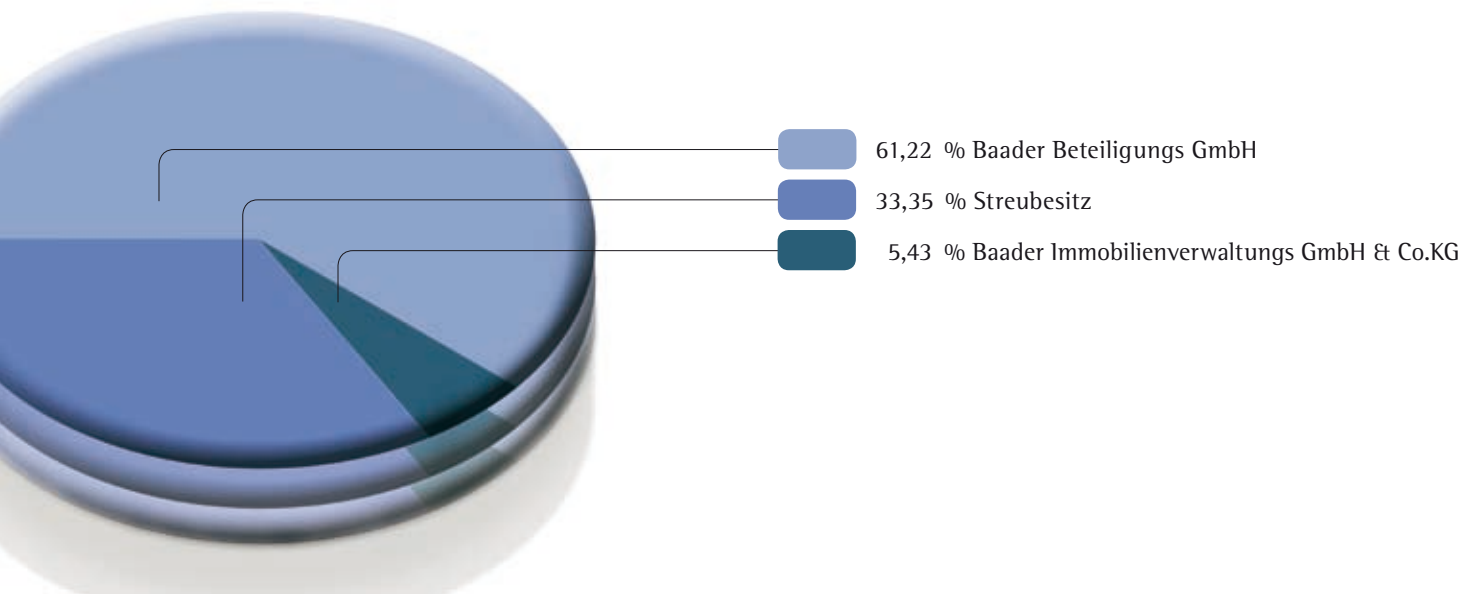
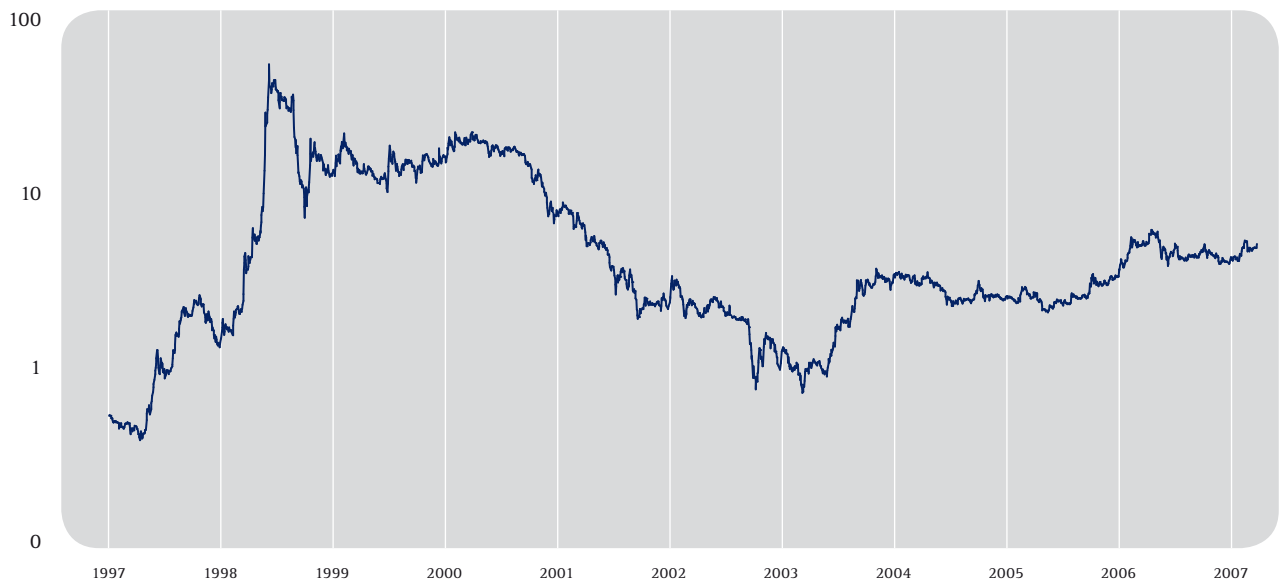
Rufe Gott an, aber lenke deine Ruder an den Felsen vorbei.

Aus Indien

/ BAADER /

## Kennzahlenübersicht

Kurs in EUR



## Kennzahlenübersicht

		2006	2005	Veränderung in %
<b>Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung</b>				
Provisionsergebnis	Mio. €	36,85	24,39	51,1
Handelsergebnis	Mio. €	49,72	34,89	42,5
Verwaltungsaufwand (in Mio. €)	Mio. €	63,16	50,41	25,3
Jahresergebnis (in Mio. €)	Mio. €	30,65	8,00	283,1
EPS (in €)	€	0,67	0,18	272,2
<b>Konzern-Bilanz</b>				
Eigenkapital (in Mio. €)	Mio. €	152,63	127,09	20,1
Bilanzsumme (in Mio. €)	Mio. €	247,59	184,50	34,2
<b>Kennzahlen des Geschäfts</b>				
Mitarbeiter (zum 31.12.)	Anzahl	266	225	18,2
Orderbücher (zum 31.12.)	Stück	120.579	61.552	95,9
<b>Baaderbank Aktienkurs</b>				
Eröffnungskurs (02.01.)	€	3,37	2,60	29,6
Höchster Kurs	€	6,21	3,47	79,2
Niedrigster Kurs	€	3,37	2,10	60,5
Schlusskurs (30.12.)	€	3,93	3,35	17,3
Marktkapitalisierung (30.12.)	Mio. €	180,4	153,8	17,3
Aktienumsatz (Tagesdurchschnitt)	Stück	52.007	42.233	23,1



Jedem wird sofort der harmonische Lebensstil auffallen – die Einigkeit trotz der Mannigfaltigkeit des indischen Volkes. Ihr freundliches Lächeln und ihre Wärme, die man in ganz Indien spüren kann, sind Ausdruck der Zufriedenheit der Inder, trotz der Unzulänglichkeiten eines sich extrem stark entwickelnden Landes.

Am reichsten sind die Menschen,  
die auf das Meiste verzichten können.

Aus Indien



## Inhaltsverzeichnis

Vorwort	8
Lagebericht Konzern	11
1. Geschäft und Rahmenbedingungen	11
2. Ertragslage	13
3. Vermögenslage	16
4. Finanzlage	18
5. Nachtragsbericht	18
6. Erklärung gemäß § 312 AktG	18
7. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren	18
8. Zweigstellenbericht	19
9. Vergütungsbericht gemäß § 289 Abs. 1 Nr. 5 HGB	19
10. Kapitalbericht gemäß § 289 Abs. 4 HGB	24
11. Risikobericht	30
12. Prognosebericht	37
Bericht des Aufsichtsrats	41
Corporate Governance-Bericht	45
Konzern-Jahresabschluss	55
Inhaltsübersicht	55
Konzern-Bilanz	58
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	59
Eigenkapitalveränderung	60
Kapitalflussrechnung	62
Anhang (Notes)	64
Bestätigungsvermerk	121
Impressum	122

## **Sehr geehrte Aktionäre und Geschäftsfreunde, verehrte Damen und Herren,**

den diesjährigen Geschäftsbericht haben wir, wie Sie in den folgenden Kapitelseiten sehen werden, dem Land Indien gewidmet. Indien weist, neben seiner Schönheit und Vielfaltigkeit, einen riesigen Binnenmarkt auf. Weltweit ist bereits heute schon jeder fünfte Mensch Inder. Seit 15 Jahren wächst Indiens Bruttoinlandsprodukt mit stabilen 6 – zuletzt sogar 8 Prozent – pro Jahr. Breite Schichten der indischen Bevölkerung partizipieren an diesem Wachstum. In Mumbai steht die älteste Börse Asiens. Es gibt hervorragende Derivate-Märkte und ein angelsächsisch geprägtes Rechtssystem, mit dem wir umzugehen verstehen. Die Sparquote in Indien liegt knapp unter 30 Prozent, und die Zahl der Besserverdienenden nimmt pro Jahr um 25 Prozent zu. Indien bietet gute Rahmenbedingungen, deshalb engagieren wir uns.

Ein weiterer Markt, auf den wir unseren Fokus richten, sind die Golfstaaten. Im Oman werden wir uns an einem Finanzdienstleister beteiligen. In der Golfregion suchen enorme Kapitalüberschüsse nach Anlagemöglichkeiten. Über die geplante Beteiligung wollen wir uns sowohl Zugang zu den dortigen Kapitalmärkten als auch zu arabischen Investoren verschaffen. Diese blicken verstärkt nach Europa, um ihre Gelder anzulegen. Baader kann ihnen Zugang zu weltweiten Börsenplätzen ermöglichen.

Unseren europäischen Heimatmarkt werden wir aber natürlich nicht vernachlässigen. Wir streben noch im Jahr 2007 eine Börsenmitgliedschaft in London an, für Skandinavien und Spanien ist der direkte Marktzugang in Vorbereitung. Unserer Führungsrolle am deutschen Kapitalmarkt werden wir weiterhin mit entsprechenden Maßnahmen gerecht bleiben.

Nichtsdestotrotz bleibt der Mensch der wichtigste Erfolgsfaktor, um die an uns gestellten Anforderungen für das kommende Jahrzehnt bewältigen zu können. Neue gesetzliche Rahmenbedingungen in Europa und die Weiterentwicklung der weltweiten Handels- und Abwicklungsplattformen stellen uns vor große Herausforderungen. Unsere Eigenkapitalausstattung, unsere IT-Infrastruktur und unsere hochqualifizierten Mitarbeiter ermöglichen es uns,





frühzeitig auf entscheidende Entwicklungen zu reagieren und uns entsprechend zu positionieren. Wir haben branchenweit erstmalig ein eigenes Vorstandsressort MiFIS geschaffen, um der Umsetzung der EU-weiten MiFID-Richtlinie Rechnung zu tragen.

Unser ganz herzlicher Dank gilt allen Mitarbeitern des Baader-Konzerns, denn nur durch ihr Engagement und ihre tatkräftige Unterstützung konnten wir die Führungsrolle in Deutschland weiter ausbauen. Sie tun das mit einem Einsatz und einer Motivation, die alles andere als selbstverständlich sind.

Die Aktionäre, die uns schon durch turbulente Zeiten begleitet und ihr Vertrauen bewahrt haben, können wir durch eine Erhöhung der Dividende am Erfolg des Unternehmens teilhaben lassen.

Wir werden uns 2007 mit aller Kraft für die Interessen unserer Aktionäre, unserer Kunden, unserer Mitarbeiter und der Gesellschaft insgesamt einsetzen.

Der Vorstand

Uto Baader, Dieter Brichmann, Stefan Hock,  
Christopher Schütz, Dieter Silmen



Indiens Wirtschaftsmotor läuft auf Hochtouren. In den vergangenen zehn Jahren ist die indische Volkswirtschaft um durchschnittlich sechs Prozent pro Jahr gewachsen. Die Aussichten sind günstig, dass die indische Wachstums-Lokomotive mit unverminderter Geschwindigkeit in die Zukunft fährt. Werden die Weichen entsprechend gestellt, kann Indien in den kommenden 10 bis 15 Jahren sogar ein Wachstum von durchschnittlich sieben bis acht Prozent pro Jahr erreichen. Damit wird Indien das stärkste Wachstum der wichtigsten Industrie- und Entwicklungsländer aufweisen, wenn auch von einem extrem niedrigen Niveau aus. (Quelle: Deutsche Bank Research)

Glück hilft nur manchmal, Arbeit immer.

Aus Indien



## Lagebericht Konzern

### 1. Geschäft und Rahmenbedingungen

#### Der Markt

Die europäischen Aktienmärkte haben sich trotz einer deutlichen Kurskorrektur im Frühjahr bis zum Jahresende 2006 sehr positiv entwickelt. Der deutsche Aktienindex (DAX) lag, wie schon im Vorjahr, mit einem Plus von rund 22 % vor dem europäischen Leitindex DJ Stoxx 50, der es auf rund 14 % brachte. MDAX, SDAX und TecDAX konnten mit Zuwächsen zwischen 25 % und 31 % aufwarten. Der REX-Performance-Index (Deutsche Staatsanleihen) tendierte schwächer und gab 3 Prozentpunkte nach.

Der US-Index Dow Jones Industrial Average legte währungsbereinigt im Vergleich nur etwa 4 % zu. Die Freiverkehrsbörse NASDAQ schloss mit einem Minus von 4 %. Der NIKKEI-225 büßte im abgeschlossenen Börsenjahr 5 % ein.

Innerhalb der BRIC Staaten gehörte der chinesische Aktienindex Shenzhen Se B Share währungsbereinigt mit einem Wertezuwachs von 98 % zu den Spitzenreitern. Der russische Aktienindex RTS wuchs um 53 %, während Brasilien und Indien um jeweils 30 % anstiegen.

Der Gesamtumsatz an den deutschen Börsen erhöhte sich auf insgesamt mehr als € 5 Billionen, ein Zuwachs von 32 % im Vergleich zum Vorjahr (2005: € 3,8 Billionen). Der Gesamtumsatz teilt sich auf in rund € 4,6 Billionen in Aktien, Optionsscheinen und Exchange Traded Funds sowie rund € 460 Mrd. in Renten (Quelle: Deutsche Börse).

Im internationalen Vergleich bleibt jedoch das Vertrauen der Deutschen in die Aktienanlage weiter niedrig. Nach Angaben des Deutschen Aktieninstituts hatten 10,3 Millionen Bundesbürger im vergangenen Jahr ihr Geld in Aktien

oder Aktienfonds investiert. Das entspricht 15,8 % der Bevölkerung und damit 1 % weniger als im Jahr 2005.

75 Börsenneulinge haben bei ihrem Börsengang Aktien ausgegeben, um Kapital aufzunehmen. Die Mehrheit der Börsendebütanten (107) hat lediglich eine Notierung ihrer Aktien an der Börse vornehmen lassen. Insgesamt wurde ein Emissionsvolumen von € 6,2 Mrd. platziert.

**Die Marktposition der Baader Wertpapierhandelsbank AG**  
Die Baader Wertpapierhandelsbank AG hat die positive Stimmung an den Kapitalmärkten dazu genutzt, im Rahmen ihrer Kerngeschäftsfelder neue Wachstumsregionen zu erschließen und sich mehr international auszurichten.

Diesen Schritt in das Ausland tat die Baader Wertpapierhandelsbank AG mit der Beteiligung an einem indischen Finanzdienstleister, der Parsoli Corporation Ltd., in Mumbai. Innerhalb des Jahres stockte die Baader Wertpapierhandelsbank AG ihre Beteiligung von 9,08 % auf 24,9 % auf. Die Parsoli Corporation Ltd. in Mumbai, Indien, ist u.a. als Finanzdienstleister von der indischen Zentralbank (RBI) und der Kapitalmarktaufsicht (SEBI) zugelassen. Sie ist Mitglied an der National Stock Exchange of India, deren angeschlossener Derivatebörse und der Bombay Stock Exchange.

Um das im Jahr 2005 neu eröffnete Geschäftsfeld Alternative Investment Strategien weiter auszubauen, erhöhte die Baader Wertpapierhandelsbank AG ihre Beteiligung an der Conservative Concept Gruppe (CCPM), Bad Homburg, von 19,96 % auf 49,96 %. CCPM hat sich auf die Konzeption und Umsetzung von alternativen Anlagestrategien konzentriert und ist auf den Einsatz von Futures und Optionen in Form von Single Hedgefonds, Managed Accounts und Zertifikaten

spezialisiert. CCPM verwaltet inzwischen ein Vermögen in Höhe von € 132 Mio. (Vorjahr: € 53 Mio.)

Die 70 %ige Tochter Heins & Seitz Capital Management GmbH wurde mit Wirkung zum 18.07.2006 in die Baader Heins & Seitz Capital Management AG umgewandelt, um die Konzernzugehörigkeit besser zu dokumentieren. Die Baader Heins & Seitz Capital Management AG ist auf den Handel mit festverzinslichen Instrumenten, insbesondere Schuldscheindarlehen und Nachrangdarlehen spezialisiert und ist in diesem Jahr in den Geldhandel eingestiegen.

Im Vermittlungsgeschäft Renten wurde die Produktpalette um Schuldscheindarlehen der öffentlichen Hand und von Banken, Namenstitel von Hypothekenbanken und öffentlich-rechtlichen Banken, Sparkassenbriefe, Pfandbriefe und Bankeninhaberschuldverschreibungen, Financial- und Corporate Bonds, Floating Rate Notes, derivative und strukturierte Zinsprodukte, eigenkapitalwirksame Titel und Termingelder erweitert.

Die im Jahr 2007 anstehende Einführung der neuen EU-Richtlinie MiFID (Markets in Financial Instruments Directives) wird die Geschäftsentwicklung der Baaderbank voraussichtlich positiv beeinflussen. Branchenweit wurde mit dem Bereich MiFIS erstmalig ein eigenes Vorstandsressort geschaffen, um eine frühzeitige und optimale nationale und internationale Kunden- und Partnerpositionierung im Rahmen der Umsetzung der EU-Richtlinie zu ermöglichen. Aus diesem Grund ist Herr Christopher Schütz zum 01.10.2006 zum neuen Vorstandsmitglied der Baader Wertpapierhandelsbank AG bestellt worden.

Zum Stichtag 31.12.2006 wurden insgesamt 120.579 Orderbücher betreut. Dies ist gegenüber dem Jahresende 2005 eine

Verdopplung. Auf Aktien entfielen 10.128 Skontren, auf Optionsscheine, Zertifikate und ETFs 101.705, auf Renten und Genussscheine 7.917 Skontren und auf Fonds 829 Skontren. Diese wurden an der Börse München im Zuge des Einstiegs in die Skontrofführung für Fonds übernommen.

Gemessen am Umsatz erreichte die Baader Wertpapierhandelsbank AG an der Frankfurter Wertpapierbörse einen Marktanteil von etwa 30 %, an der Börse München beträgt der Marktanteil ca. 60 %. An der Stuttgarter Börse ist die Baader Wertpapierhandelsbank AG ausschließlich als Skontrofführer für ausländische Aktien tätig. Ihr Marktanteil beträgt in diesem Segment 100 %.

Im Geschäftsjahr 2006 hat die Baader Wertpapierhandelsbank AG 31 Kapitalmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von ca. € 153 Mio. begleitet. Darunter befanden sich 6 IPOs, die ecotel communication AG, Impreglon AG, ENDOR AG, artec technologies AG, aovo Touristik AG und die Inter-Card AG Informationssysteme.

Die ordentliche Hauptversammlung vom 19.07.2006 hat unter anderem beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft aus Gesellschaftsmitteln von € 22.954.341,00 um € 22.954.341,00 auf € 45.908.682,00 durch Umwandlung eines Teilbetrags von € 22.954.341,00 der Kapitalrücklage zu erhöhen. Die neuen Aktien sind vom Beginn des Geschäftsjahres 2006 an gewinnbezugsberechtigt.

Das Eigenkapital der Baader Wertpapierhandelsbank AG verbesserte sich im Jahr 2006 erneut auf T€ 152.626 und bildet somit eine solide Grundlage für weiteres Wachstum. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Baader Wertpapierhandelsbank AG mit der Konzentration auf ihr Kerngeschäft und der dortigen Diversifizierung der

Produktpalette im Heimatmarkt und ihrer Weichenstellung, attraktive Wachstumschancen im Ausland zu realisieren, stabil und profitabel in die Zukunft blicken kann.

#### Tochtergesellschaften und assoziierte Unternehmen

Unverändert im Vergleich zum Geschäftsjahr 2005 werden die 100 %igen Anteile an der Baader Management AG und der Baader Service Bank GmbH sowie die 70 %ige Beteiligung an der Baader Heins & Seitz Capital Management AG im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss der Baader Wertpapierhandelsbank AG einbezogen.

Mit der Anteilsaufstockung um weitere 30 % auf 49,96 % der Anteile an der Conservative Concept Portfolio Management AG (CCPM), Bad Homburg und der Schließung eines Stimmbindungsvertrages mit zwei weiteren Gesellschaftern der CCPM wird die Gesellschaft mit ihren Töchtern Direct AG, Bad Homburg (98,43 %) und Conservative Concept AG,

Zug (99,99 %) seit dem 01.10.2006 als vollkonsolidiertes Tochterunternehmen in den Konzernabschluss einbezogen.

Als assoziierte Unternehmen werden gemäß IAS 28 die Beteiligung an der SPAG St. Petersburg Immobilien und Beteiligungs AG, Darmstadt (39,81 %), die Beteiligung an der Parsoli Corporation Ltd., Mumbai, Indien (24,90 %) sowie die von der Baader Wertpapierhandelsbank AG und der Baader Service Bank GmbH gehaltenen Fondsanteile am Herald Europe-CI (21,40 %), Globe CC AMI-Fonds (44,94 %) und CONQUEST BFA AMI-Fonds (21,26 %) nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen.

## 2. Ertragslage

Die unten stehende Übersicht beinhaltet die wichtigsten Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung für die Jahre 2006 und 2005 sowie ihre Veränderungen.

	2006	2005	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Zinsergebnis	551	-481	1.032	n.a.
Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	-62	-2	-60	n.a.
Provisionsergebnis	36.846	24.387	12.459	51,1
Handelsergebnis	49.721	34.891	14.830	42,5
Ergebnis aus Available-for-Sale Beständen und at Equity bewerteten Unternehmen	12.254	1.550	10.704	690,6
Verwaltungsaufwand	63.157	50.412	12.745	25,3
Betriebsergebnis	36.153	9.933	26.220	264,0
Saldo Sonstige Aufwendungen und Erträge	-10.636	1.215	-11.851	n.a.
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	25.517	11.148	14.369	128,9
Steuerergebnis	5.136	-3.146	8.282	n.a.
<b>Jahresüberschuss vor konzernfremden Gesellschaftern</b>	<b>30.652</b>	<b>8.002</b>	<b>22.650</b>	<b>283,0</b>

Der bereits in 2005 zu verzeichnende Aufwärtstrend an den Börsen hat sich in 2006 fortgesetzt. Die freundliche Stimmung an den Kapitalmärkten hat sich positiv auf die Ertragssituation der Baader Wertpapierhandelsbank AG ausgewirkt, die im Geschäftsjahr 2006 den höchsten Jahresüberschuss seit dem Geschäftsjahr 2000 erwirtschaftet hat. Aufgrund einer gestärkten Wettbewerbsposition konnten die Umsätze an allen Börsenplätzen gesteigert und das Betriebsergebnis deutlich um T€ 26.220 mehr als verdreifacht werden. Trotz eines negativen Saldos der sonstigen Aufwendungen und Erträge konnte gegenüber dem Vorjahr ein um T€ 14.369 oder 128,9 % höheres Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit erzielt werden. Nach einem positiven Steuerergebnis infolge der Aktivierung von Körperschaftsteuerguthaben wird ein Jahresüberschuss vor konzernfremden Gesellschaftern von T€ 30.652 ausgewiesen. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung um 283,0 %. Die erneute erhebliche Ergebnisverbesserung ist eine eindrucksvolle Bestätigung der in den letzten Jahren verfolgten Unternehmensstrategie, antizyklisch in die Kerngeschäftsfelder zu investieren und neue Geschäftsfelder zu erschließen und auszubauen.

Insgesamt lag das Ergebnis des Geschäftsjahres 2006 über den Erwartungen.

Das positive Zinsergebnis in Höhe von T€ 551 ergibt sich vor allem aus dem Einlagengeschäft der Tochtergesellschaft Baader Service Bank GmbH sowie durch geringere Zinsaufwendungen für die Refinanzierung des Verwaltungsgebäudes in Unterschleissheim.

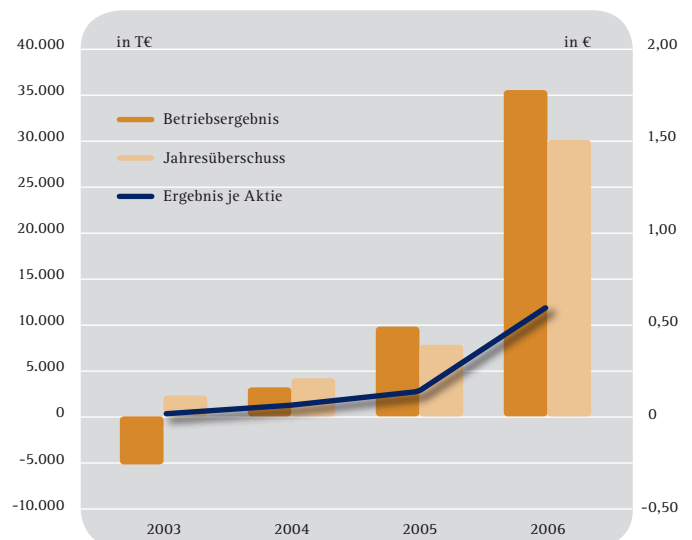
Erfreulich ist die positive Entwicklung des Provisionsergebnisses von T€ 24.387 auf T€ 36.846. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 51,1 %.

Dabei haben alle Geschäftsbereiche zu dieser Ergebnissteigerung beigetragen. Besonders hervorzuheben sind hierbei die Geschäftsbereiche Skontroführung und Eigenhandel mit einer Steigerung um T€ 10.405 sowie auch der neue Geschäftsbereich Finanzportfolioverwaltung mit einer Steigerung um T€ 1.675.

Das Handelsergebnis konnte trotz geringerer Handelsmargen vor allem durch die Erhöhung von Marktanteilen sowie die gestiegenen Handelsvolumina auf T€ 49.721 gegenüber dem Vorjahr um 42,5 % gesteigert werden.

Besonders erfreulich zeigte sich die Entwicklung des Ergebnisses aus Available-for-Sale Beständen und at Equity bewerteten Unternehmen. Im Ergebnis aus Available-for-Sale Beständen werden Erträge von T€ 5.458 aus der Veräußerung von Wertpapieren des Anlagebuches ausgewiesen. Sonstige

#### 4-Jahresvergleich: Betriebsergebnis/Jahresüberschuss/Ergebnis je Aktie



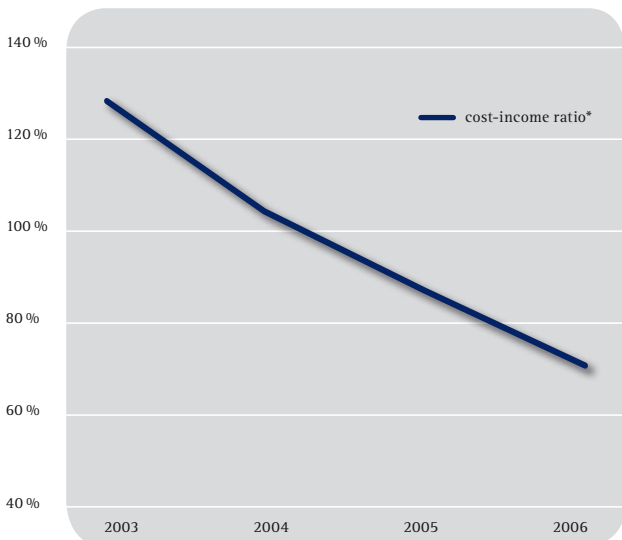
Ergebnisbestandteile wie Zinsen und Dividenden belaufen sich auf T€ 549. Auf das Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen entfallen T€ 6.248.

Einhergehend mit der deutlichen Ergebnisverbesserung ist auch eine Erhöhung der Verwaltungsaufwendungen zu verzeichnen. Diese stiegen im Vergleich zum Vorjahr auf T€ 63.157 um 25,3 % und somit deutlich unterproportional zu den Erträgen.

Vom Verwaltungsaufwand entfallen T€ 37.700 auf den Personalaufwand (Vorjahr: T€ 27.118), T€ 18.713 auf die anderen Verwaltungsaufwendungen (Vorjahr: T€ 16.151) sowie T€ 6.744 auf Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen (Vorjahr: T€ 7.143).

Die Steigerung des Personalaufwandes um T€ 10.582 ist mit T€ 6.902 auf höhere variable Gehaltsbestandteile

**4-Jahresvergleich: cost-income ratio**



\*) ohne Berücksichtigung der Risikovorsorge auf Kreditgeschäft sowie dem Ergebnis aus Available-for-Sale Beständen

zurückzuführen. Die Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen betreffen vor allem die in den letzten Jahren erworbenen Skontren, das Verwaltungsgebäude in Unterschleissheim sowie die Anfang 2004 in Betrieb genommene neue Handelssoftware.

Im Saldo der Sonstigen Aufwendungen und Erträge werden Erträge in Höhe von T€ 2.042 und Aufwendungen von T€ 12.678 gezeigt. Die Erträge betreffen mit T€ 99 periodenfremde Erträge, mit T€ 267 Mieterträge, mit T€ 178 Erträge aus Sponsoring und mit T€ 1.186 Erträge aus der Verrechnung von geldwerten Vorteilen aus der privaten Nutzung von Firmenwagen und der Gewährung von Aktienoptionen. Die sonstigen Aufwendungen betreffen vor allem die Dotierung einer Rückstellung in Höhe von T€ 12.078 für die mögliche Inanspruchnahme durch die EdW im Zusammenhang mit der Befriedigung von geschädigten Anlegern aufgrund des Zusammenbruchs der Phoenix Kapitaldienst GmbH. Eine ausführliche Darstellung des Sachverhalts enthält der Risikobericht.

Durch das Gesetz über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften (SEStEG) wurde das bisherige System der Körperschaftsteuerminderung durch eine ratierte Auszahlung des Körperschaftsteuerguthabens ersetzt. Dies hat im Ergebnis zu einer Aktivierung des Barwertes des Körperschaftsteuerguthabens in Höhe von T€ 11.608 und somit zu einem positiven Steuerergebnis geführt. Weitergehende Ausführungen zu den Ertragsteuern können den Notes entnommen werden.

### 3. Vermögenslage

Die unten stehende Übersicht zeigt die wesentlichen Positionen der Bilanz für das Geschäftsjahr 2006 im Vergleich zum Vorjahr.

	2006	2005	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
<b>Aktiva</b>				
Barreserve	485	2.586	-2.101	-81,2
Forderungen an Kreditinstitute	63.439	24.057	39.382	163,7
Forderungen an Kunden	13.057	2.916	10.141	347,8
Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	-110	-23	-87	378,3
Handelsaktiva	49.013	34.040	14.973	44,0
Available-for-Sale Bestände				
a) Aktien und Beteiligungen	19.299	26.091	-6.792	-26,0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen	3.969	3.650	319	8,7
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	11.789	13.817	-2.028	-14,7
Grundstücke und Gebäude	20.069	20.832	-763	-3,7
Übrige Sachanlagen	1.429	1.645	-216	-13,1
Immaterielle Anlagewerte und Geschäftswerte	21.572	21.611	-39	-0,2
Ertragsteueransprüche	11.627	126	11.501	9.127,8
Sonstige Aktiva	6.375	5.168	1.207	23,4
Aktive latente Steuern	25.576	27.948	-2.372	-8,5
<b>Summe Aktiva</b>	<b>247.589</b>	<b>184.464</b>	<b>63.125</b>	<b>34,2</b>
<b>Passiva</b>				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	26.444	21.144	5.300	25,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	31.999	16.911	15.088	89,2
Handelspassiva	35	0	35	100,0
Rückstellungen	19.457	6.944	12.513	180,2
Ertragsteuerverpflichtungen	1.641	341	1.300	381,2
Sonstige Passiva	11.550	8.281	3.269	39,5
Passive latente Steuern	3.837	3.753	84	2,2
Eigenkapital	152.626	127.090	25.536	20,1
<b>Summe Passiva</b>	<b>247.589</b>	<b>184.464</b>	<b>63.125</b>	<b>34,2</b>



Die Bilanzsumme ist im Berichtsjahr um T€ 63.125 oder 34,2 % auf T€ 247.589 gestiegen.

In den Forderungen an Kreditinstitute sind vor allem für die Abwicklung von Börsengeschäften als Sicherheiten hinterlegte Guthaben sowie die Anlage von Kundeneinlagen ausgewiesen.

Die Position Forderungen an Kunden enthält T€ 10.143 Forderungen an die SPAG St. Petersburg Immobilien und Beteiligungs AG, Darmstadt, (SPAG) aus der beschlossenen Kapitalrückzahlung in Höhe von € 98,00 je Aktie.

Die Handelsaktiva umfassen überwiegend börsennotierte Aktien und Anleihen.

Die Available-for-Sale Bestände setzen sich aus Aktien in Höhe von T€ 14.119, Beteiligungen in Höhe von T€ 5.180 sowie Anleihen und Schuldverschreibungen in Höhe von T€ 3.969 zusammen. Der Verkauf von Anteilen an der KST Beteiligungs AG im Laufe des Geschäftsjahres verringerte den Bestand an Aktien um T€ 5.706. Der Erwerb von weiteren Anteilen der Conservative Concept Portfolio Management AG führt im Konzern zu einer Vollkonsolidierung und verringerte somit wurde den Beteiligungsbestand des Vorjahres in Höhe von T€ 999.

Die Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen betreffen die Beteiligungen an der SPAG St. Petersburg Immobilien und Beteiligungs AG, Darmstadt, der Parsoli Corporation Ltd., Mumbai, sowie Fondsanteile am Herald Europe-CI, am Globe CC AMI-Fonds sowie am Conquest Behavioral Finance Aktien AMI. Der Erwerb der Anteile an der Parsoli Corporation Limited, Mumbai, im Gegenwert von T€ 2.515 hat zu einer Erhöhung der Position Anteile an at Equity

bewerteten Unternehmen geführt. Gleichzeitig führte die Umbuchung eines Teils des Beteiligungsbuchwertes der SPAG in Höhe von T€ 3.450 in die Position Forderungen an Kunden zu einem Rückgang dieser Bilanzposition.

In der Position Grundstücke und Gebäude wird ausschließlich das in 2002 bezogene Verwaltungsgebäude in Unterschleissheim ausgewiesen.

Die Veränderung der Immateriellen Anlagewerte und Geschäftswerte ist durch planmäßige Abschreibungen und die Aktivierung der Handelsstrategien der CCPM als aus Konzernsicht erworbene Immaterielle Vermögensgegenstände verursacht.

Die Ertragsteueransprüche bestehen im Wesentlichen aus der Aktivierung des Barwertes der Körperschaftsteuerguthaben im Konzern in Höhe von T€ 11.608.

Von den Sonstigen Aktiva entfallen auf Forderungen aus Courtagen und Kursdifferenzen T€ 3.127 sowie auf Rückdeckungsansprüche zur Deckung von Pensionsrückstellungen T€ 2.117.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten enthalten mit T€ 13.021 langfristige Fremdmittelaufnahmen für die Finanzierung des Verwaltungsgebäudes.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden resultieren überwiegend aus geleisteten Marginzahlungen für Börsentermingeschäfte von Kunden der Baader Service Bank GmbH.

Die Rückstellungen werden vor allem durch Rückstellungen für Personalaufwendungen, Steuern und für Kostenumlagen der Aufsichtsbehörden bestimmt.



Die Infrastruktur Indiens ist vergleichsweise schwach entwickelt und wirkt als Bremsblock auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum. Die Regierung will den Mittelzufluss für diese Schwachstelle kräftig erhöhen. Dies birgt ein enormes Potenzial für alle, die in diesem Bereich tätig werden wollen.

Bei den Sonstigen Passiva handelt es sich hauptsächlich um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Arbeitnehmern.

Die Gesellschaft verfügt mit einer Eigenkapitalquote von 61,8 % über eine wettbewerbsfähige Kapitalausstattung, die das weitere Wachstum sicherstellen wird.

#### 4. Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit war im Berichtszeitraum jederzeit gewährleistet. Zum Bilanzstichtag stehen Barreserve in Höhe von T€ 485, kurzfristigen Bankforderungen in Höhe von T€ 63.439, Forderungen an Kunden in Höhe von T€ 12.946 sowie jederzeit veräußerbaren Handelsaktiva und Anleihen und Schuldverschreibungen in Höhe von T€ 52.982 kurzfristige Bankverbindlichkeiten und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie Auszahlungsverpflichtungen aus Anteilserwerb und Kapitalerhöhungen in Höhe von T€ 46.058 gegenüber. Saldiert ergibt sich ein bilanzieller Liquiditätsüberschuss von T€ 83.794 (Vorjahr: TE 47.578).

#### 5. Nachtragsbericht

Besondere Vorkommnisse nach dem Bilanzstichtag sind nicht zu berichten.

#### 6. Erklärung gemäß § 312 AktG

Gemäß § 312 AktG hat der Vorstand einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt, der mit folgender Erklärung abschließt:

„Die Baader Wertpapierhandelsbank AG hat nach den Umständen, die dem Vorstand in dem Zeitpunkt bekannt

waren, in dem die im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäfte bzw. sonstigen Maßnahmen vorgenommen wurden, für diese Rechtsgeschäfte bzw. sonstigen Maßnahmen eine angemessene Gegenleistung erhalten. Sie wurde durch getroffene oder unterlassene Maßnahmen nicht benachteiligt. Alle berichtspflichtigen Vorgänge wurden vom Vorstand beschlossen, soweit nach der Satzung bzw. Geschäftsordnung der Baader Wertpapierhandelsbank AG erforderlich auch vom Aufsichtsrat genehmigt und in diesem Abhängigkeitsbericht aufgestellt.“

#### 7. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren Mitarbeiter

Im Berichtsjahr ist die Anzahl der Mitarbeiter im Konzern zum Bilanzstichtag gegenüber dem Vorjahr von 225 auf 266 Beschäftigte gestiegen. Die Konzern-Belegschaft setzt sich aus 70 Arbeitnehmerinnen und 196 Arbeitnehmern zusammen, die aus 12 Nationen stammen.

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG legt besonderen Wert auf die hohe Qualifikation und Weiterbildung ihrer Mitarbeiter. Dabei bildete auch im Jahr 2006 die Förderung von Nachwuchsführungskräften einen Schwerpunkt der Personalarbeit.

Der Konzern ist ständig bemüht, durch die Erweiterung des Angebots an zusätzlichen sozialen Leistungen für die Belegschaft an Attraktivität zu gewinnen. Mit der Gründung einer eigenen Unterstützungskasse – der Baader Unterstützungskasse e.V. – im Jahr 2005 wurde eine eigenständige soziale Einrichtung geschaffen, um Versorgungsleistungen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung gewähren zu können.



Die Baader Wertpapierhandelsbank AG gewährt allen Mitarbeitern bei der Geburt eines eigenen Kindes eine freiwillige finanzielle Unterstützung in Höhe von € 10.000. Im Jahr 2006 wurden insgesamt € 110.000 ausgezahlt.

Die Geschäftsleitung dankt allen Mitarbeitern für ihren engagierten Einsatz und die bewiesene Loyalität im abgelaufenen Geschäftsjahr.

**Umweltbericht**

Die Dienstleistungen der Baader Wertpapierhandelsbank AG haben keinerlei nennenswerte umweltbelastende Eigenschaften. Unternehmensintern wird größter Wert auf einen ressourcenschonenden Umgang mit Produktions- (Kopierer, Drucker und andere Geräte der Büroausstattung) und Verbrauchsmitteln gelegt. Der Verwaltungsneubau in Unterschleissheim wurde nach neuesten ökologischen Erkenntnissen insbesondere in den Bereichen Wasser, Wärme und Klimatisierung errichtet und bewirtschaftet.

**8. Zweigstellenbericht**

Die Verwaltung der Baader Wertpapierhandelsbank AG befindet sich in Unterschleissheim. Daneben führt die Gesellschaft Zweigstellen in Dortmund, Frankfurt und Stuttgart.

**9. Vergütungsbericht gem. § 289 Abs. 1 Nr. 5 HGB**

Dieser Vergütungsbericht erläutert die Grundlagen für die Festlegung der Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat der Baader Wertpapierhandelsbank AG sowie deren Höhe und Struktur. Darüber hinaus werden Angaben zu den von Aufsichtsratsmitgliedern und Vorstandsmitgliedern gehaltenen Aktien und Aktienoptionen und zu Transaktionen mit Aktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG gemacht.

Die Hauptversammlung der Baader Wertpapierhandelsbank AG hat am 19.07.2006 wie folgt beschlossen: „Eine Offenlegung der Bezüge und sonstigen empfangenen Leistungen jedes einzelnen Vorstandsmitglieds (§ 285 S. 1 Nr. 9 lit. A S.5 bis 9 HGB und § 314 I Nr. 6 lit. a S. 5 bis 9 HGB) erfolgt für die Geschäftsjahre 2006 bis 2010 weder im Jahres- noch im Konzernabschluss.“ Damit ist auch auf gesetzlicher Grundlage eine individualisierte Offenlegung der Vorstandsbezüge nicht mehr möglich. Daneben weisen Vorstand und Aufsichtsrat auch noch in der jährlichen Entsprechenserklärung gem. § 161 AktG darauf hin, dass eine Abweichung von der Empfehlung zur individuellen Offenlegung der Vergütung der Mitglieder des Vorstands gem. Punkt 4.2.4. des Deutschen Corporate Governance Kodex in Zukunft nicht mehr erklärt werden muss.

**Vergütung des Vorstands**

Für die Festlegung der Vorstandsvergütung ist der Aufsichtsrat zuständig. Die Festlegung der Vergütung orientiert sich an der Größe und Tätigkeit des Unternehmens, seiner finanziellen und wirtschaftlichen Lage sowie an der Höhe und Struktur der Vorstandsvergütung bei vergleichbaren Unternehmen. Zusätzlich werden die Aufgaben und der Beitrag des jeweiligen Vorstandsmitglieds berücksichtigt.

Die Vergütung des Vorstands ist leistungsorientiert; sie setzt sich im Geschäftsjahr 2006 aus vier Komponenten zusammen: einer festen erfolgsunabhängigen Vergütung (Gehalt), einer erfolgsbezogenen Vergütung (Tantieme), einer Komponente mit langfristiger Anreizwirkung (Aktienoptionen) sowie einer Versorgungszusage (für zwei Vorstandsmitglieder).

Die erfolgsunabhängige Vergütung wird monatlich als Gehalt ausgezahlt.

Die Höhe der Tantieme orientiert sich am Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Konzerns. Sie beträgt für die einzelnen Mitglieder des Vorstands zwischen 0,35 % und 1,05 % des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Die Auszahlung erfolgt nach der Genehmigung des Jahresergebnisses durch die Hauptversammlung. Neben der Tantieme besteht die Möglichkeit, einzelnen Vorstandsmitgliedern für besondere Leistungen einen Sonderbonus zu gewähren.

Die aktienbasierte Vergütung erfolgt durch Ausgabe von Aktienoptionen nach den Bedingungen der von der Hauptversammlung beschlossenen Aktienoptionspläne.

Für zwei Vorstandsmitglieder bestehen Versorgungszusagen, bei denen die Höhe der Versorgungsleistung in Abhängigkeit von Alter, Betriebszugehörigkeit und Gehalt festgelegt ist. Die Altersrente wird gezahlt, wenn das Vorstandsmitglied nach Erreichung der Altersgrenze ausscheidet. Sie ist begrenzt auf höchstens 60 % des Festgehältes, das das je-

weilige Vorstandsmitglied für das letzte Kalenderjahr vor seinem Ausscheiden aus der Gesellschaft erhalten hat.

Für den Fall der vorzeitigen Beendigung des Dienstverhältnisses enthalten die Vorstandsverträge keine ausdrückliche Abfindungszusage. Eine Abfindung kann sich aber aus einer individuell getroffenen Aufhebungsvereinbarung ergeben.

Für den Fall eines „change of control“ bestehen kein Recht auf Kündigung des Anstellungsvertrages durch das einzelne Vorstandsmitglied und entsprechend auch kein Abfindungsanspruch.

Für das Geschäftsjahr 2006 ergab sich für den Gesamtvorstand folgende Vergütung nach dem Zuflussprinzip: Unter der Voraussetzung, dass die Hauptversammlung der Baader Wertpapierhandelsbank AG den Jahresabschluss 2006 in der vorliegenden Form feststellen wird, ergibt sich für das Geschäftsjahr 2006 eine Tantieme in Höhe von insgesamt € 644.287,93.

					2006	2005
Erfolgsunabhängige Vergütung		Dotierung Pensionsrückstellung	Erfolgsbezogene Vergütung	Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung		
Gehalt	Sonstiges <sup>1)</sup>	Versorgungszusage <sup>2)</sup>	Tantieme	Aktienoptionen <sup>3)</sup>	Gesamt	Gesamt
1.472.587,00	115.907,07	1.123.365,53	257.983,24	74.812,50	3.044.655,34	2.019.477,58

<sup>1)</sup> In der Spalte „Sonstiges“ aufgeführte Vergütungsbestandteile umfassen grundsätzlich geldwerte Vorteile aus der Bereitstellung von Dienstwagen, Zuschüsse zu Versicherungen sowie die Einnahme von subventionierten Mittagessen im Betriebsrestaurant.

<sup>2)</sup> Die Pensionsverpflichtungen (DBO) nach IAS/IFRS für aktive Vorstandsmitglieder belaufen sich auf € 7.846.769,00 (Vorjahr: T€ 6.879). Für ausgeschiedene Vorstandsmitglieder bestehen Pensionsverpflichtung in Höhe von € 228.572,00 (Vorjahr: T€ 218).

<sup>3)</sup> Der Geldwert der Aktienoptionen wurde nach dem Black-Scholes-Optionspreismodell bestimmt. Der Geldwert beträgt € 0,9975 pro Aktie (Vorjahr: € 0,43 pro Aktie).

An den Vorstand wurden im Geschäftsjahr 2006 insgesamt 75.000 Stück Aktienoptionen ausgegeben. Die untenstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Aktienoptionen der Vorstandsmitglieder für die Geschäftsjahre 2000 bis 2005.

Nach § 15a WpHG sind Käufe und Verkäufe in Baader-Aktien durch Mitglieder des Vorstands mitteilungs- und veröffentlichungspflichtig. Die Gesellschaft veröffentlicht diese Transaktionen auf ihrer Internetseite. Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 1 Kauf (3.000 Stück mit einem Gegenwert von € 14.100,00) und 1 Verkauf (8.800 Stück mit einem Gegenwert von € 50.737,30) gemeldet.

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG steht im Mehrheitsbesitz der Baader Beteiligungs GmbH, München. Im abgelaufenen Geschäftsjahr kam es zu keinen Geschäften zwischen den beiden Gesellschaften. Die Anteile von Herrn Uto Baader an der Baader Wertpapierhandelsbank AG werden über die Baader Immobilienverwaltungs GmbH & Co. KG (2.492.788 Stück) und die Baader Beteiligungs GmbH (28.104.000 Stück) gehalten. Darüber hinaus hält Herr Uto Baader 137.512 Aktien im Privatbesitz. Insgesamt entsprechen die Anteile von Herrn Uto Baader 66,95 % des

Gezeichneten Kapitals der Baader Wertpapierhandelsbank AG. Darüber hinaus besitzt kein Vorstandsmitglied am 31.12.2006 mehr als 1 % am Grundkapital der Baader Wertpapierhandelsbank AG. Zum 31.12.2006 hielten die Mitglieder des Vorstands insgesamt 30.860.968 Aktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG.

Zum 31.12.2006 bestehen Kredite an Mitglieder des Vorstands von insgesamt € 113.813,63 (Vorjahr: € 87.108,79). Die Kredite haben eine Verzinsung von 5,0 % und eine Restlaufzeit zwischen 6 Monaten und 8 Monaten.

Die Gesellschaft unterhält eine so genannte D&O Versicherung. Sie wird auf ein Jahr abgeschlossen und jährlich verlängert. Die Versicherung deckt das persönliche Haftungsrisiko für den Fall ab, dass die Mitglieder des Vorstands bei Ausübung ihrer Führungstätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen werden. Die Mitglieder des Vorstands haben keinen Selbstbehalt im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex. Die Gesellschaft ist nicht der Meinung, dass ein Selbstbehalt die Motivation und Verantwortung der Mitglieder des Vorstands für ihre Aufgaben verbessert.

Für das Geschäftsjahr *)	2005	2004	2003	2002	2001	2000	Gesamt
Gewährte Optionen	75.000	75.000	103.000	170.000	172.000	83.804	678.804
Ausübungspreis	6,02	2,34	2,96	1,12	2,14	5,30	-
Verwirkte Optionen	0	0	0	19.000	58.000	37.714	114.714
Ausgeübte Optionen	0	0	43.000	137.000	84.000	15.240	279.240
Ausstehende Optionen	75.000	75.000	60.000	14.000	30.000	30.850	284.850
Ausübare Optionen	0	0	60.000	14.000	30.000	30.850	134.850
Restlaufzeit in Monaten	77	65	53	40	28	16	

\*) Die Zuteilung erfolgt bedingungsgemäß erst in dem Geschäftsjahr des folgenden Jahres

Zur Aufnahme von Nebentätigkeiten einschließlich der Wahrnehmung von Aufsichtsratsmandaten in Konzerngesellschaften benötigen die Mitglieder des Vorstands die Zustimmung des Aufsichtsrates. So ist sichergestellt, dass weder der zeitliche Aufwand noch die dafür gewährte Vergütung zu einem Konflikt mit den Aufgaben für das Unternehmen führt.

Soweit es sich bei den Nebentätigkeiten um Aufsichtsratsmandate oder Mandate in vergleichbaren Kontrollgremien handelt, sind diese in den Notes aufgeführt und im Internet veröffentlicht.

#### Vergütung des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in § 13 der Satzung der Baader Wertpapierhandelsbank AG geregelt. Entsprechend dieser Bestimmung erhalten die Aufsichtsratsmitglieder neben dem Ersatz ihrer Auslagen eine Vergütung, die aus einem festen und einem variablen Anteil besteht. Dabei ist die Höhe der variablen Vergütung abhängig vom Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Konzerns. Sie beträgt für die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder zwischen 0,09 % und 0,18 %. Im Einzelnen darf die Vergütung des einzelnen Aufsichtsratsmitglieds das Dreifache der Grundvergütung nicht überschreiten.

Die feste Vergütung wird im letzten Monat des Geschäftsjahres ausbezahlt. Die variable Vergütung ist nach der ordentlichen Hauptversammlung, die über die Verwendung des Bilanzgewinns des betreffenden Geschäftsjahres beschließt, zahlbar.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten für ihre Aufsichtsratsstätigkeit keine Aktienoptionen oder andere aktienbasierte Vergütungen. Sofern Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat Aktienoptionen nach den Bedingungen der von der Hauptversammlung beschlossenen Aktienoptionsplänen erhalten, resultieren diese Leistungen aus ihrer Stellung als Arbeitnehmer der Baader Wertpapierhandelsbank AG und sind von ihrer Aufsichtsratsstätigkeit unabhängig.

		2006	2005
Fester Vergütungsbestandteil	Variabler Vergütungsbestandteil	Gesamt	Gesamt
174.000,00	87.290,93	261.290,93	217.291,50

Für das Geschäftsjahr 2006 ergab sich für den Aufsichtsrat folgende Vergütung nach dem Zuflussprinzip: Unter der Voraussetzung, dass die Hauptversammlung der Baader Wertpapierhandelsbank AG den Jahresabschluss 2006 in der vorliegenden Form feststellen wird, ergibt sich eine variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2006 in Höhe von insgesamt € 204.828,75.

Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat erhielten als Arbeitnehmer der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2006 insgesamt 2.400 Stück Aktienoptionen <sup>1)</sup>. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Aktienoptionen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat für die Geschäftsjahre 2000 bis 2005.

Für das Geschäftsjahr *)	2005	2004	2003	2002	2001	2000	Gesamt
Gewährte Optionen	2.440	2.640	2.800	4.000	5.200	1.590	18.670
Ausübungspreis	6,02	2,34	2,96	1,12	2,14	5,30	-
Verwirkte Optionen	0	0	0	0	0	0	0
Ausgeübte Optionen	0	0	0	4.000	5.200	0	9.200
Ausstehende Optionen	2.440	2.640	2.800	0	0	1.590	9.470
Ausübbar Optionen	0	0	2.800	0	0	1.590	4.390
Restlaufzeit in Monaten	77	65	53	40	28	16	

\*) Die Zuteilung erfolgt bedingungsgemäß erst in dem Geschäftsjahr des folgenden Jahres

Nach § 15a WpHG sind Käufe und Verkäufe in Baader-Aktien durch Mitglieder des Aufsichtsrates mitteilungs- und veröffentlichungspflichtig. Die Gesellschaft veröffentlicht diese Transaktionen auf ihrer Internetseite. Im Geschäftsjahr wurden insgesamt keine Käufe oder Verkäufe der Mitglieder des Aufsichtsrates gemeldet.

Kein Aufsichtsratsmitglied besitzt am 31.12.2006 mehr als 1 % am Grundkapital der Baader Wertpapierhandelsbank AG. Zum 31.12.2006 hielten die Mitglieder des Aufsichtsrates insgesamt 13.200 Aktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG.

Zum 31.12.2006 bestehen Kredite an Mitglieder des Aufsichtsrates von insgesamt € 32.945,76 (Vorjahr: € 2.277,00). Die Kredite haben eine Verzinsung von 5,0 % und eine Restlaufzeit zwischen 2 Monaten und 5 Monaten.

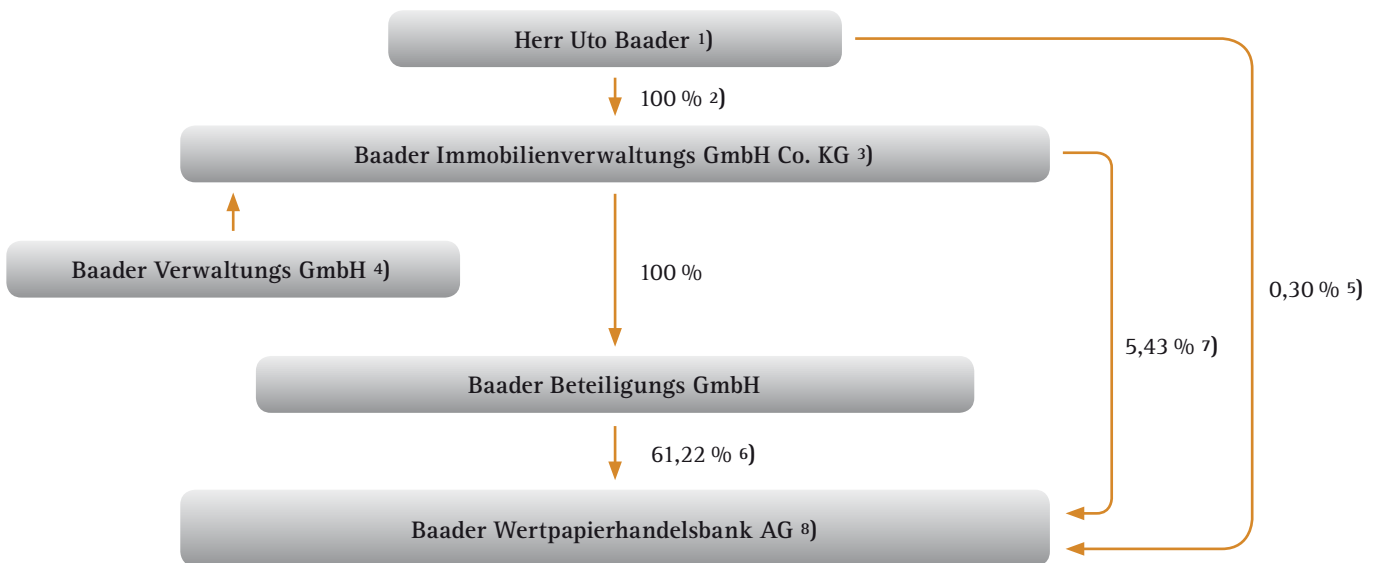
Die Gesellschaft unterhält eine so genannte D&O Versicherung. Sie wird auf ein Jahr abgeschlossen und jährlich verlängert. Die Versicherung deckt das persönliche Haftungsrisiko für den Fall ab, dass die Mitglieder des Aufsichtsrates bei Ausübung ihrer Tätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen werden. Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben keinen Selbstbehalt im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex. Die Gesellschaft ist nicht der Meinung, dass ein Selbstbehalt die Motivation und Verantwortung der Mitglieder des Aufsichtsrates für ihre Aufgaben verbessert.

1) Der Geldwert der Aktienoptionen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, die in 2005 Aktienoptionen als Arbeitnehmer der Gesellschaft erhalten haben, beträgt € 2.433,90 (Vorjahr: € 1.135,20). Der Geldwert wurde dabei nach dem Black-Scholes-Optionspreismodell bestimmt. Der Geldwert beträgt € 0,9975 pro Aktie (Vorjahr: € 0,43 pro Aktie).

### 10. Kapitalbericht gem. § 289 Abs. 4 HGB

1. Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) bestand am 31.12.2006 in Höhe von € 45.908.682,00 aus 45.908.682 Stück Inhaber-Stammaktien ohne Nennbetrag gem. § 23 Abs. 3 Nr. 5 AktG (Stückaktien gem. § 23 Abs. 3 Nr. 4 AktG). Darüber hinaus gibt es keine anderen Aktiengattungen.

2. Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind dem Vorstand nicht bekannt.  
3. Folgende direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital, die 10 % der Stimmrechte übersteigen, wurden gehalten:



1) Herrn Uto Baader sind insgesamt 66,95 % der Stimmrechte an der Baader Wertpapierhandelsbank AG zuzurechnen.

(Herr Uto Baader und Frau Hanne Baader halten in ihrem Gemeinschaftsdepot 137.512 Stück Aktien (Stand: 01/07))

2) Herr Uto Baader ist alleiniger Kommanditist der Baader Immobilienverwaltungs GmbH & Co. KG.

3) Die Baader Beratungs GmbH & Co. KG wurde am 01.09.2006 auf die Baader Immobilienverwaltungs GmbH & Co. KG verschmolzen.

4) Die Baader Verwaltungs GmbH ist persönlich haftende Gesellschafterin der Baader Immobilienverwaltungs GmbH & Co. KG.  
Herr Uto Baader ist 100 % Gesellschafter der Baader Verwaltungs GmbH.

5) Ausübung von 20.000 Aktienoptionen (0,09 %) gemäß der Tranche vom 03.05.2002 zu € 4,28 pro Aktie (Stand: 11/04).

Ausübung von 22.000 Aktienoptionen (0,09 %) gemäß der Tranche vom 25.04.2003 zu € 2,24 pro Aktie (Stand: 11/05).

Ausübung von 7.620 Aktienoptionen (0,03 %) gemäß der Tranche vom 09.05.2001 zu € 10,60 pro Aktie (Stand 02/06).

Ausübung von 3.436 Aktienoptionen (0,02 %) von Frau Hanne Baader (Gemeinschaftsdepot mit Uto Baader; Stand 06/06)

Ausübung von 31.400 Aktienoptionen (0,07 %) von Herrn Uto Baader (30.000) und Frau Hanne Baader (1.400); (Stand 11/06)

6) Die Baader Beteiligungs GmbH hält 28.104.000 Stück Aktien an der Baader Wertpapierhandelsbank AG (Stand: 01/07).

7) Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage von nominal 2.492.788 Stück Aktien (Stand 09/01).

8) Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln von € 22.954.341,00 auf € 45.908.682,00 (Stand: 08/06).



4. Aktien mit Sonderrechten sind nicht ausgegeben.
5. Es gibt keine Stimmrechtskontrolle i.S. des § 289 Abs. 4 Ziff. 5 HGB. Es sind auch keine Stimmbindungsvereinbarungen zwischen ArbeitnehmerAktionären bekannt.
6. Die gesetzlichen Vorschriften über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und über die Änderung der Satzung ergeben sich aus §§ 84, 85 AktG und §§ 133, 179 AktG. Die Satzung enthält keine abweichenden Bestimmungen.
7. Die Befugnisse des Vorstands, Aktien auszugeben bzw. zurückzukaufen, ergeben sich aus den im Handelsregister eingetragenen Beschlüssen der Hauptversammlung vom 19.07.2006 und 19.06.2005 wie folgt:

**a) Kapitalerhöhungen**

aa) Das Grundkapital ist um bis zu nominal € 1.200.000,00 bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur durch Ausgabe von bis zu 1.200.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahres ihrer Ausgabe und nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Optionsrechten, die im Rahmen des Aktienoptionsplans 1999 der Baader Wertpapierhandelsbank AG aufgrund der am 18.06.1999 erteilten Ermächtigung ausgegeben werden, von ihren Optionsrechten Gebrauch machen (Bedingtes Kapital 1999).

bb) Das Grundkapital ist um bis zu nominal € 600.000,00 bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur durch Ausgabe von bis zu 600.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahres ihrer Ausgabe und nur insoweit

durchgeführt, wie die Inhaber von Optionen, die im Rahmen des Aktienoptionsplans 2004 der Baader Wertpapierhandelsbank AG aufgrund der am 14.07.2004 erteilten Ermächtigung ausgegeben werden, von ihren Optionen Gebrauch machen (Bedingtes Kapital 2004).

cc) Das Grundkapital der Gesellschaft ist um bis zu € 20.000.000,00 bedingt erhöht durch Ausgabe von bis zu 20.000.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien (Bedingtes Kapital 2005). Das bedingte Kapital dient der Gewährung von Rechten an die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandelschuldverschreibungen und/oder aus Optionsscheinen aus Teilschuldverschreibungen, die gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 29.06.2005 bis zum 28.06.2010 von der Baader Wertpapierhandelsbank AG oder durch eine Gesellschaft begeben werden, an der die Baader Wertpapierhandelsbank AG unmittelbar oder mittelbar mit Mehrheit beteiligt ist.

Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu dem jeweils festzulegenden Wandel- bzw. Optionspreis. Die bedingte Kapitalerhöhung ist nur insoweit durchzuführen, wie von diesen Rechten Gebrauch gemacht wird. Die neuen Aktien nehmen von Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Wandel- bzw. Optionsrechten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand wird ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der bedingten Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzusetzen.

dd) In der Hauptversammlung vom 19.07.2006 wurde der neue Aktienoptionsplan 2006 beschlossen und der Vorstand zur Ausgabe von Optionen

auf insgesamt bis zu 1.600.000 Aktien der Gesellschaft ermächtigt, wobei die Optionsrechte durch bedingtes Kapital, eigene Aktien oder Barausgleich bedienbar sind. Das ursprünglich vorgesehene und zu TOP 7 Ziffer a) der Hauptversammlung vom 19.07.2006 beschlossene bedingte Kapital konnte jedoch nicht in das Handelsregister eingetragen werden, weil die Gesellschaft die für das Gesamtvolumen ihres bedingten Kapitals geltenden Grenzen bereits ausgeschöpft hatte. Aufgrund der Reduzierung des Gesamtvolumens des bedingten Kapitals in der kommenden Hauptversammlung, besteht in dieser die Möglichkeit, ein neues bedingtes Kapital zu schaffen, um die nach dem Aktienoptionsplan 2006 auszugebenden Optionen zu unterlegen.

#### **b) Ermächtigung zur Ausgabe von Optionen**

Der Vorstand wird ermächtigt, beginnend mit dem Ablauf des Geschäftsjahres 2006 bis zum Ablauf des 18.07.2010 bis zu insgesamt maximal 1.600.000 Aktienoptionen auszugeben und Optionsberechtigten Optionen auf insgesamt bis zu 1.600.000 Stückaktien zu gewähren. Für Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft liegt die Zuständigkeit zur Gewährung der Optionen ausschließlich beim Aufsichtsrat.

Für die Ausgabe von Optionen im Rahmen des Aktienoptionsplans 2006 gilt:

##### **(1) Kreis der Optionsberechtigten und Aufteilung der Optionen**

Der Kreis der Berechtigten setzt sich aus Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft und Mitgliedern der Geschäftsführung von Unternehmen, die zur Gesellschaft in einem Konzernverhältnis im Sinne von

§ 18 AktG stehen (Konzernunternehmen), sowie den übrigen Mitarbeitern der Gesellschaft und ihrer Konzernunternehmen zusammen.

Dabei sind die Optionen wie folgt auf die vier Gruppen der Optionsberechtigten aufzuteilen:

- a) Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft können insgesamt bis zu 256.000 Optionen gewährt werden.
- b) Arbeitnehmern der Gesellschaft können insgesamt bis zu 1.060.000 Optionen gewährt werden.
- c) Mitgliedern der Geschäftsführung von Konzernunternehmen können insgesamt bis zu 60.000 Optionsrechte gewährt werden.
- d) Arbeitnehmern von Konzernunternehmen können insgesamt bis zu 224.000 Optionen gewährt werden.
- e) Eine mehrfache Gewährung von Optionen aufgrund der Zugehörigkeit eines Optionsberechtigten zu mehreren optionsberechtigten Gruppen ist ausgeschlossen. Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft und Mitgliedern der Geschäftsführung bzw. des Vorstands von Konzernunternehmen werden nur in ihrer Eigenschaft als solchen Optionen gewährt.

##### **(2) Optionen**

Jede Aktienoption berechtigt den Inhaber zum Bezug einer auf den Inhaber lautenden Stückaktie der Gesellschaft mit einem auf sie entfallenden Anteil am Grundkapital der Gesellschaft von je € 1,00 gegen Zahlung des Ausübungspreises nach Abs. (4). Die neuen Aktien sind ab dem Beginn des Geschäftsjahres gewinnbezugsberechtigt, in dem sie ausgegeben werden. Die Bezugs- und Erwerbsbedingungen können vorsehen, dass die Gesellschaft dem Optionsberechtigten anstelle von neuen Aktien unter Inanspruchnahme des Bedingten Kapitals ganz oder teil-

weise auch eigene Aktien oder eine Ausgleichszahlung gewähren kann.

### **(3) Ausgabe der Aktienoptionen / Laufzeit**

Die Laufzeit des Aktienoptionsplanes beträgt maximal vier Jahre, so dass eine Ausgabe von Aktienoptionen aus dem Aktienoptionsplan der Gesellschaft nach dem 18.07.2010 nicht mehr möglich ist. Die Aktienoptionen können jeweils nur einmal jährlich und zwar während eines Zeitraumes von sechs Wochen nach Bekanntgabe der Ergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres durch den Vorstand an die Optionsberechtigten ausgegeben werden. Aktienoptionen werden zum ersten Mal nach Ablauf des Geschäftsjahres 2006 ausgegeben.

### **(4) Ausübungspreis**

Der Ausübungspreis einer Aktienoption entspricht dem durchschnittlichen Schlusskurs der Aktie der Gesellschaft im Präsenzhandel der Börse München während der zehn Handelstage, die dem zweiten Tag vor Beginn der Ausgabeperiode für die in Frage stehenden Aktienoptionen vorausgehen, mindestens aber dem auf eine Aktie der Gesellschaft entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals. Beginn der Ausgabeperiode ist der Tag, an dem die Optionsberechtigten erstmals über das konkrete Angebot zum Erwerb von Aktienoptionen informiert werden.

Die Bezugs- und Erwerbsbedingungen können für den Fall von Maßnahmen, die den Wert der Optionen beeinflussen, Anpassungen des Ausübungspreises und/oder des Bezugsverhältnisses vorsehen. Mindestausübungspreis ist jedoch in jedem Fall der geringste Ausgabebetrag im Sinne von § 9 Abs. 1 AktG.

### **(5) Erfolgsziele**

Die Optionen können nur ausgeübt werden, wenn

- a) der Schlusskurs der Aktie der Baader Wertpapierhandelsbank AG im Präsenzhandel der Börse München (Börsenschlusskurs) um mehr als 30 % über dem Ausübungspreis liegt (absolute Hürde) und
- b) an den letzten zehn Börsenhandelstagen vor Ausübung der Optionen die kumulierte prozentuale Performance der Aktie der Baader Wertpapierhandelsbank AG seit der Ausgabe der Option um mindestens 10 % höher ist als die prozentuale Steigerung des Prime All Share Index (relative Hürde), (die kumulierte Performance berücksichtigt sowohl die Kursentwicklung als auch den Wert von Bardividenden, Bezugsrechten aus Kapitalerhöhungen und sonstigen Sonderrechten zwischen der Ausgabe der Option und dem Zeitpunkt der Ausübung der Option) und
- c) sie nicht vor Abgabe der Ausübungserklärung aufgrund einer Regelung der Optionsbedingungen durch Verfall erloschen sind.

Eine nachträgliche Änderung der Erfolgsziele ist ausgeschlossen.

### **(6) Wartefrist**

Die Optionen dürfen erst nach Ablauf einer Wartefrist von zwei Jahren ab dem jeweiligen Ausgabetag ausgeübt werden. Ausgabetag ist der Tag, an dem die Optionsberechtigten das konkrete Angebot zum Erwerb von Aktienoptionen spätestens annehmen können.

### **(7) Ausübungszeitraum**

Die Aktienoptionen können in den folgenden fünf Jahren nach Ablauf der Wartefrist gemäß Abs. (3)



vorbehaltlich Abs. (5) ausgeübt werden, jeweils vier Wochen nach Veröffentlichung der Quartalszahlen der Gesellschaft (Q 1, Q 2, und Q 3) und sofern die Gesellschaft vorläufige Zahlen für das abgeschlossene Geschäftsjahr veröffentlicht – vier Wochen nach Veröffentlichung solcher Zahlen (Ausübungsfrist). Nach Beendigung der Laufzeit (max. sieben Jahre nach Ausgabebetag) verfallen die jeweiligen Optionen ersatzlos.

Die Optionen können trotz Vorliegens der Wartezeit in folgenden Zeiträumen nicht ausgeübt werden:

- vor Hauptversammlungen der Gesellschaft der Zeitraum zwischen dem Beginn des letzten Tages für die Vorlage des Nachweises des Anteilsbesitzes (§ 123 Abs. 3 AktG) und dem Ende des dritten Bankarbeitstages nach der Hauptversammlung;
- in einem Zeitraum von 15 Kalendertagen vor dem Ende des Geschäftsjahres der Gesellschaft;
- in einem Zeitraum von dem Tag an, an dem die Gesellschaft ein Angebot zum Bezug neuer Aktien oder Anleihen mit Wandlungs- oder Optionsrechten in einem Börsenpflichtblatt einer deutschen Börse, an der ihre Aktien gehandelt werden veröffentlicht, bis zum Ablauf jenes Tages (jeweils einschließlich), an dem die Aktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG an der betreffenden Wertpapierbörse erstmals „ex-Bezugsrecht“ notiert werden.

Sofern einzelne Tage oder der gesamte Ausübungszeitraum in einem Sperrzeitraum liegen, verschieben sich die Tage zur Ausübung auf eine entsprechende Anzahl von Tagen unmittelbar nach dem Ende des Sperrzeitraums.

#### **(8) Unübertragbarkeit / Anstellungsverhältnis**

Die Optionen sind nicht übertragbar, sondern können nur durch die Optionsberechtigten ausgeübt werden. Sie sind im Todesfall nur an die Ehefrau oder den Ehemann oder an die Kinder des Optionsberechtigten vererbbar.

Die Optionen können nur ausgeübt werden, solange der Inhaber der Optionen in einem ungekündigten Anstellungsverhältnis mit der Gesellschaft steht. Abweichend hiervon können Optionen, für die im Zeitpunkt des Zugangs der Kündigungserklärung (oder in Fällen der nicht kündigungsbedingten Beendigung des Anstellungsverhältnisses – im Zeitpunkt der Beendigung des Anstellungsverhältnisses) die Wartezeit von zwei Jahren bereits abgelaufen ist, von dem Inhaber unter Berücksichtigung der für eine Ausübung in Frage kommenden Zeiträume, nur noch im nächsten Ausübungszeitraum ausgeübt werden. Diese Optionen erlöschen mit dem Ende des letztmöglichen Ausübungszeitraums, sofern sie nicht bis zu diesem Zeitpunkt ausgeübt worden sind. Optionen, für die im Zeitpunkt des Zugangs der Kündigungserklärung (oder in Fällen der nicht kündigungsbedingten Beendigung des Anstellungsverhältnisses im Zeitpunkt der Beendigung des Anstellungsverhältnisses) die Wartezeit noch nicht abgelaufen ist, erlöschen zu diesem Zeitpunkt.

#### **(9) Weitere Bezugs- und Erwerbsbedingungen:**

Die Einzelheiten für die Gewährung der Aktienoptionen und die weiteren Ausübungsbedingungen werden durch den Aufsichtsrat festgesetzt soweit



Das durchschnittliche Alter der indischen Bevölkerung lag 2006 bei 24,9 Jahren. Ein Drittel der Bevölkerung ist jünger als 15 Jahre; nur 5 % waren über 65 Jahre alt. Dies wird dazu beitragen, dass die indische Wirtschaft auch in Zukunft weit überdurchschnittlich wächst. Im Vergleich dazu sind in Deutschland nur 14 % jünger als 15 Jahre.

die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft betroffen sind. Im Übrigen liegt die Zuständigkeit für die Festlegung dieser Einzelheiten beim Vorstand der Gesellschaft. Zu den Einzelheiten gehören insbesondere die Auswahl einzelner Optionsberechtigter aus der jeweiligen Gruppe der Berechtigten, die Gewährung von Optionen an einzelne Berechtigte, die Bestimmung der Durchführung und des Verfahrens der Abwicklung der Ausübung der Optionen und der Ausgabe der Aktien, sowie Regelungen über die Behandlung von Optionen in Sonderfällen.

#### c) Rückkauf eigener Aktien

aa) Die Gesellschaft wird gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, bis zum 19.01.2008 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien zu Preisen, die den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktie im Präsenzhandel an der Frankfurter Wertpapierbörse an den jeweils 3 vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10 % übersteigen oder unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen.

Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien 5 vom Hundert des Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigen.

bb) Die Gesellschaft wird gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG dazu ermächtigt, Aktien der Gesellschaft zu erwerben, insbesondere um

- sie Dritten im Rahmen des Erwerbs von Unternehmen oder Unternehmensbeteiligungen anbieten zu können,
- Aktien den Berechtigten aus den Aktienoptionsplänen 1999, 2004 und 2006 der Baader Wertpapierhandelsbank AG gemäß der Ermächtigungen der

Hauptversammlungen vom 18.06.1999, 14.07.2004 und 19.07.2006 der Baader Wertpapierhandelsbank AG zum Bezug anzubieten oder

- sie einzuziehen.

Die Ermächtigung ist auf den Erwerb von eigenen Aktien mit einem Anteil am Grundkapital von insgesamt bis zu zehn vom Hundert beschränkt. Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals, in Verfolgung eines oder mehrerer der genannten Zwecke ausgeübt werden. Die Ermächtigung gilt bis zum 19.01.2008.

Der Erwerb erfolgt über die Börse. Der von der Baader Wertpapierhandelsbank AG gezahlte Gegenwert je Aktie darf den Mittelwert der Schlusskurse für die Stückaktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG im Präsenzhandel an der Frankfurter Wertpapierbörse während der letzten 5 Handelstage vor dem Erwerb der Aktien (ohne Erwerbsnebenkosten) um nicht mehr als 5 % überschreiten.

Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Aktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG, die aufgrund dieser Ermächtigung erworben werden, Dritten beim Erwerb von Unternehmen oder Unternehmensbeteiligungen anzubieten.

Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eigene Aktien der Gesellschaft, die aufgrund dieser Ermächtigung erworben wurden, im Rahmen des von der Hauptversammlung am 19.07.2006 beschlossenen Aktienoptionsplans 2006 Inhabern von Optionen zum Erwerb anzubieten.

Das Bezugsrecht der Aktionäre auf diese eigenen Aktien wird insoweit ausgeschlossen, wie diese Aktien gemäß der vorstehend genannten Ermächtigungen verwandt werden.

Der Vorstand wird weiterhin ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eigene Aktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG einzuziehen, die aufgrund dieser Ermächtigung erworben werden, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Die Ermächtigung zur Einziehung kann ganz oder in Teilen ausgeübt werden.

8. Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft gem. § 289 Abs. 4 Nr. 8 HGB liegen nicht vor.
9. Entschädigungsvereinbarungen i.S. des § 289 Abs. 4 Nr. 9 HGB sind nicht getroffen worden.

### 11. Risikobericht Risikomanagement

Trotz der strategischen Neuausrichtung der Bank über die letzten Jahre hinweg und der damit verbundenen zunehmenden Verbreiterung der Geschäftsaktivitäten, bleibt der Konzern weiterhin im hohen Maße abhängig von der Börsenentwicklung und den damit verbundenen Chancen und Risiken. Diese Chancen und Risiken zu erkennen, zu wägen und letztlich zu wagen ist und bleibt Grundlage des täglichen Handelns.

Als übergeordnetes Institut trägt die Baader Wertpapierhandelsbank AG die Verantwortung für die konzernweite Einrichtung eines Risikomanagementsystems entspre-

chend den seit dem 20.12.2005 geltenden „Mindestanforderungen an das Risikomanagement“ (MaRisk) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Um dieser Anforderung gerecht zu werden, hat der Vorstand der Baader Wertpapierhandelsbank AG sowohl die Geschäftsstrategie mit einer dazu konsistenten Risikostrategie, als auch ein internes Kontrollverfahren festgelegt, welches die Regelungen zur Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Risikosteuerungs- und -controllingprozesse einschließlich der organisatorischen Richtlinien, Kompetenzordnung und Verantwortlichkeiten für alle betroffenen Bereiche beinhaltet. Deren funktionale und organisatorische Trennung ist bis einschließlich der Ebene der Geschäftsleitung gewährleistet.

Während die operative Risikoidentifizierung, -beurteilung und -überwachung in den jeweiligen Konzerntöchtern selbst sichergestellt wird, erfolgt die Kommunikation im Rahmen der zentralen Berichterstattung des Risikocontrollings an den Vorstand der Baader Wertpapierhandelsbank AG. Darüber hinaus hat der Vorstand das Risikocontrolling der Baader Wertpapierhandelsbank AG zentral mit der fachlichen Weisungsbefugnis zur konzernweiten Durchsetzung des Risikokontrollsystems ausgestattet. Die Risikosteuerung wird durch die für die jeweiligen Geschäftsbereiche Verantwortlichen wahrgenommen.

### Risikotragfähigkeit

Vor dem Hintergrund der Geschäftstätigkeit des Konzerns ist es unerlässlich, die verschiedenen Geschäftsaktivitäten angemessen mit Risikokapital zu unterlegen. Dabei ist das Risikokapital auf Gruppenebene das Fundament für die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit. Aufbauend auf diesem Risikokapital wird die Risikotragfähigkeit dann im Rahmen der jährlichen Planung auf der Grundlage einer

Analyse der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den relevanten Märkten und der hieraus abgeleiteten Geschäfts- und Risikostrategie evaluiert. Das verfügbare Risikokapital wird auf die einzelnen Tochtergesellschaften allokiert und bei diesen zur Steuerung der Risikopositionen den einzelnen Geschäftsbereichen zugeordnet.

**Risikoarten**

Im Rahmen des Risikomanagements werden folgende vier Risikoarten betrachtet:

- Beim Adressenausfallrisiko wird zwischen den Kontrahenten- und Emittentenrisiken des Handelsgeschäftes, den Risiken aus dem Kreditgeschäft, den Beteiligungsrisiken und den Länderrisiken unterschieden.
- Das Marktpreisrisiko ist das Risiko der Wertschwankung einer betrachteten Position aufgrund sich ändernder Marktpreise, wie Aktienkursänderungen, Devisenkursänderungen, Zins- und Volatilitätsänderungen. Das Rohwarenpreisrisiko stellt im Konzern hingegen kein relevantes Marktpreisrisiko dar.
- Ein Liquiditätsrisiko kann entstehen, wenn der Konzern seinen Zahlungsverpflichtungen aufgrund mangelnder eigener Zahlungsfähigkeit nicht fristgerecht nachkommen kann.
- Das operationelle Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten können und beinhaltet auch Rechtsrisiken.

Die Bank ist zunehmend Reputationsrisiken ausgesetzt, welche das öffentliche Vertrauen in die Gesellschaft negativ beeinflussen. Des Weiteren ist der Konzern einem allgemeinen Geschäftsrisiko durch sich verändernde Rahmenbedingungen insbesondere im Börsenumfeld unterworfen.

**Adressenausfallrisiken**

Das Kreditgeschäft im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 2 KWG wird im Konzern nur von der Baader Service Bank GmbH betrieben. Diese gewährt Kunden in geringem Umfang (unechte) Lombardkredite gegen Sicherheiten in börsennotierten Wertpapieren, deren Beleihungswert sehr konservativ angesetzt wird. Das Kreditrisiko unter Berücksichtigung von Sicherheiten ist daher insgesamt als sehr gering einzustufen. Die folgende Tabelle enthält die Kreditengagements zum 31.12.2006:

	Privat- kunden	Firmen- kunden
Kredite in Mio. €	0,21	1,31
Eventualverbindlichkeiten - Unwiderrufliche Kreditzusagen in Mio. €	0,73	1,62
90 Tage oder mehr überfällig in % des Gesamtengagements	0,0 %	0,0 %

Des Weiteren werden im Rahmen des Kreditgeschäftes im Konzern nur noch Geldmarktanlagen bei Kreditinstituten mit einer Laufzeit von weniger als drei Monaten getätigt. Hierfür existieren Geldhandelslinien basierend entweder auf externen Bonitätseinschätzungen oder auf internen Bonitätsprüfungen mit entsprechenden Kreditbeschlüssen.

Bei der Abwicklung von Handelsgeschäften kann ein Kontrahentenrisiko dadurch entstehen, dass ein Handelspartner seine entstandenen Verpflichtungen nicht vollständig erfüllt. Hierbei zu unterscheiden ist einerseits das Wiedereindeckungsrisiko beim Ausfall der Gegenpartei und demzufolge die Nichterfüllung der abgeschlossenen Geschäfte und andererseits das Vorleistungsrisiko, wenn die Geschäfte

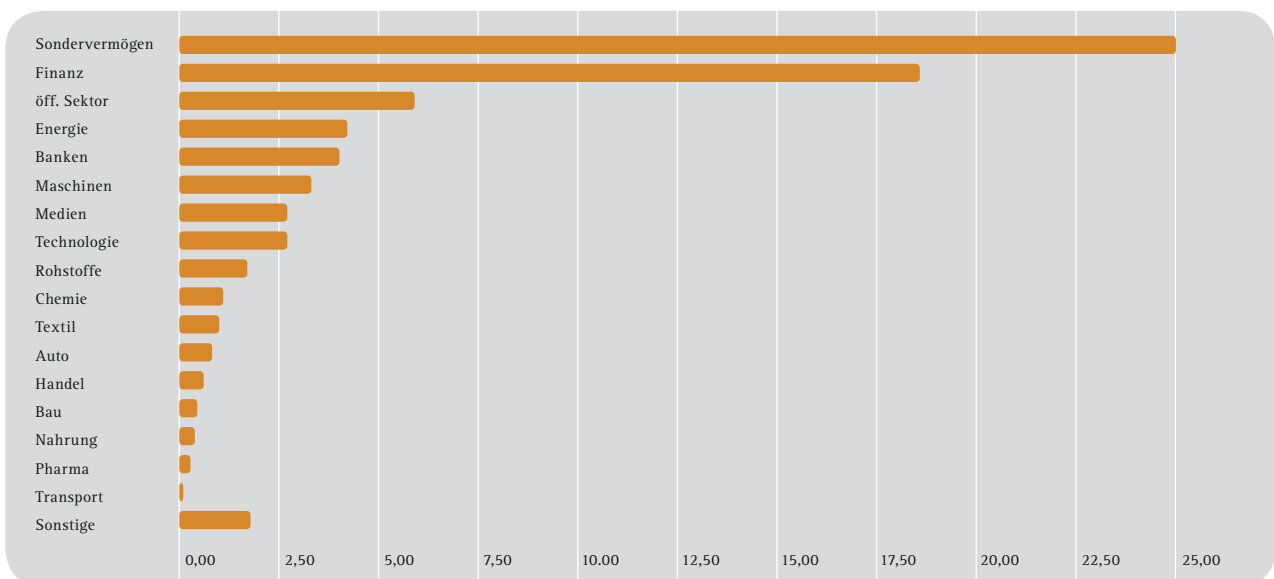
nicht als Zahlungs-/Lieferungsgeschäfte „Zug um Zug“ abgewickelt werden. Grundsätzlich gilt, dass alle von der Bank getätigten Wertpapiergeschäfte als Zahlungs-/Lieferungsgeschäfte „Zug um Zug“ abgewickelt und von den Abwicklungsbanken reguliert werden, so dass hierbei keine Wiedereindeckungsrisiken entstehen. Des Weiteren werden keine derivativen Positionen gehalten, aus denen ein relevantes Wiedereindeckungsrisiko resultieren würde. Lediglich bei der Vermittlung von Schuldscheindarlehen-Geschäften können Kontrahentenrisiken im Sinne eines Vorleistungsrisikos entstehen, da bei diesen Geschäften Zahlung und dingliche Erfüllung zeitlich auseinander fallen. Zum Jahresende betrug dieses Vorleistungsrisiko nach Grundsatz I € 0,31 Mio.

Dem Emittentenrisiko als Risiko der Bonitätsverschlechterung bzw. des Ausfalls eines Emittenten wird durch

die Eingruppierung des Emittenten in eine Bonitätsklasse und eine entsprechende Anrechnung des Engagements auf das hierfür vorgesehene Limit entgegengetreten. Diese auch untertäglich einzuhaltenden Limite sind so konzipiert, dass aufsichtsrechtliche Großkreditgrenzen nicht überschritten werden können. Die größten Einzelengagements des Handelsbuchs sind alle kurzfristig liquidierbar. Die untenstehende Tabelle zeigt die Verteilung aller Einzelengagements nach Branchenzugehörigkeit zum Jahresende in Mio. €.

Der gegenüber 2005 von € 18,42 Mio. auf € 24,94 Mio. gestiegene Anteil an Sondervermögen resultiert im Wesentlichen aus den Engagements als Seed-Money Investor für Hedge-Fonds und Zertifikate. Der gegenüber 2005 nahezu unveränderte Anteil i.H.v. € 18,50 Mio. in Engagements in der Finanzbranche liegt einerseits begründet im Aufbau

Einzelengagements nach Branchenzugehörigkeit in Mio. €





eines strategischen Beteiligungsportfolios, wie bspw. das Engagement an der Parsoli Corporation Ltd., und andererseits in dem weiteren sukzessiven Abbau der Bestände in dem noch verbliebenen Portfolio aus vorbörslichen Beteiligungen. Die Baader Wertpapierhandelsbank AG hat diese Art von Beteiligungsgeschäft im Jahr 2001 aufgegeben – es wurden hier keine Neuengagements mehr eingegangen. Bei dem weiterhin von der Bank betriebenen Emissionsgeschäft wird das Eingehen von Risiken grundsätzlich vermieden.

Ein Länderrisiko besteht bei der Bank in der Gefahr, dass Forderungen aus grenzüberschreitenden Geschäften und/oder in Fremdwährung wegen hoheitlicher Maßnahmen ausfallen könnten, obwohl der Schuldner grundsätzlich zahlungsfähig und zahlungsbereit wäre („Transfer Risk Event“). Die Zuordnung des Geschäftspartners/Kontrahenten zu dem jeweiligen Land, erfolgt nach dem Prinzip der Haftungszuordnung. Die Positionen zum Jahresende mit einem inhärenten Länderrisiko sind alle kurzfristig liquidierbar und betragen insgesamt weniger als € 0,01 Mio. Demzufolge war der erwartete Verlust für den Fall, dass diese Forderungen innerhalb eines Jahres gemeinsam ausfallen würden, zum Jahresende nahezu Null.

### Marktpreisrisiken

Marktpreisrisikopositionen waren im abgelaufenen Jahr lediglich bei der Baader Wertpapierhandelsbank AG und der

Baader Service Bank GmbH zu verzeichnen. Zum Jahresende bestanden folgende Risikopositionen in Mio. € Marktwert.

Kassamarkt		Terminmarkt	
Aktien	29,01	Optionen	-0,01
Renten	1,52	Futures	-
Fonds, index- und fonds-ähnliche Zertifikate	21,56	Swaps	0,06
verbriefte Derivate	0,86		

Die Marktpreisrisiken werden mittels eines Value-at-Risk (VaR) Modells basierend auf Monte-Carlo-Simulationen bei einem Tag Haltedauer und einem Konfidenzniveau von 99 % gemessen. Als eingehender Risikoparameter kommt u.a. eine Varianz-Kovarianz Matrix basierend auf eigenen Zeitreihen zur Anwendung, die exponentiell gewichtet Eingang finden. Während die Berechnung dieser Varianz-Kovarianz nur übernacht erfolgt, findet die Ermittlung des VaR und dessen Anrechnung auf das Limit sowohl übernacht als auch untertäglich statt.

In den vergangenen Jahren wurden die folgenden VaR-Werte in Mio. € berechnet

Value-at-Risk der Handelsbereiche	2001	2002	2003	2004	2005	2006
VaR per Jahresultimo	0,34	0,73	0,65	0,74	0,83	0,78
Minimaler VaR	0,31	0,19	0,41	0,70	0,51	0,68
Maximaler VaR	4,90	1,10	1,48	1,73	1,46	2,84
Durchschnittlicher VaR	1,26	0,40	1,12	1,04	0,84	1,19

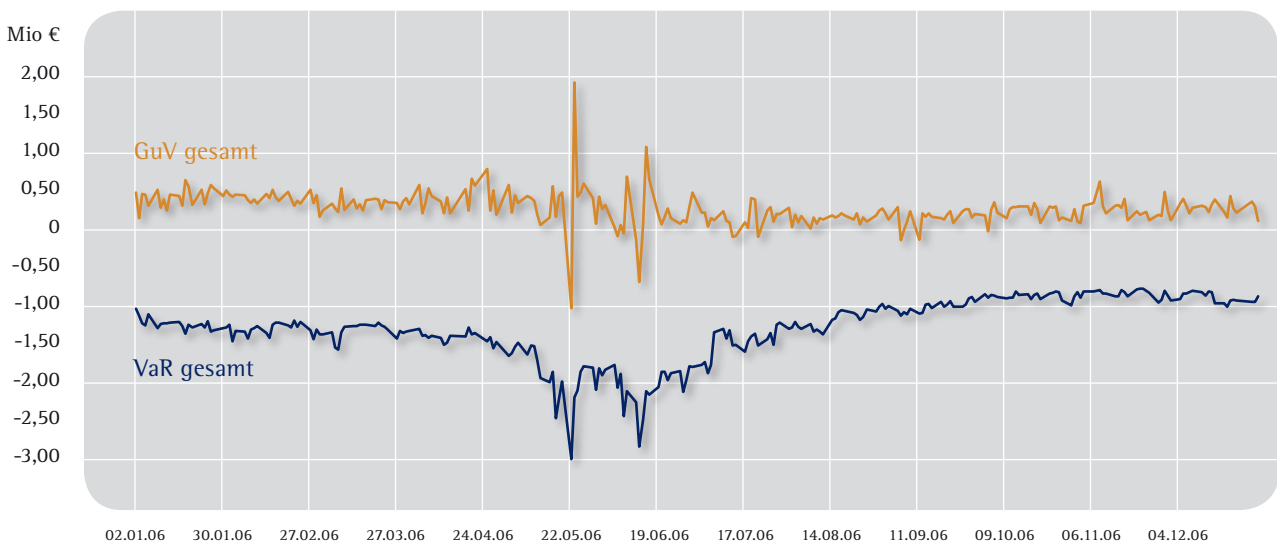
In 2006 lag der durchschnittliche VaR bei € 1,19 Mio. und somit um 41,7 % über dem des Jahres 2005. Diese Zunahme liegt wesentlich in dem Engagement als Seed-Money Investor für Hedge-Fonds und Zertifikate begründet. In 96,4 % aller Handelstage erwirtschafteten die Handelsbereiche einen positiven Ertrag. Das untenstehende Schaubild zeigt die tatsächlichen aufgetretenen täglichen Erträge sowie die Value-at-Risk Werte der Handelsbereiche in Mio. €:

Der VaR verlief in 2006 meist in einer Bandbreite von € 0,75 bis € 1,25 Mio. mit Ausnahme in den Monaten Mai bis Mitte Juli. In dieser Periode war an den Aktienmärkten eine Phase der Korrektur zu verzeichnen (bspw. -13,8 % im DAX), in der die Bank aufgrund hoher Handelsbeständen in Aktien entsprechend hohen Marktpreisrisiken ausgesetzt waren. Die tatsächlichen Handelsverluste traten an den Tagen auf, an denen auch entsprechend hohe Positionen bestanden.

Die Güte des VaR-Modells wird permanent anhand des Verhältnisses zwischen den VaR-Werten und den tatsächlichen Marktwertveränderungen der Positionen überprüft (clean Backtesting) und auf Grundlage dieser Erkenntnisse weiterentwickelt. Dennoch werden die VaR-Berechnungen angesichts derer prinzipieller Grenzen um Worst Case Szenarien mit außergewöhnlichen Marktpreisänderungen ergänzt.

Das oben beschriebene interne Modell zur Messung der Marktrisikoexpositionen wird jedoch nicht für aufsichtsrechtliche Meldungen herangezogen. Die Gesamtkennziffer nach Grundsatz I muss immer über 8 % liegen und betrug für den Baader-Konzern zum Jahresultimo 41,2 % und im Jahresdurchschnitt 40,9 %; für die Baader Wertpapierhandelsbank AG waren diese Werte entsprechend bei 35,9 % und 36,0 %. Es wird für das dritte Quartal 2007 beabsichtigt, die aufsichtsrechtlichen Meldungen nach der am 14.12.2006 verabschiedeten und zum 01.01.2007 in Kraft tretenden neuen Solvabilitätsverordnung durchzuführen.

### Handelsverträge und VaR in 2006



### Liquiditätsrisiken

Die kurzfristige Liquiditätssteuerung der Bank erfolgt durch die Abteilung Zahlungsverkehr. Hier werden täglich die Zahlungsströme analysiert und ein Liquiditätsstatus mit der aktuellen Liquiditätssituation erstellt. Darauf aufbauend werden die liquiden Mittel entsprechend disponiert. Darüber hinaus stehen jederzeit ausreichende Kreditlinien bei Banken zur Verfügung. Der mittel- bis langfristige Liquiditätsüberschuss der Bank wird regelmäßig ermittelt und dient zur Disposition der überschüssigen Liquidität und zum Treffen der entsprechenden Anlageentscheidung. Die Liquiditätsablaufbilanz ist strukturell fristenkongruent ausgerichtet.

Die Liquiditätskennziffer nach Grundsatz II, welche das Verhältnis der gewichteten Zahlungsmittel zu den Zahlungsverpflichtungen darstellt und nicht unter 1,0 sinken darf, betrug bei der Baader Wertpapierhandelsbank AG zum Jahresultimo 10,2 und im Jahresdurchschnitt 13,6; für die Baader Service Bank GmbH waren diese Werte entsprechend bei 8,4 und 7,7.

### Operationelle Risiken

Im Rahmen von Basel II müssen operationelle Risiken identifiziert, bewertet, gesteuert und erforderliche Gegenmaßnahmen in die Wege geleitet werden. Neben der Erfüllung gesetzlicher Anforderungen hat ein effizientes Management operationeller Risiken vor allem das Ziel, finanzielle Schäden wenn möglich zu vermeiden.

In das Baader OpRisk Management System, das vom Vorstand festgelegt wurde, sind alle Bereiche des Konzerns involviert. Für jeden Fachbereich wurde ein OpRisk Manager benannt, dessen Aufgabe es ist, quartalsweise über Fragebögen das Potenzial operationeller Risiken seines

Bereiches einzuschätzen sowie eingetretene Schäden im dafür vorgesehenen Intranet-Tool zu erfassen. Das Risikocontrolling wertet diese Informationen aus und identifiziert so Handlungsbedarf, der an den Vorstand entsprechend kommuniziert wird. Der Vorstand beauftragt aufgrund dessen das Baader Sicherheitsgremium mit der Prüfung von Maßnahmen und entscheidet dann bei Bedarf über die Einführung von Sicherungsmaßnahmen. Das Baader Sicherheitsgremium besteht aus Vertretern der Bereiche IT, Betriebsorganisation, Personal, Wertpapierabwicklung, Risikocontrolling und Meldewesen und steht im Informationsaustausch mit dem Risikocontrolling. Die Aufgaben des Baader Sicherheitsgremiums umfassen die Umsetzung des Baader Sicherheitskonzepts (BSK), die Fortschreibung von Richtlinien und Standards, die Erstellung und Pflege des Notfallhandbuchs, die Durchführung von Gefährdungsanalysen, die Ausarbeitung von Empfehlungen für die Einführung von Sicherungsmaßnahmen und Begleitung der Umsetzung sowie das Aufzeigen von Handlungsbedarf.

Das Rechtsrisiko umfasst das Risiko von Verlusten durch neue gesetzliche Regelungen, nachteilige Änderungen bestehender gesetzlicher Vorschriften oder deren Auslegung und die Nichtbeachtung von gesetzlichen Regeln. Darüber hinaus entstehen rechtliche Risiken, wenn vertraglich vereinbarte Bestimmungen nicht gerichtlich durchsetzbar sind oder das Gericht anstelle der vereinbarten Vertragsbestandteile andere, für das Unternehmen nachteilige Regelungen festlegt. Die Steuerung der Rechtsrisiken wird durch die Stabsabteilung Recht wahrgenommen. Dies geschieht zum Beispiel durch die regelmäßige Beratung und Information des Vorstands über die aktuelle Rechtslage und deren Auswirkungen sowie der rechtlichen Begleitung bei der Durchführung von Projekten. Darüber hinaus werden Rechtsrisiken begrenzt durch die Prüfung vertraglicher

Grundlagen, die Analyse vertragsbegleitender Umstände sowie die Anwendung allgemein anerkannter Rahmenverträge. Ferner wird externe anwaltliche Beratung in Anspruch genommen.

In der Zeit von 1992 – 2005 wurden nach dem derzeitigen Kenntnisstand, der jedoch weitgehend auf Presseberichten basiert, ca. 30.000 Anleger durch die Phoenix Kapitaldienst GmbH geschädigt. Der Schaden soll sich auf ca. € 180 – 200 Mio. belaufen.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat am 15.03.2005 den Entschädigungsfall bei der Phoenix Kapitaldienst GmbH festgestellt. Im Rahmen des Entschädigungsverfahrens prüft die Entschädigungseinrichtung für Wertpapierhandelsunternehmen (EdW), ein Sondervermögen des Bundes bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, ob und in welcher Höhe die Anleger Entschädigungsansprüche haben.

Gem. § 4 Abs. 2 Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz (EAEG) beträgt die Höhe der Entschädigung jedes Anlegers 90 % seiner Forderungen aus Wertpapiergeschäften, maximal € 20.000. Nach Presseinformationen wird das derzeit verfügbare freie Vermögen der EdW auf unter € 10 Mio. geschätzt. Die Mittel der EdW haben die Mitglieder durch Jahresbeiträge und Sonderbeiträge zu erbringen (§ 8 Abs. 1 EAEG). Für den Fall, dass das Entschädigungsverfahren es erfordert, hat die EdW gem. § 8 Abs. 2 EAEG i.V.m. § 5 BeitragsVO Sonderbeiträge zu erheben und Kredite aufzunehmen. Bei der Aufnahme von Krediten kann die EdW für die Tilgung und die Zinszahlungen Sonderzahlungen mit Zustimmung der BaFin verlangen. Die Höhe der Sonderbeiträge oder Sonderzahlungen je Mitglied richtet sich nach dem Anteil des zuletzt von die-

sem zu zahlenden Betrag am gesamten zu zahlenden Beitragsaufkommen.

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG ist als Institut im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) gem. § 2 EAEG verpflichtet, ihre Einlagen und Verbindlichkeiten aus Wertpapiergeschäften durch Zugehörigkeit zu einer Entschädigungseinrichtung zu sichern. Sie betreibt als Wertpapierhandelsbank kein Einlagengeschäft und ist deshalb der EdW zugeordnet.

Zum jetzigen Zeitpunkt steht noch nicht fest, ob, wann und in welcher Höhe die EdW Sonderzahlungen bzw. Sonderbeiträge verlangen wird. Es bestehen zwar Vermutungen, gesicherte Erkenntnisse diesbezüglich liegen jedoch nicht vor. Darüber hinaus ist bekannt, dass Schadenersatzansprüche gegenüber der BaFin und den zuletzt prüfenden Wirtschaftsprüfern im Rahmen von Rechtsgutachten geprüft werden. Außerdem findet auf politischer Ebene eine breite Diskussion über die Rechtmäßigkeit des EAEG und infolgedessen der EdW statt.

Der Vorstand der Baader Wertpapierhandelsbank AG ist zwar der Auffassung, dass einerseits ein möglicher Sonderbeitrag juristisch nicht tragbar ist, andererseits jedoch ein wirtschaftliches Risiko besteht, dass ein Sonderbeitrag erhoben wird, da die BaFin den Entschädigungsfall festgestellt hat und die EdW die Entschädigungen leisten muss. Diesem Risiko wurde durch die Bildung einer Rückstellung in Höhe von € 12,08 Mio. Rechnung getragen.

Zum Jahresende sind keine weiteren nennenswerten laufenden oder potenziellen Rechtsstreitigkeiten mit wesentlichen finanziellen Risiken bekannt.

## 12. Prognosebericht

### Strategie und Ausblick

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG hat in den vergangenen Jahren ihre Position als führende Wertpapierhandelsbank und größte Börsenmaklergesellschaft in Deutschland ausgebaut. Als Profi für Profis will das Unternehmen seine Unabhängigkeit bewahren und die Marktführerschaft im Wertpapiertransaktionsgeschäft weiter ausbauen.

Es ist beabsichtigt, die Anzahl der Skontren sowie die Marktanteile an den inländischen Börsen zu erhöhen. Dies kann durch die Erhöhung der Anzahl an Zweitlistings sowie durch Übernahme von Skontren bzw. Maklerfirmen erfolgen. Um dem Margendruck im Börsenhandel entgegenzuwirken, werden weitere technische und prozessuale Möglichkeiten zur Reduktion der Handels- und Abwicklungskosten evaluiert.

Sinkende Margen, hohe Investitionskosten und aufsichtsrechtliche Auflagen werden zu einem zunehmenden Wettbewerbs- und Konsolidierungsdruck innerhalb der europäischen Finanzbranche führen. In den kommenden Jahren wird sich der Konzentrationsprozess bei den Börsen, Handelsplätzen und Finanzinstituten auf nationaler und europäischer Ebene weiter fortsetzen. An dieser Entwicklung will die Baader Wertpapierhandelsbank maßgeblich partizipieren.

Die liquiden Mittel sollen zielgerichtet eingesetzt werden, um an den potenziellen Entwicklungen der Märkte partizipieren zu können. Wesentliche Mittel werden dazu verwendet, um Anlagestrategien umzusetzen, welche eine positive Wirkung auf den Order-Flow und auf weitere Geschäftsfelder versprechen.

Durch Einführung der MiFID und der damit verbundenen Auflagen erhöht sich insbesondere der Druck auf mittelständische Finanzinstitute deutlich. Die Wertschöpfungsketten im Wertpapierhandel werden infolgedessen aufbrechen. Durch den neuen Geschäftsbereich MiFIS wird die Baader Wertpapierhandelsbank diesen Finanzinstituten eine MiFID-konforme Dienstleistung anbieten können und zusätzlichen Order-Flow für den Konzern generieren.

Der Konkurrenz- und Preisdruck im Emissionsbereich wird weiter zunehmen. Dieser Entwicklung soll durch Ausbau der Distributionskanäle und Erhöhung der Qualitätsführerschaft im bestehenden Netzwerk entgegengewirkt werden. Gleichzeitig soll die Wertschöpfungskette ausgebaut und auf neue Produkte und Märkte erweitert werden.

Im Geschäftsjahr 2001 hatte der Vorstand beschlossen, sich aus dem Beteiligungsgeschäft zurückzuziehen. Es sollen auch weiterhin keine Neuengagements eingegangen werden. Die wenigen noch bestehenden Finanzbeteiligungen sollen möglichst gewinnbringend veräußert werden.

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG will im Rahmen ihrer Kerngeschäftsfelder auch über die nationalen Grenzen wachsen und an den Entwicklungen in den aufstrebenden Nationen partizipieren. Bei der Auswahl der Zielländer stehen wirtschaftliches Potenzial, Rechtssicherheit, kulturelle und sprachliche Integrationsfähigkeit sowie Entwicklungsstand der Finanzmärkte im Vordergrund.

Mit der Parsoli Corp. Ltd. in Indien sollen zunächst die Handelsanbindungen und das institutionelle Vermittlungsgeschäft auf- und ausgebaut werden. Darüber hinaus soll ein shariakonformer Fonds (First Islamic India Fund) aufgelegt werden.

Neben dem indischen Wachstumsmarkt richtet die Baader Wertpapierhandelsbank AG ihr Augenmerk auf einen weiteren Markt. Sie beabsichtigt, sich an einem Finanzdienstleister im Oman zu beteiligen. Die mögliche Beteiligung wird den Zugang zu den Kapitalmärkten in den Golfstaaten öffnen und somit die Grundlagen für zusätzliches Wachstum außerhalb Deutschlands auf eine breitere Basis stellen.

Die Chancen für ein weiteres erfolgreiches Börsenjahr sind vor allem für die europäischen Märkte gut zu bewerten. Der Euro dürfte 2007 seinen Wert gegenüber dem Dollar behaupten, da in Europa eher mit steigenden Zinsen zu rechnen ist. Die Börsenprognose 2007 hängt letztendlich von der US-Notenbankpolitik und der Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft ab. Der Ölpreis dürfte aufgrund der beschlossenen Drosselung der Produktion durch die OPEC-Staaten im Jahr 2007 auf dem aktuellen Niveau eine gute Absicherung haben.

Insgesamt sieht die Baader Wertpapierhandelsbank positive Signale aber auch steigende Volatilitäten für den Kapitalmarkt. Die gute wirtschaftliche Stimmung und die steigenden Kurse des Jahres 2006 lassen das Engagement der Anleger zunehmen. Diese positive Grundstimmung lässt auch für 2007 weiter steigende Umsätze erwarten.

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG ist in ihren Geschäftsfeldern gut positioniert und geht unter den oben genannten positiven Rahmenbedingungen im Vergleich zum Geschäftsjahr 2006 für das Jahr 2007 von steigenden operativen Erträgen im Konzern aus. Die vom Kerngeschäft der Baader Wertpapierhandelsbank AG weitgehend unabhängigen Geschäftsfelder der Tochtergesellschaften werden die Ertragssituation des Konzerns weniger anfällig für die Schwankungen der Wertpapiermärkte machen.

Dieser Prozess wird im Jahr 2007 erstmals zu beobachten sein.

Die Entwicklung der Provisionserträge wird vor allem durch die Geschäftsfelder der Tochtergesellschaften beeinflusst und sollte zu einer erneuten Steigerung des Provisionsergebnisses führen.

Beim Handelsergebnis wird ebenfalls mit einem leichten Zuwachs gerechnet. Die hohen Erträge aus der Veräußerung und Bewertung von Available-for-Sale Beständen und at Equity bewerteten Unternehmen, die im Jahr 2006 einen erheblichen Anteil zum Ergebnis beigetragen haben, werden im Jahr 2007 nicht realisiert werden können.

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG und ihre Tochtergesellschaften achten weiterhin auf die Erhaltung ihrer schlanken, effizienten Verwaltungsstrukturen. Allerdings ist es inzwischen nicht mehr möglich, den Ausbau neuer Geschäftsfelder und die Integration von Tochtergesellschaften mit der teilweise recht umfangreichen Übernahme von Verwaltungstätigkeiten durch die Baader Wertpapierhandelsbank AG mit den vorhandenen Ressourcen abzudecken. Die Folge wird ein weiterer Anstieg der Verwaltungskosten im Jahr 2007 sein.

Für das Geschäftsjahr 2008 wird insgesamt ein gutes Marktumfeld für die Baader Wertpapierhandelsbank AG mit steigenden Indices und Umsätzen erwartet. Die weiterhin guten Konjunkturaussichten und damit voraussichtlich auch wieder steigende Reallöhne werden zu erneuten Mittelzuflüssen an die Kapitalmärkte und in alternative Anlageprodukte führen. Unter diesen Prämissen kann auch für das Jahr 2008 eine Steigerung der Erträge erreicht werden.

Auf der Kostenseite wird damit gerechnet, dass die bis Ende 2007 voraussichtlich vorhandenen Mitarbeiterressourcen und Infrastrukturen für die mittelfristige Entwicklung der Konzerngesellschaften ausreichend bemessen sind und auch das Wachstum der nächsten Jahre effizient und professionell abdecken werden. Insofern wird für das Jahr 2008 von einer im Vergleich zu den Erträgen unterproportionalen Entwicklung der Verwaltungskosten ausgegangen.

Mittelfristig werden wichtige Impulse für die Ertragsseite durch die Erweiterung der Strategie auf die Bereiche Alternative Investments und MiFID sowie durch Synergien aus den internationalen Investments kommen.

Unterschleissheim, den 07.03.2007  
Baader Wertpapierhandelsbank AG

Der Vorstand

Uto Baader, Dieter Brichmann, Stefan Hock,  
Christopher Schütz, Dieter Silmen



Indien ist, nach der Zahl der Bürger, die größte Demokratie der Welt. Der Laizismus, die Trennung von Staat und Religion, zählt zu den wesentlichsten Grundsätzen des indischen Staates und ist in seiner Verfassung verankert. Seit Jahrhunderten bestehen verschiedene Glaubensrichtungen zumeist friedlich nebeneinander.

Die Stille ist nicht auf den Gipfeln der Berge,  
der Lärm nicht auf den Märkten der Städte,  
beides ist in den Herzen der Menschen.

Aus Indien





## Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im abgelaufenen Geschäftsjahr die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Er hat sich vom Vorstand regelmäßig über die Lage der Baader Wertpapierhandelsbank AG und des Konzerns unterrichten lassen und die Arbeit des Vorstands überwacht und begleitet. Der Vorstand hat dabei den Aufsichtsrat zeitnah schriftlich und mündlich über die Geschäftspolitik, grundsätzliche Fragen der künftigen Geschäftsführung, über die wirtschaftliche Lage und strategische Weiterentwicklung, die Risikolage und das Risikomanagement sowie über bedeutsame Geschäftsvorfälle unterrichtet und mit ihm hierüber beraten. Abweichungen des Geschäftsverlaufs und der Ergebnisentwicklung von den Plänen und Zielen wurden im Einzelnen erläutert und vom Aufsichtsrat geprüft. In Entscheidungen wesentlicher Bedeutung war der Aufsichtsrat eingebunden.

Die strategische Ausrichtung mit dem Ziel zusätzliche Erträge zu generieren, die Neustrukturierung von bestehenden Geschäftsfeldern und die Aufnahme neuer Aktivitäten wurden vom Aufsichtsrat intensiv begleitet. Zudem unterrichtete der Vorstand den Aufsichtsrat in seinen monatlichen Berichten fortlaufend über die wichtigsten Kennzahlen zur finanziellen Entwicklung und der Risikosituation der Baader Wertpapierhandelsbank AG und des Konzerns. Gegenstand regelmäßiger Beratungen waren die Unternehmenszahlen, die Ergebnis- und Beschäftigungsentwicklung des Konzerns und seiner Töchter, sowie die Entwicklung sämtlicher Geschäftsbereiche. Soweit auf Grund gesetzlicher, satzungsgemäßer Vorschriften oder nach der Geschäftsordnung erforderlich, erteilte der Aufsichtsrat nach gründlicher Prüfung und Beratung seine Zustimmung zu zustimmungspflichtigen Einzelvorgängen.

Im Berichtsjahr haben fünf Sitzungen des Aufsichtsrats stattgefunden. Schwerpunkte der Beratungen zwischen Vorstand und Aufsichtsrat bildeten die organisatorische und strategische Entwicklung und Ausrichtung des Konzerns, dabei wurde insbesondere die Erweiterung der strategischen Beteiligungen im In- und Ausland intensiv begleitet. Weitere Themen waren auch die Positionierung der Baader Wertpapierhandelsbank AG, ihre finanzielle Entwicklung und die ihrer Tochterunternehmen, wichtige Geschäftsereignisse sowie die aktuellen Veränderungen im Börsenumfeld. Der Aufsichtsrat wurde auch zwischen den Sitzungen über Vorhaben informiert, die von besonderer Bedeutung waren. Sofern erforderlich, wurden Beschlüsse im schriftlichen Umlaufverfahren gefasst.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats hat sich darüber hinaus in regelmäßigen Gesprächen mit dem Vorstand über wichtige Entscheidungen und besondere Geschäftsvorfälle berichten lassen. Ihm wurden die Protokolle der Vorstandssitzungen zeitnah zur Verfügung gestellt.

Der Aufsichtsrat behandelte regelmäßig das Thema Corporate Governance. Der Aufsichtsrat hat die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex grundsätzlich anerkannt. Er hat in seiner Sitzung am 11.12.2006 gemeinsam mit dem Vorstand eine aktualisierte Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben und die Abweichungen von den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex erläutert. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Veröffentlichung im Geschäftsbericht und auf der Internetseite der Baader Wertpapierhandelsbank AG.

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 11.12.2006 eine Effizienzprüfung seiner Tätigkeit mit positivem Ergebnis durchgeführt. Der Aufsichtsrat hat sich auch davon über-

zeugt, dass die Baader Wertpapierhandelsbank AG im abgelaufenen Geschäftsjahr die Empfehlungen des Corporate Governance Kodex gemäß ihrer Entsprechenserklärung vom Dezember 2005 erfüllt hat. Interessenskonflikte von Mitgliedern des Aufsichtsrats sind im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht aufgetreten.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Baader Wertpapierhandelsbank AG und der Konzernabschluss zum 31.12.2006 mit dem Konzernlagebericht sind unter Einbeziehung der Buchführung durch den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer Clostermann & Jasper Partnerschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Bremen, entsprechend den gesetzlichen Vorschriften geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Konzernabschluss wurde nach den International Accounting Standards/International Financial Reporting Standards (IAS/IFRS) aufgestellt und vom Abschlussprüfer unter ergänzender Beachtung der International Standards on Auditing (ISA) geprüft. Der Abschlussprüfer hat bestätigt, dass der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 01.01.2006 bis 31.12.2006 die Voraussetzungen für eine Befreiung der Gesellschaft von der Aufstellung eines Konzernabschlusses und Konzernlageberichts nach deutschem Recht erfüllen.

Der Vorstand hat gemäß § 312 AktG einen Abhängigkeitsbericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt. Die Abschlussprüfer Clostermann & Jasper Partnerschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Bremen, haben den Abhängigkeitsbericht des Vorstands entsprechend den gesetzlichen Vorschriften geprüft und folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt: „Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind und
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

Allen Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden rechtzeitig die Jahresabschlussunterlagen und Prüfungsberichte des Abschlussprüfers und der Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns übersandt. Der Aufsichtsrat hat in seiner heutigen Bilanzsitzung den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss und den Lagebericht der Baader Wertpapierhandelsbank AG sowie den Konzernabschluss mit Konzernlagebericht und den Abhängigkeitsbericht unter Einbeziehung des Prüfungsberichts geprüft. An der Sitzung haben die Abschlussprüfer und der Vorstand teilgenommen. Die Abschlussprüfer haben über ihre Prüfung insgesamt und über einzelne Prüfungsschwerpunkte sowie über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung berichtet und eingehend die Fragen der Mitglieder des Aufsichtsrates beantwortet. Der Aufsichtsrat hat das Prüfungsergebnis zustimmend zur Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergebnis dieser Prüfung waren keine Einwendungen zu erheben.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahres- und Konzernabschluss 2006 in seiner heutigen Sitzung gebilligt. Der Jahresabschluss 2006 ist damit festgestellt. Der Aufsichtsrat schließt sich dem Vorschlag des Vorstands an, aus dem Bilanzgewinn eine Dividende von € 0,25 je dividendenberechtigter Stückaktie auszuschütten, € 15,570 Mio. in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen und den verbleibenden Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2006 die Vorstandsbestellung von Herrn Dieter Silmen für weitere fünf Jahre beschlossen. Mit Wirkung ab 1. Oktober 2006 wurde Herr Christopher Schütz als weiteres Mitglied des Vorstands berufen. Herr Schütz leitet das Ressort „MiFIS“ (Markets in Financial Instruments Services), das für die Entwicklung, die Bereit-

stellung und den Vertrieb von MiFID – konformen Wertpapierdienstleistungen und -produkten verantwortlich ist.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeitern für die verantwortungsbewusste und erfolgreiche Arbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Unterschleissheim, den 19. März 2007

Der Aufsichtsrat

Dr. Horst Schiessl  
Vorsitzender



Nach einer Studie von „Edelweiss Securitie“ werden bis 2011 im Segment Wohnimmobilien ca. 107 Mrd. Dollar investiert werden. Weiter geht man davon aus, dass es 2025 in Indien 70 Städte mit mehr als einer Million Einwohner geben wird (z. Z. 45 Städte). Man darf also sicher sein, dass auch mittelfristig der Wohnungsbau boomen wird.

Man kann einander nicht die Hand reichen,  
wenn man sie zur Faust ballt.

Indira Gandhi



## Corporate Governance-Bericht

Über die Corporate Governance im Baader-Konzern berichtet der Vorstand – zugleich für den Aufsichtsrat – gemäß Punkt 3.10 des Deutschen Corporate Governance Kodex wie folgt:

Der Baader-Konzern legt grundsätzlich großen Wert auf eine offene und klare Unternehmenskommunikation. Er hat sich stets an Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung orientiert, um das Vertrauen seiner Anleger, der Finanzmärkte, Geschäftspartner und seiner Mitarbeiter zu bestätigen und auszubauen.

### Entsprechenserklärung nach § 161 AktG

Vorstand und Aufsichtsrat haben die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex grundsätzlich anerkannt. Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 11.12.2006 gemeinsam mit dem Vorstand eine aktualisierte Entsprechenserklärung für 2006 nach § 161 AktG abgegeben und die Abweichungen von den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex erläutert. Die Entsprechenserklärung 2006 wurde am 12.12.2006 auf der Website der Gesellschaft eingestellt und am 20.12.2006 im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Alle Entsprechenserklärungen und die Begründung für die Abweichungen sind auf der Website abrufbar. Die Entsprechenserklärung 2006 lautet wie folgt:

1) In Punkt 3.8 Absatz 2 des Deutschen Corporate Governance Kodex ist folgendes festgelegt: „Schließt die Gesellschaft für Vorstand und Aufsichtsrat eine D & O – Versicherung ab, so soll ein angemessener Selbstbehalt vereinbart werden.“

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG hat im April 2004 eine angemessene D & O Versicherung zugunsten

von Organen und leitenden Angestellten des Unternehmens abgeschlossen. Eine Selbstbeteiligung wurde nicht vereinbart.

2) In Punkt 4.2.3 Abs. 2 des Deutschen Corporate Governance Kodex (Fassung vom 21.05.2003) ist zur variablen Vergütung der Vorstandsmitglieder folgendes festgelegt: „Als variable Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung und Risikocharakter dienen insbesondere Aktien der Gesellschaft mit mehrjähriger Veräußerungssperre (z.B. Phantom Stocks). Aktienoptionen und vergleichbare Gestaltungen sollen auf anspruchsvolle, relevante Vergleichsparameter bezogen sein. Eine nachträgliche Änderung der Erfolgsziele oder der Vergleichsparameter soll ausgeschlossen sein. Für außerordentliche, nicht vorgesehene Entwicklungen soll der Aufsichtsrat eine Begrenzungsmöglichkeit (Cap) vereinbaren.“

In der Hauptversammlung am 14. Juli 2004 wurde ein Aktienoptionsplan für Vorstände und Mitarbeiter der Baader Wertpapierhandelsbank AG genehmigt. Es handelt sich dabei um ein variables Vergütungssystem nach Maßgabe des Deutschen Corporate Governance Kodex bis auf eine Ausnahme. Das Unternehmen lehnt eine Begrenzungsmöglichkeit bei Aktienoptionen hinsichtlich der Höhe der Erträge ab, da eine solche den Anreizzielen eines variablen Vergütungssystems nicht entspricht.

3) In Punkt 4.2.4 des Deutschen Corporate Governance Kodex war bis zur Bekanntmachung der neuen Fassung des Corporate Governance Kodex am 24.07.2006 folgendes festgelegt: „Die Vergütung der Vorstandsmitglieder soll im Anhang des Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponen-

ten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen werden. Die Angaben zur Vergütung der Vorstandsmitglieder sollen individualisiert erfolgen.“

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG weist die Vorstandsgehälter im Anhang ihres Jahresabschlusses nach Fixum und erfolgsbezogenen Komponenten aus.

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG lehnt es ab, die Vorstandsgehälter individualisiert auszuweisen, da das Unternehmen keinen Nutzen in dieser Praxis erkennen kann.

In der Hauptversammlung der Baader Wertpapierhandelsbank AG am 19.07.2006 wurde der Verzicht auf eine individualisierte Angabe der Vergütung der Mitglieder des Vorstands mit qualifizierter Mehrheit gebilligt. Eine Abweichung von der Empfehlung zur individuellen Offenlegung der Vergütung der Mitglieder des Vorstands muss gem. Punkt 4.2.4 in Zukunft nicht mehr erklärt werden.

- 4) In Punkt 5.3.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex ist folgendes festgelegt: „Der Aufsichtsrat soll einen Prüfungsausschuss (Audit Committee) einrichten, der sich insbesondere mit den Fragen der Rechnungslegung und des Risikomanagements, der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, der Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und der Honorarvereinbarung befasst.“

Der Aufsichtsrat hat nach der Hauptversammlung 2004 den im Dezember 2002 eingerichteten Prüfungsausschuss aufgelöst. Der Aufsichtsrat stellte fest, dass der Ausschuss erfolgreiche Arbeit geleistet hat, dass aber angesichts

der Größe des Aufsichtsrats im Hinblick auf Kosten und Aufwand ein eigens eingerichteter Ausschuss nicht verhältnismäßig war.

- 5) In Punkt 5.4.5 (letzter Absatz) des Deutschen Corporate Governance Kodex ist folgendes festgelegt: „Die Vergütung der AR-Mitglieder soll im Anhang des Konzernabschlusses individualisiert, aufgliedert nach Bestandteilen ausgewiesen werden.“

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG weist die Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder im Anhang ihres Jahresabschlusses nach Fixum und erfolgsbezogenen Komponenten aus. Es ist nicht vorgesehen, sie individualisiert auszuweisen, da das Unternehmen keinen Nutzen in dieser Praxis erkennen kann.

- 6) In Punkt 7.1.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex ist folgendes festgelegt: „Der Konzernabschluss wird vom Vorstand aufgestellt und vom Abschlussprüfer sowie vom AR geprüft. Der Konzernabschluss soll binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende, die Zwischenberichte sollen 45 Tage nach Ende des Berichtszeitraums öffentlich zugänglich sein.“

Die Aktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG sind an der Frankfurter Wertpapierbörse im „Prime Standard“ des Amtlichen Marktes notiert. Die Börsenordnung der Frankfurter Wertpapierbörse sieht für die Veröffentlichung des Konzernabschlusses eine Frist von vier Monaten und für die Veröffentlichung der Zwischenabschlüsse eine Frist von zwei Monaten vor. Diese Fristen werden eingehalten. Darüber hinaus frühere Fristen einzuhalten, würde einen unangemessenen Organisationsaufwand bedeuten.

### **Führungs- und Unternehmensstruktur;**

#### **Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat**

Der Baader-Konzern ist eine Wertpapierhandelsbank mit Sitz in Unterschleißheim bei München. Die Grundlagen für die Unternehmens- und Führungsstrukturen bilden insbesondere das deutsche Aktiengesetz, das Kapitalmarktrecht, die Satzung und der Deutsche Corporate Governance Kodex. Als deutsche Aktiengesellschaft verfügt die Gesellschaft über die nach Aktienrecht übliche zweigeteilte Leitungs- und Überwachungsstruktur. Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung. Der Aufsichtsrat bestellt, berät und überwacht den Vorstand. Die Geschäftsleitungen der einzelnen Konzernunternehmen haben eine eigene Geschäfts- und Ergebnisverantwortung. Sie berichten regelmäßig an den Vorstand der Baader Wertpapierhandelsbank AG und werden zusätzlich von ihren Aufsichtsgremien überwacht, in denen auch Mitglieder des Vorstands der Baader Wertpapierhandelsbank AG vertreten sind.

Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng zusammen; ihr gemeinsames Ziel ist die Steigerung des Unternehmenswertes. Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat regelmäßig zeitnah und umfassend über alle relevanten Fragen der Unternehmensplanung und der strategischen Weiterentwicklung, über den Gang der Geschäfte und die Lage des Konzerns einschließlich Risikolage. Für bedeutende Fälle legt die Geschäftsordnung des Vorstands Zustimmungsvorbehalte des Aufsichtsrats fest (siehe auch Bericht des Aufsichtsrats).

Die Gesellschaft unterhält eine so genannte D&O Versicherung zugunsten der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats. Sie wird auf ein Jahr abgeschlossen und jährlich verlängert. Die Versicherung deckt das persönliche Haftungsrisiko für den Fall ab, das die Mitglieder

des Vorstands bzw. Aufsichtsrats bei Ausübung ihrer Führungs- bzw. Überwachungstätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen werden. Es wurde kein Selbstbehalt im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex vereinbart (siehe auch Entsprechenserklärung).

### **Transparenz**

Anleger, Investoren, Analysten und Öffentlichkeit werden gleichberechtigt und zeitnah informiert. Finanzkalender, Geschäfts- und Zwischenberichte, Ad-hoc Mitteilungen und alle weiteren relevanten Informationen sind auf der Internetseite in deutsch und englisch verfügbar. Im Bereich Compliance wird das Insiderverzeichnis geführt, in das sämtliche Personen mit Zugang zu Insiderinformationen eingetragen werden. Wir haben in Ergänzung zu den Insiderregelungen interne Weisungen erlassen, die den Handel mit Wertpapieren des Unternehmens für alle Mitarbeiter regelt. Danach sind Geschäfte in diesen Papieren nur während eines Zeitfensters von 2 Wochen nach der Veröffentlichung von Unternehmenszahlen mit Genehmigung des Compliance Beauftragten erlaubt. Diese Zeiten werden im Baader-Intranet jeweils angekündigt.

### **Directors' Dealings**

Nach § 15a WpHG müssen alle Mitglieder des Vorstands und Aufsichtsrats sowie bestimmte Mitarbeiter mit Führungsaufgaben und die mit ihnen in enger Beziehung stehenden Personen den Erwerb und die Veräußerung von Baaderaktien und sich darauf beziehende Finanzinstrumente offen legen. Alle mitgeteilten Geschäfte sind auf unserer Website im jährlichen Dokument aufgeführt. Bis zum 31.12.2006 sind folgende Meldungen eingegangen:

Am 13.4.2006 hat der Finanzvorstand Dieter Brichmann 8.800 Stück Baaderaktien zu 5,77 € verkauft und am

13.10.2006 hat das Vorstandsmitglied Christopher Schütz 3.000 Stück Baaderaktien zu 4,70 € gekauft.

Der Vorstandsvorsitzende hält 66,95 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien (Punkt 6.6 des Deutschen Corporate Governance Kodex). Die von den Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern gehaltene Anzahl der Aktien sind im Lagebericht aufgeführt.

### Hauptversammlung

Organisation und Durchführung der Hauptversammlung erfolgen seit Jahren mit der Maßgabe, sämtliche Aktionäre vor und während der Hauptversammlung umfassend und effizient zu informieren und ihnen die Ausübung ihrer Rechte zu erleichtern. So wurde das Anmelde- und Legitimationsverfahren zur Hauptversammlung bereits 2006 auf den so genannten „Record Date“ umgestellt. Aktionäre, die nicht persönlich an der Hauptversammlung teilnehmen, können ihr Stimmrecht durch einen Bevollmächtigten, z.B. durch ein Kreditinstitut oder eine Vereinigung von Aktionären, ausüben lassen. Wir bieten unseren Aktionären an, einen von der Gesellschaft benannten weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreter bereits vor der Hauptversammlung zu bevollmächtigen.

### Aufsichtsrat

Die Amtszeit des aktuellen Aufsichtsrats endet mit Ablauf der Hauptversammlung 2008. Im Berichtsjahr haben sich keine Veränderungen im Aufsichtsrat ergeben. Der Aufsichtsrat hatte im Jahr 2002 einen Beteiligungsausschuss aufgelöst, nachdem die Gesellschaft entschieden hatte, das Beteiligungsgeschäft aufzugeben. Ein in 2002 gegründeter Prüfungsausschuss, der sich insbesondere mit Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements, der Erteilung des Prüfungsauftrages an den Abschluss-

prüfer, dessen erforderliche Unabhängigkeit, dessen Honorarvereinbarung und den Prüfungsschwerpunkten befassen sollte, wurde im Jahr 2004 wieder aufgelöst. Der Aufsichtsrat hat festgestellt, dass der Ausschuss erfolgreiche Arbeit geleistet hat, dass aber angesichts der Größe des Aufsichtsrats im Hinblick auf Kosten und Aufwand ein eigens eingerichteter Ausschuss nicht verhältnismäßig war. Die Tätigkeit des Ausschusses hat wieder der Gesamtaufwichtsrat übernommen.

### Vergütungsbericht gem. § 289 Abs. 1 Nr. 5 HGB

Dieser Vergütungsbericht erläutert die Grundlagen für die Festlegung der Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat der Baader Wertpapierhandelsbank AG sowie deren Höhe und Struktur. Darüber hinaus werden Angaben zu den von Aufsichtsratsmitgliedern und Vorstandsmitgliedern gehaltenen Aktien und Aktienoptionen und zu Transaktionen mit Aktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG gemacht.

Die Hauptversammlung der Baader Wertpapierhandelsbank AG hat am 19.07.2006 wie folgt beschlossen: „Eine Offenlegung der Bezüge und sonstigen empfangenen Leistungen jedes einzelnen Vorstandsmitglieds (§ 285 S. 1 Nr. 9 lit. A S.5 bis 9 HGB und § 314 I Nr. 6 lit. a S. 5 bis 9 HGB) erfolgt für die Geschäftsjahre 2006 bis 2010 weder im Jahres- noch im Konzernabschluss.“ Damit ist auch auf gesetzlicher Grundlage eine individualisierte Offenlegung der Vorstandsbezüge nicht mehr möglich. Daneben weisen Vorstand und Aufsichtsrat auch noch in der jährlichen Entsprechenserklärung gem. § 161 AktG darauf hin, dass eine Abweichung von der Empfehlung zur individuellen Offenlegung der Vergütung der Mitglieder des Vorstands gem. Punkt 4.2.4. des Deutschen Corporate Governance Kodex in Zukunft nicht mehr erklärt werden muss.



### *Vergütung des Vorstands*

Für die Festlegung der Vorstandsvergütung ist der Aufsichtsrat zuständig. Die Festlegung der Vergütung orientiert sich an der Größe und Tätigkeit des Unternehmens, seiner finanziellen und wirtschaftlichen Lage sowie an der Höhe und Struktur der Vorstandsvergütung bei vergleichbaren Unternehmen. Zusätzlich werden die Aufgaben und der Beitrag des jeweiligen Vorstandsmitglieds berücksichtigt.

Die Vergütung des Vorstands ist leistungsorientiert; sie setzt sich im Geschäftsjahr 2006 aus vier Komponenten zusammen: einer festen erfolgsunabhängigen Vergütung (Gehalt), einer erfolgsbezogenen Vergütung (Tantieme), einer Komponente mit langfristiger Anreizwirkung (Aktienoptionen) sowie einer Versorgungszusage (für zwei Vorstandsmitglieder).

Die erfolgsunabhängige Vergütung wird monatlich als Gehalt ausbezahlt.

Die Höhe der Tantieme orientiert sich am Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Konzerns. Sie beträgt für die einzelnen Mitglieder des Vorstands zwischen 0,35 % und 1,05 % des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Die Auszahlung erfolgt nach der Genehmigung des Jahresergebnisses durch die Hauptversammlung. Neben der Tantieme besteht die Möglichkeit, einzelnen Vorstandsmitgliedern für besondere Leistungen einen Sonderbonus zu gewähren.

Die aktienbasierte Vergütung erfolgt durch Ausgabe von Aktienoptionen nach den Bedingungen der von der Hauptversammlung beschlossenen Aktienoptionspläne.

Für zwei Vorstandsmitglieder bestehen Versorgungszusagen, bei denen die Höhe der Versorgungsleistung in Abhängigkeit von Alter, Betriebszugehörigkeit und Gehalt festgelegt ist. Die Altersrente wird gezahlt, wenn das Vorstandsmitglied nach Erreichung der Altersgrenze ausscheidet. Sie ist begrenzt auf höchstens 60 % des Festgehältes, das das jeweilige Vorstandsmitglied für das letzte Kalenderjahr vor seinem Ausscheiden aus der Gesellschaft erhalten hat.

Für den Fall der vorzeitigen Beendigung des Dienstverhältnisses enthalten die Vorstandsverträge keine ausdrückliche Abfindungszusage. Eine Abfindung kann sich aber aus einer individuell getroffenen Aufhebungsvereinbarung ergeben.

Für den Fall eines „change of control“ bestehen kein Recht auf Kündigung des Anstellungsvertrages durch das einzelne Vorstandsmitglied und entsprechend auch kein Abfindungsanspruch.

Für das Geschäftsjahr 2006 ergab sich für den Gesamtvorstand nachfolgende Vergütung nach dem Zuflussprinzip:

					2006	2005
Erfolgsunabhängige Vergütung		Dotierung Pensionsrückstellung	Erfolgsbezogene Vergütung	Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung		
Gehalt	Sonstiges <sup>1)</sup>	Versorgungszusage <sup>2)</sup>	Tantieme	Aktioptionen <sup>3)</sup>	Gesamt	Gesamt
€ 1.472.587,00	€ 115.907,07	€ 1.123.365,53	€ 257.983,24	€ 74.812,50	€ 3.044.655,34	€ 2.019.477,58

Unter der Voraussetzung, dass die Hauptversammlung der Baader Wertpapierhandelsbank AG den Jahresabschluss 2006 in der vorliegenden Form feststellen wird, ergibt sich für das Geschäftsjahr 2006 eine Tantieme in Höhe von insgesamt € 644.287,93.

An den Vorstand wurden im Geschäftsjahr 2006 insgesamt 75.000 Stück Aktioptionen ausgegeben. Die untenstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Aktioptionen der Vorstandsmitglieder für die Geschäftsjahre 2000 bis 2005.

Nach § 15a WpHG sind Käufe und Verkäufe in Baader-Aktien durch Mitglieder des Vorstands mitteilungs- und veröffentlichungspflichtig. Die Gesellschaft veröffentlicht diese Transaktionen auf ihrer Internetseite. Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 1 Kauf (3.000 Stück mit einem Gegenwert von € 14.100,00) und 1 Verkauf (8.800 Stück mit einem Gegenwert von € 50.737,30) gemeldet.

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG steht im Mehrheitsbesitz der Baader Beteiligungs GmbH, München.

Für das Geschäftsjahr *)	2005	2004	2003	2002	2001	2000	Gesamt
Gewährte Optionen	75.000	75.000	103.000	170.000	172.000	83.804	678.804
Ausübungspreis	6,02	2,34	2,96	1,12	2,14	5,30	-
Verwirkte Optionen	0	0	0	19.000	58.000	37.714	114.714
Ausgeübte Optionen	0	0	43.000	137.000	84.000	15.240	279.240
Ausstehende Optionen	75.000	75.000	60.000	14.000	30.000	30.850	284.850
Ausübbar Optionen	0	0	60.000	14.000	30.000	30.850	134.850
Restlaufzeit in Monaten	77	65	53	40	28	16	

\*) Die Zuteilung erfolgt bedingungsgemäß erst in dem Geschäftsjahr des folgenden Jahres

1) In der Spalte „Sonstiges“ aufgeführte Vergütungsbestandteile umfassen grundsätzlich geldwerte Vorteile aus der Bereitstellung von Dienstwagen, Zuschüsse zu Versicherungen sowie die Einnahme von subventionierten Mittagessen im Betriebsrestaurant.

2) Die Pensionsverpflichtungen (DBO) nach IAS/IFRS für aktive Vorstandsmitglieder belaufen sich auf € 7.846.769,00 (Vorjahr: T€ 6.879). Für ausgeschiedene Vorstandsmitglieder bestehen Pensionsverpflichtung in Höhe von € 228.572,00 (Vorjahr: T€ 218).

3) Der Geldwert der Aktioptionen wurde nach dem Black-Scholes-Optionspreismodell bestimmt. Der Geldwert beträgt € 0,9975 pro Aktie (Vorjahr: € 0,43 pro Aktie).

Im abgelaufenen Geschäftsjahr kam es zu keinen Geschäften zwischen den beiden Gesellschaften. Die Anteile von Herrn Uto Baader an der Baader Wertpapierhandelsbank AG werden über die Baader Immobilienverwaltungs GmbH & Co. KG (2.492.788 Stück) und die Baader Beteiligungs GmbH (28.104.000 Stück) gehalten. Darüber hinaus hält Herr Uto Baader 137.512 Aktien im Privatbesitz. Insgesamt entsprechen die Anteile von Herrn Uto Baader 66,95 % des Gezeichneten Kapitals der Baader Wertpapierhandelsbank AG. Darüber hinaus besitzt kein Vorstandsmitglied am 31.12.2006 mehr als 1 % am Grundkapital der Baader Wertpapierhandelsbank AG. Zum 31.12.2006 hielten die Mitglieder des Vorstands insgesamt 30.860.968 Aktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG.

Zum 31.12.2006 bestehen Kredite an Mitglieder des Vorstands von insgesamt € 113.813,63 (Vorjahr: € 87.108,79). Die Kredite haben eine Verzinsung von 5,0 % und eine Restlaufzeit zwischen 6 Monaten und 8 Monaten.

Die Gesellschaft unterhält eine so genannte D&O Versicherung. Sie wird auf ein Jahr abgeschlossen und jährlich verlängert. Die Versicherung deckt das persönliche Haftungsrisiko für den Fall ab, dass die Mitglieder des Vorstands bei Ausübung ihrer Führungstätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen werden. Die Mitglieder des Vorstands haben keinen Selbstbehalt im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex. Die Gesellschaft ist nicht der Meinung, dass ein Selbstbehalt die Motivation und Verantwortung der Mitglieder des Vorstands für ihre Aufgaben verbessert.

Zur Aufnahme von Nebentätigkeiten einschließlich der Wahrnehmung von Aufsichtsratsmandaten in Konzerngesellschaften benötigen die Mitglieder des Vorstands die Zustimmung des Aufsichtsrates. So ist sichergestellt, dass

weder der zeitliche Aufwand noch die dafür gewährte Vergütung zu einem Konflikt mit den Aufgaben für das Unternehmen führt.

Soweit es sich bei den Nebentätigkeiten um Aufsichtsratsmandate oder Mandate in vergleichbaren Kontrollgremien handelt, sind diese in den Notes aufgeführt und im Internet veröffentlicht.

#### *Vergütung des Aufsichtsrats*

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in § 13 der Satzung der Baader Wertpapierhandelsbank AG geregelt. Entsprechend dieser Bestimmung erhalten die Aufsichtsratsmitglieder neben dem Ersatz ihrer Auslagen eine Vergütung, die aus einem festen und einem variablen Anteil besteht. Dabei ist die Höhe der variablen Vergütung abhängig vom Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Konzerns. Sie beträgt für die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder zwischen 0,09 % und 0,18 %. Im Einzelnen darf die Vergütung des einzelnen Aufsichtsratsmitglieds das Dreifache der Grundvergütung nicht überschreiten.

Die feste Vergütung wird im letzten Monat des Geschäftsjahres ausbezahlt. Die variable Vergütung ist nach der ordentlichen Hauptversammlung, die über die Verwendung des Bilanzgewinns des betreffenden Geschäftsjahres beschließt, zahlbar.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten für ihre Aufsichtsrats-tätigkeit keine Aktienoptionen oder andere aktienbasierte Vergütungen. Sofern Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat Aktienoptionen nach den Bedingungen der von der Hauptversammlung beschlossenen Aktienoptionsplänen erhalten, resultieren diese Leistungen aus ihrer Stellung als Arbeitnehmer der Baader Wertpapierhandelsbank AG und sind von ihrer Aufsichtsrats-tätigkeit unabhängig.

Für das Geschäftsjahr 2006 ergab sich für den Aufsichtsrat folgende Vergütung nach dem Zuflussprinzip:

		2006	2005
Fester Vergütungsbestandteil	Variabler Vergütungsbestandteil	Gesamt	Gesamt
174.000,00	87.290,93	261.290,93	217.291,50

Unter der Voraussetzung, dass die Hauptversammlung der Baader Wertpapierhandelsbank AG den Jahresabschluss 2006 in der vorliegenden Form feststellen wird, ergibt sich eine variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2006 in Höhe von insgesamt € 204.828,75.

Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat erhielten als Arbeitnehmer der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2006 insgesamt 2.400 Stück Aktienoptionen<sup>1)</sup>. Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Aktienoptionen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat für die Geschäftsjahre 2000 bis 2005.

Für das Geschäftsjahr *)	2005	2004	2003	2002	2001	2000	Gesamt
Gewährte Optionen	2.440	2.640	2.800	4.000	5.200	1.590	18.670
Ausübungspreis	6,02	2,34	2,96	1,12	2,14	5,30	-
Verwirkelte Optionen	0	0	0	0	0	0	0
Ausgeübte Optionen	0	0	0	4.000	5.200	0	9.200
Ausstehende Optionen	2.440	2.640	2.800	0	0	1.590	9.470
Ausübbarer Optionen	0	0	2.800	0	0	1.590	4.390
Restlaufzeit in Monaten	77	65	53	40	28	16	

\*) Die Zuteilung erfolgt bedingungsgemäß erst in dem Geschäftsjahr des folgenden Jahres

Nach § 15a WpHG sind Käufe und Verkäufe in Baader-Aktien durch Mitglieder des Aufsichtsrates mitteilungs- und veröffentlichungspflichtig. Die Gesellschaft veröffentlicht diese Transaktionen auf ihrer Internetseite. Im Geschäftsjahr wurden insgesamt keine Käufe oder Verkäufe der Mitglieder des Aufsichtsrats gemeldet.

Kein Aufsichtsratsmitglied besitzt am 31.12.2006 mehr als 1 % am Grundkapital der Baader Wertpapierhandelsbank AG. Zum 31.12.2006 hielten die Mitglieder des Aufsichtsrats insgesamt 13.200 Aktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG.

Zum 31.12.2006 bestehen Kredite an Mitglieder des Aufsichtsrats von insgesamt € 32.945,76 (Vorjahr: € 2.277,00). Die Kredite haben eine Verzinsung von 5,0 % und eine Restlaufzeit zwischen 2 Monaten und 5 Monaten.

Die Gesellschaft unterhält eine so genannte D&O Versicherung. Sie wird auf ein Jahr abgeschlossen und jährlich verlängert. Die Versicherung deckt das persönliche Haftungsrisiko für den Fall ab, dass die Mitglieder des Aufsichtsrats bei Ausübung ihrer Tätigkeit für Vermögens-

<sup>1)</sup> Der Geldwert der Aktienoptionen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, die in 2005 Aktienoptionen als Arbeitnehmer der Gesellschaft erhalten haben, beträgt € 2.433,90 (Vorjahr: € 1.135,20). Der Geldwert wurde dabei nach dem Black-Scholes-Optionspreismodell bestimmt. Der Geldwert beträgt € 0,9975 pro Aktie (Vorjahr: € 0,43 pro Aktie).

schäden in Anspruch genommen werden. Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben keinen Selbstbehalt im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex. Die Gesellschaft ist nicht der Meinung, dass ein Selbstbehalt die Motivation und Verantwortung der Mitglieder des Aufsichtsrats für ihre Aufgaben verbessert.

#### Risikomanagement

Der professionelle Umgang mit Chancen und Risiken, d.h. diese zu identifizieren, zu beurteilen, effizient zu steuern, zu überwachen und zu kommunizieren ist Grundlage der Geschäftstätigkeit der Baader Wertpapierhandelsbank AG. Sie trägt den finanziellen Risiken durch ein Risikomanagementsystem entsprechend den seit 20.12.2005 geltenden neuen „Mindestanforderungen an das Risikomanagement“ (MaRisk) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht Rechnung.

Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, hat der Vorstand der Baader Wertpapierhandelsbank AG sowohl die Geschäftsstrategie mit der dazu konsistenten Risikostrategie, als auch ein internes Kontrollverfahren festgelegt, welches die Regelungen zur Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Risikosteuerungs- und -controllingprozesse einschließlich der organisatorischen Richtlinien, Kompetenzordnung und Verantwortlichkeiten beinhaltet. Es umfasst die Bereiche Handel, Markt, Marktfolge und Risikocontrolling, Abwicklung/Kontrolle und Rechnungswesen. Deren funktionale und organisatorische Trennung ist bis einschließlich der Vorstandsebene gewährleistet. Die Risikotragfähigkeit wird im Rahmen der jährlichen Planung auf der Grundlage einer Analyse der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in dem relevanten Marktumfeld, der hieraus abgeleiteten Geschäftsstrategie sowie der dazu konsistenten Risikostrategie sichergestellt. Ausführlicheres steht hierzu im Lagebericht.

#### Abschlussprüfer

Der Konzernabschluss wird nach den International Accounting Standards/International Financial Reporting Standards (IAS/IFRS) aufgestellt und vom Abschlussprüfer unter ergänzender Beachtung der International Standards on Auditing (ISA) geprüft. Der gesetzlich vorgeschriebene und für die Besteuerung und die Dividendenzahlung maßgebliche Einzelabschluss der Baader Wertpapierhandelsbank AG wird nach den Vorschriften des HGB erstellt. Der Aufsichtsrat hat die vorgelegte Unabhängigkeitserklärung zur Kenntnis genommen.

Der von der Hauptversammlung gewählte Abschlussprüfer wurde vom Aufsichtsrat verpflichtet, ihn über während der Prüfung auftretende und nicht unverzüglich zu beseitigende mögliche Ausschluss- und Befangenheitsgründe zu unterrichten. Der Abschlussprüfer soll außerdem auch über alle für die Aufgaben des Aufsichtsrats wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse, die sich bei der Abschlussprüfung ergeben, unverzüglich berichten. Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat zu informieren bzw. im Prüfungsbericht zu vermerken, wenn im Zuge der Abschlussprüfung Tatsachen festgestellt werden, die mit der vom Vorstand und Aufsichtsrat nach § 161 AktG abgegebenen Entsprechenserklärung nicht vereinbar ist.

Der Vorstand hat gemäß § 312 AktG einen Abhängigkeitsbericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt. Die Abschlussprüfer Clostermann & Jasper Partnerschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Bremen, haben den Abhängigkeitsbericht des Vorstands entsprechend den gesetzlichen Vorschriften geprüft und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.



Sachin Tendulkar, geb. 1973, ist eine der herausragenden Sportpersönlichkeiten Indiens und wird in seinem Land wie ein Held verehrt. Bereits mit 16 Jahren (1989) gab er sein internationales Debüt. Er hat viele Rekorde aufgestellt, er erzielte unter anderem als einer der ersten Cricketspieler mehr als 10.000 Runs in Test-Matches.

Wenn du gut bist, denke nicht, dass die anderen schlecht sind. Wenn die anderen schlecht sind, dann verbessere dich.

Aus Indien



## Konzern-Jahresabschluss 2006

### Inhaltsübersicht

Konzern-Bilanz .....	58	Anhang (Notes) .....	64
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung .....	59	<i>Angaben zum Unternehmen</i>	
Eigenkapitalveränderung .....	60	<i>Grundlagen der Konzernrechnungslegung</i>	
Kapitalflussrechnung .....	62	<i>Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden</i>	
		(1) Grundsätze .....	65
		(2) Angewandte Vorschriften .....	65
		(3) Konsolidierungskreis .....	66
		(4) Konsolidierungsgrundsätze .....	69
		(5) Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung (IAS 39) .....	70
		(6) Währungsumrechnung .....	72
		(7) Barreserve .....	72
		(8) Forderungen .....	72
		(9) Risikovorsorge für das Kreditgeschäft .....	72
		(10) Wertpapierleihegeschäfte .....	73
		(11) Handelsaktiva .....	73
		(12) Available-for-Sale Bestände .....	73
		(13) Sachanlagen .....	73
		(14) Immaterielle Anlagewerte .....	74
		(15) Geschäftswerte .....	74
		(16) Leasinggeschäft .....	74
		(17) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden .....	75
		(18) Handelsspassiva .....	75
		(19) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen .....	75
		(20) Andere Rückstellungen .....	76
		(21) Ertragsteuern .....	76
		(22) Treuhandgeschäfte .....	76
		(23) Eigene Aktien .....	77
		(24) Aktienorientiertes Vergütungssystem für Vorstände und Mitarbeiter .....	77

*Wesentliche Unterschiede bei der  
Rechnungslegung nach IAS/IFRS und  
deutschem Handelsrecht*

Risikovorsorge für das Kreditgeschäft .....	80
Wertpapiere .....	80
Hedge Accounting .....	81
Sachanlagen, Immaterielle Anlagewerte und Geschäfts- oder Firmenwert .....	81
Eigene Aktien und Anteile .....	81
Treuhandgeschäfte .....	81
Pensionsverpflichtungen .....	81
Andere Rückstellungen .....	81
Latente Steuern .....	81
Eigenkapital .....	82
Ansätze aufgrund steuerrechtlicher Vorschriften .....	82

*Angaben zur Bilanz des Konzerns*

(25) Barreserve .....	82
(26) Forderungen an Kreditinstitute .....	82
(27) Forderungen an Kunden .....	83
(28) Risikovorsorge für das Kreditgeschäft .....	84
(29) Handelsaktiva .....	84
(30) Available-for-Sale Bestände .....	85
(31) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen .....	86
(32) Sachanlagen .....	87
(33) Immaterielle Anlagewerte .....	87
(34) Geschäfts- und Firmenwerte .....	88
(35) Ertragssteueransprüche .....	89
(36) Sonstige Aktiva .....	89
(37) Aktive latente Steuern .....	89
(38) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten .....	91
(39) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden .....	91
(40) Handelspassiva .....	92
(41) Rückstellungen .....	92
(42) Ertragsteuerverpflichtungen .....	94
(43) Sonstige Passiva .....	94
(44) Passive latente Steuern .....	94
(45) Eigenkapital .....	95
(46) Bedingtes Kapital .....	97
(47) Genehmigtes Kapital .....	99
(48) Fremdwährungsvolumina .....	99
(49) Derivative Geschäfte .....	100



## Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

(50)	Zinsüberschuss .....	100
(51)	Risikovorsorge für das Kreditgeschäft .....	100
(52)	Provisionsüberschuss .....	101
(53)	Handelsergebnis .....	101
(54)	Ergebnis aus Available-for-Sale Beständen .....	102
(55)	Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen .....	102
(56)	Verwaltungsaufwand .....	102
(57)	Sonstiges Ergebnis .....	103
(58)	Ertragsteuern auf das Ergebnis aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit .....	103
(59)	Ergebnis je Aktie .....	104
(60)	Segmentberichterstattung .....	105

## Sonstige Angaben

(61)	Risikoberichterstattung .....	108
(62)	Außerbilanzielle Verpflichtungen .....	108
(63)	Wertpapierleihegeschäfte .....	108
(64)	Treuhandgeschäfte .....	108
(65)	Sonstige finanzielle Verpflichtungen .....	108
(66)	Sicherheiten .....	109
(67)	Fremdkapitalkosten .....	109
(68)	Marktwert (Fair Value) von Finanzinstrumenten .....	109
(69)	Restlaufzeitengliederung .....	110
(70)	Honorar des Abschlussprüfers .....	112
(71)	Mitarbeiter .....	112
(72)	Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen .....	112
(73)	Patronatserklärung .....	115
(74)	Corporate Governance Kodex .....	115
(75)	Organe der Baader Wertpapierhandelsbank AG .....	116
(76)	Anteilsbesitz im Konzern .....	118

## Konzernbilanz - IAS

zum 31.12.2006

Aktiva	Notes	31.12.2006 €	31.12.2005 T€
1. Barreserve	(7, 25)	484.974,14	2.586
2. Forderungen an Kreditinstitute	(8, 26)	63.438.915,59	24.057
3. Forderungen an Kunden	(8, 27)	13.056.518,50	2.916
4. Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	(9, 28)	-109.657,04	-23
5. Handelsaktiva	(11, 29)	49.012.616,67	34.040
6. Available-for-Sale Bestände	(12, 30)	23.268.034,97	29.741
7. Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	(31)	11.789.217,52	13.818
8. Sachanlagen	(13, 32)	21.498.338,58	22.476
9. Immaterielle Anlagewerte	(14, 33)	17.412.549,52	19.030
10. Geschäftswerte	(3, 15, 34)	4.159.567,63	2.581
11. Ertragsteueransprüche	(35)	11.626.557,14	126
12. Sonstige Aktiva	(36)	6.375.545,76	5.168
13. Aktive latente Steuern	(37)	25.576.183,99	27.948
<b>Summe Aktiva</b>		<b>247.589.362,97</b>	<b>184.464</b>

Passiva	Notes	31.12.2006 €	31.12.2005 T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(17, 38)	26.444.035,85	21.143
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(17, 39)	31.999.177,13	16.911
3. Handelspassiva	(18, 40)	34.541,97	0
4. Rückstellungen	(19, 20, 41)	19.456.950,88	6.945
5. Ertragsteuerverpflichtungen	(21, 42)	1.641.483,46	341
6. Sonstige Passiva	(43)	11.550.201,88	8.281
7. Passive latente Steuern	(21, 44)	3.836.827,45	3.753
8. Eigenkapital	(23, 24, 45, 46, 47)	152.626.144,35	127.090
a) gezeichnetes Kapital	(45)	45.493.404,00	22.602
b) Kapitalrücklage	(45)	60.977.655,15	83.473
c) Gewinnrücklagen	(45)	8.000.000,00	0
d) Neubewertungsrücklage	(12, 45)	6.125.477,95	8.687
e) Rücklage aus Währungsumrechnung	(45)	-736,70	0
f) Konzerngewinn	(45)	30.667.902,22	12.195
Gesamt vor Fremdbanteilen		151.263.702,62	126.957
g) Anteile im Fremdbesitz		1.362.441,73	133
<b>Summe Passiva</b>		<b>247.589.362,97</b>	<b>184.464</b>

## Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung - IAS

für den Zeitraum vom 01.01.2006 – 31.12.2006

GuV	Notes	€	2006 €	2005 T€
1. Zinserträge	(50)	1.429.212,06		452
2. Zinsaufwendungen	(50)	-877.769,04		-933
3. Zinsergebnis	(50)		551.443,02	-481
4. Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	(9, 51)		-62.185,55	-2
5. Zinsergebnis nach Risikovorsorge			489.257,47	-483
6. Provisionserträge	(52)	51.134.818,00		35.919
7. Provisionsaufwendungen	(52)	-14.289.221,18		-11.532
8. Provisionsergebnis	(52)		36.845.596,82	24.387
9. Handelsergebnis	(5, 53)		49.720.608,86	34.891
10. Ergebnis aus Available-for-Sale Beständen	(5, 54)		6.006.136,09	726
11. Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	(55)		6.248.211,33	824
12. Verwaltungsaufwand	(24, 56)		-63.157.002,00	-50.412
13. Betriebsergebnis			36.152.808,57	9.933
14. Sonstige betriebliche Erträge	(57)		2.042.437,86	1.641
15. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(57)		-12.678.550,15	-426
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			25.516.696,28	11.148
17. Ertragsteuern auf das Ergebnis aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit	(21, 58)		5.135.583,68	-3.146
18. Jahresüberschuss vor konzernfremden Gesellschaftern			30.652.279,96	8.002
19. Konzernfremden Gesellschaftern zustehender Gewinn			-80.508,42	-80
20. Jahresüberschuss			30.571.771,54	7.922
21. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			96.130,68	4.272
22. Konzerngewinn			30.667.902,22	12.194

	Notes	2006 €	2005 €
Unverwässertes / Verwässertes Ergebnis je Aktie	(59)	0,67	0,18

## Eigenkapitalveränderung

	Gezeichnetes Kapital €	Kapital- rücklage €	Gewinn- rücklage €
<b>Eigenkapital 31.12.2004</b>	<b>22.437.584,00</b>	<b>83.199.047,21</b>	<b>0,00</b>
Konzernjahresergebnis			
Gewinne/Verluste			
Netto-Veränderungen der Neubewertungsrücklage			
<b>Umfassendes Periodenergebnis 2005</b>			
Veränderung eigener Aktien	164.400,00	321.258,67	
Gewinne/Verluste Vorjahr			
Dividendenzahlungen			
Veränderungen im Konsolidierungskreis/ sonstige Veränderungen		-46.916,79	
<b>Eigenkapital 31.12.2005</b>	<b>22.601.984,00</b>	<b>83.473.389,09</b>	<b>0,00</b>
Konzernjahresergebnis			
Einstellung in die Gewinnrücklagen			8.000.000,00
Gewinne/Verluste			
Netto-Veränderungen der Neubewertungsrücklage			
Netto-Veränderungen der Währungsrücklage			
<b>Umfassendes Periodenergebnis 2006</b>			<b>8.000.000,00</b>
Kapitalerhöhungen	22.954.341,00	-22.954.341,00	
Veränderung eigener Aktien	-62.921,00	458.607,06	
Gewinne/Verluste Vorjahr			
Dividendenzahlung			
Veränderungen im Konsolidierungskreis/ sonstige Veränderungen			
<b>Eigenkapital 31.12.2006</b>	<b>45.493.404,00</b>	<b>60.977.655,15</b>	<b>8.000.000,00</b>

Zum 31.12.2006 betrug das Gezeichnete Kapital der Baader Wertpapierhandelsbank AG gemäß Satzung € 45.908.682,00 und war in 45.908.682 nennwertlose Stückaktien eingeteilt. Nach Abzug der zum 31.12.2006 im Bestand befindlichen Aktien von 415.278 Stück betrug das ausgewiesene Gezeichnete Kapital € 45.493.404,00. Von der Ermächtigung der Hauptversammlung am 19.07.2006 zum Erwerb eigener Aktien für Zwecke des Wertpapierhandels gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG wurde

im Geschäftsjahr kein Gebrauch gemacht. Von dem Hauptversammlungsbeschluss am 19.07.2006 zur Ermächtigung des Erwerbs eigener Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG zu anderen Zwecken als dem Wertpapierhandel wurde im Geschäftsjahr 2006 Gebrauch gemacht.

Neubewertungs- rücklagen €	Rücklage aus Währungs-um- rechnung €	Konzern- gewinn €	Gesamt vor Fremdanteilen €	Anteile im Fremdbesitz €	Eigenkapital €
279.637,79	0,00	6.518.851,46	112.435.120,46	0,00	112.435.120,46
		7.922.477,32	7.922.477,32		7.922.477,32
				79.962,50	79.962,50
8.407.068,59			8.407.068,59		8.407.068,59
8.407.068,59		7.922.477,32	16.329.545,91	79.962,50	16.409.508,41
			485.658,67		485.658,67
				4.167,50	4.167,50
		-2.246.517,71	-2.246.517,71		-2.246.517,71
			-46.916,79	48.908,31	1.991,52
8.686.706,38	0,00	12.194.811,07	126.956.890,54	133.038,31	127.089.928,85
		30.571.771,54	30.571.771,54		30.571.771,54
		-8.000.000,00	0,00		0,00
				80.508,42	80.508,42
-2.561.228,43			-2.561.228,43	-274,17	-2.561.502,60
	-736,70		-736,70		-736,70
-2.561.228,43	-736,70	22.571.771,54	28.009.806,41	80.234,25	28.090.040,66
			0,00		0,00
			395.686,06		395.686,06
				-79.962,50	-79.962,50
		-4.086.296,86	-4.086.296,86		-4.086.296,86
		-12.383,53	-12.383,53	1.229.131,67	1.216.748,14
6.125.477,95	-736,70	30.667.902,22	151.263.702,62	1.362.441,73	152.626.144,35

# Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Zusammensetzung und die Entwicklung des Zahlungsmittelbestandes im Geschäftsjahr. Sie ist aufgeteilt in die Abschnitte Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit, Cashflow aus der Investitionstätigkeit und Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit. Durch diese Aufteilung soll gezeigt werden, wie im Konzern liquide Mittel generiert und im Geschäftsjahr verwendet wurden.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit erfasst alle Transaktionen, die nicht unmittelbar der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind. Die hier abgebildeten Vorgänge ergeben sich insbesondere aus dem operativen Geschäft des Konzerns. Die dargestellten Veränderungen der Forderungen gegenüber Kreditinstituten betreffen keine täglich fälligen Forderungen.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit zeigt die Mittelverwendung im Konzern. Er soll Informationen liefern, wie die liquiden Mittel für die Erzielung künftiger Erfolge und künftiger Einnahmeüberschüsse verwendet wurden. Die hier abgebildeten Geschäftsvorfälle betreffen Investitionen und Desinvestitionen in Wertpapiere des Anlagevermögens und in Sachanlagen. Die Kaufpreiszahlungen zum Erwerb von zu konsolidierenden Tochterunternehmen wurden in voller Höhe mit Zahlungsmitteln beglichen. Zahlungsmittel wurden hierbei nicht übernommen.

Der Erwerb von weiteren Anteilen an der Conservative Concept Portfolio Management AG (vgl. Note 3) erfolgte mit Wirkung vom 01.04.2006. Es handelte sich insoweit um Auszahlungen für den Erwerb von Anteilen an assoziierten Unternehmen. Aufgrund eines mit Wirkung zum 01.10.2006 abgeschlossenen Stimmbindungsvertrages mit zwei weiteren Gesellschaftern erlangte die Baader Wertpapierhandelsbank AG die faktische Beherrschung. Von diesem Zeitpunkt an werden die CCPM und ihre Tochtergesellschaften im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen. Diese Konsolidierungskreisänderung war zahlungsmittelneutral, sie hat die in der Kapitalflussrechnung darzustellenden Zahlungsströme nicht beeinflusst. Die Auswirkung auf den Zahlungsmittelfonds war wegen Geringfügigkeit zu vernachlässigen.

Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der in 2005 erworbenen vollkonsolidierten Unternehmen setzten sich zum 31.12.2005 wie folgt zusammen:

Aktiva	T€
Forderungen an Kreditinstitute	925
Sachanlagen	86
Übrige Aktiva	100

Passiva	T€
Rückstellungen	98
Übrige Passiva	568

Im Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit werden alle Zahlungsvorgänge im Zusammenhang mit dem Eigenkapital und mit den Anteilseignern dargestellt.

Der Zahlungsmittelfond setzt sich im Gegensatz zum Vorjahr nur noch aus der Barreserve, das sind die Kassenbestände und Guthaben bei der Deutschen Bundesbank zusammen. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst. Während bis zum Ende des letzten Geschäftsjahres die Tätigkeit der Muttergesellschaft dominierend war, hat die Bedeutung der Baader Service Bank GmbH, ein Kreditinstitut gem. § 1 KWG im laufenden Geschäftsjahr stark zugenommen. Aus diesem Grund ist es zielführender, den Zahlungsmittelfonds nicht mehr als Saldo der täglich fällig werdenden Forderungen an Kreditinstitute und der täglich fällig werdenden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zu definieren, sondern in Anlehnung an die bei Kreditinstituten übliche Abgrenzung nur noch als die Barreserve.

Für Kreditinstitute ist die Aussagefähigkeit der Kapitalflussrechnung als gering anzusehen. Die Kapitalflussrechnung ersetzt für uns weder die Liquiditäts- bzw. Finanzplanung noch wird sie als Steuerungsinstrument eingesetzt.

	2006 T€	2005 T€
<b>1. Periodenergebnis (inkl. konzernfremden Gesellschaftern zustehender Ergebnisanteil)</b>	<b>30.572</b>	<b>7.922</b>
2. Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sachanlagen und Wertpapiere des Anlagevermögens	1.048	7.190
3. Veränderung der Rückstellungen	12.512	-154
4. andere zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge	6.681	5.047
5. Gewinne / Verluste aus der Veräußerung von Sachanlagen und Wertpapieren des Anlagevermögens	192	55
6. Sonstige Anpassungen (Saldo)	401	-306
<b>7. = Zwischensumme</b>	<b>51.406</b>	<b>19.754</b>
8. Forderungen		
Forderungen an Kreditinstitute	-39.382	1.177
Forderungen an Kunden	-10.053	-1.718
9. Wertpapiere (soweit nicht Anlagevermögen)	-7.808	-15.139
10. andere Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-10.337	161
11. Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-5.300	-2.871
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	15.088	1.874
12. andere Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	4.654	5.016
13. erhaltene Zinsen und Dividenden	2.561	1.644
14. gezahlte Zinsen	-1.071	-789
15. Ertragsteuerzahlungen	-1.846	-469
<b>16. = Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit</b>	<b>8.566</b>	<b>8.640</b>
17. Einzahlungen aus Abgängen		
Abgänge von Wertpapieren aus dem Anlagevermögen	0	770
Abgänge aus dem Sachanlagevermögen	41	50
18. Auszahlungen für Investitionen		
Auszahlungen für Wertpapiere des Anlagevermögens	-5.212	-2.969
Auszahlungen in das Sachanlagevermögen	-366	-323
Auszahlungen in das immaterielle Anlagevermögen	-1.710	-1.376
19. Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0	0
20. Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0	-725
<b>21. = Cashflow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-7.217</b>	<b>-4.573</b>
22. Dividendenzahlungen	-4.086	-2.247
23. sonstige Auszahlungen	636	443
<b>24. = Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-3.450</b>	<b>-1.804</b>
25. zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe 16, 21, 24)	-2.101	2.263
26. Wechselkurs- und konsolidierungskreisbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	162
27. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	2.586	161
<b>28. = Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>485</b>	<b>2.586</b>
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds zum 31.12.		
Barreserve	485	2.586

## ANHANG (NOTES)

### Angaben zum Unternehmen

Baader Wertpapierhandelsbank AG  
Weihestephaner Str. 4  
85716 Unterschleißheim  
Deutschland

Tel. +49 (0)89 51 50-0  
Fax +49 (0)89 51 50-1111  
www.baaderbank.de  
info@baaderbank.de

Die Gesellschaft ist im Registergericht München mit der  
Geschäftsnummer HRB 121537 eingetragen.

### Unternehmensgegenstand der berichtenden Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von  
Wertpapierdienstleistungen, insbesondere

- die Übernahme von Finanzinstrumenten für eigenes  
Risiko zur Platzierung oder die Übernahme gleichwer-  
tiger Garantien (Emissionsgeschäft),
- die Vermittlung von Geschäften über die Anschaffung  
und die Veräußerung von Finanzinstrumenten oder  
deren Nachweis (Anlagenvermittlung),
- die Anschaffung und die Veräußerung von Finanz-  
instrumenten im fremden Namen und für fremde Rech-  
nung (Abschlussvermittlung),
- die Anschaffung und die Veräußerung von Finanz-  
instrumenten im Wege des Eigenhandels für andere  
(Eigenhandel) und
- die Anschaffung und die Veräußerung von Finanz-  
instrumenten im eigenen Namen für fremde Rechnung  
(Finanzkommissionsgeschäft).

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften  
berechtigt, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck zu  
fördern. Hierzu gehören auch die Errichtung von Zweig-  
niederlassungen und anderen Unternehmen sowie die Be-  
teiligung an solchen im In- und Ausland.

Durch die Einbeziehung der Tochtergesellschaft Baader  
Service Bank GmbH in den Konzernabschluss wird im  
Konzern außerdem Kreditgeschäft und Einlagen- und  
Depotgeschäft im Sinne § 1 KWG betrieben.

### Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Der Konzernabschluss der Baader Wertpapierhandelsbank  
AG zum 31.12.2006 wurde im Einklang mit den Richtlinien  
83/349/EWG (Konzernbilanzrichtlinie) und 86/635/EWG  
(Bankbilanzrichtlinie), auf der Grundlage der vom Inter-  
national Accounting Standards Board (IASB) verabschie-  
deten und veröffentlichten International Financial Report-  
ing Standards (IFRS) – beziehungsweise – International  
Accounting Standards (IAS) und deren Auslegungen durch  
das International Financial Reporting Interpretations  
Committee (IFRIC) – beziehungsweise – Standing Inter-  
pretations Committee (SIC) aufgestellt.

Gemäß § 315a Abs. 1 HGB in Verbindung mit der Verord-  
nung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments  
und des Rates vom 19.07.2002 sind die IAS/IFRS seit dem  
01.01.2005 für alle kapitalmarktorientierten Unternehmen  
in der Europäischen Union verbindlich anzuwenden.  
Eine Übersicht der angewendeten Regelungen befindet  
sich auf den folgenden Seiten.

Dem erforderlichen Einklang mit der Bankbilanzrichtlinie  
wurde durch entsprechende Aufgliederung der Posten in  
Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie im Anhang  
genügt. Der Konzernabschluss orientiert sich auch an den  
vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR) verabschiede-  
ten und vom Bundesministerium der Justiz (BMJ) gemäß  
§ 342 Abs. 2 HGB bekannt gemachten Standards, insbe-  
sondere solche, die Spezialregelungen für Kreditinstitute  
enthalten. Eine Übersicht der angewendeten Regelungen  
befindet sich ebenfalls auf den folgenden Seiten.

Neben der Konzernbilanz sowie der Konzern-Gewinn- und  
Verlustrechnung beinhaltet der Konzernabschluss als wei-  
tere Komponenten eine Eigenkapitalveränderungsrechnung,  
eine Kapitalflussrechnung und den Anhang (Notes). Die  
Segmentberichterstattung erfolgt innerhalb des Anhangs.

Der Konzernlagebericht erfüllt die Anforderungen gemäß  
§ 315 HGB. Er enthält gemäß § 315 HGB auch einen Risiko-  
bericht, einen Vergütungsbericht und einen Kapitalbericht.

Im vorliegenden Abschluss sind alle Beträge, sofern nicht  
gesondert darauf hingewiesen wird, in Euro dargestellt.

Der Bilanzstichtag ist der 31.12.2006. Das Geschäftsjahr  
entspricht dem Kalenderjahr.



---

## Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

### (1) Grundsätze

Der auf den 31.12.2006 aufgestellte Konzernabschluss basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung (going concern). Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt und in der Periode erfolgswirksam, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Die Rechnungslegung erfolgt im Geschäftsjahr 2006 – wie schon in den Vorjahren – unter Anwendung von IAS 39 und der durch diese Vorschrift festgelegten unterschiedlichen Klassifizierungs- und Bewertungsprinzipien. Um den unterschiedlichen Regeln dieses Standards gerecht zu werden, wurden dabei finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten in folgende Kategorien eingeteilt:

1. Kredite und Forderungen
2. Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte
3. Handelsaktiva (zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte)
4. Available-for-Sale Bestände (zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte)
5. Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten

Für derivative Sicherungsinstrumente finden die detaillierten Vorschriften zur Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen Anwendung (zur weitergehenden Erläuterung vgl. Note 6).

Die Rechnungslegung im Baader-Konzern erfolgt gemäß IAS 27 unter Anwendung einheitlicher Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Alle vollkonsolidierten Unternehmen haben ihre Einzelabschlüsse auf den Stichtag 31.12.2006 aufgestellt.

Sind für die Bilanzierung und Bewertung nach IAS/IFRS Schätzungen oder Beurteilungen erforderlich, so wurden diese in Übereinstimmung mit den jeweiligen Standards vorgenommen. Sie basieren auf historischen Erfahrungen und anderen Faktoren wie Planungen und – nach heutigem Ermessen – wahrscheinlichen Erwartungen oder Prognosen zukünftiger Ereignisse.

Wir haben die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Vergleich zum Konzernabschluss 31.12.2005 grundsätzlich beibehalten. Änderungen ergeben sich lediglich im Bereich der Zusammensetzung des Zahlungsmittelfonds in der Kapitalflussrechnung (siehe die Erläuterungen dort). Weiterhin ergab sich im Anlagenspiegel der Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen (vgl. Note 31) ein Anpassungsbedarf innerhalb der Anschaffungs- und Herstellungskosten und der aufgelaufenen Abschreibungen.

---

### (2) Angewandte Vorschriften

Der Baader-Konzern verwendet bei seiner Rechnungslegung alle zum Zeitpunkt des Bilanzstichtages gültigen Standards. Standardänderungen, die erst ab dem Geschäftsjahr 2007 gültig sind, wurden in dem vorliegenden Abschluss noch nicht beachtet.

Der Konzernabschluss zum 31.12.2006 basiert auf dem IASB-Rahmenkonzept und auf folgenden relevanten IAS/IFRS:

IAS 1	Darstellung des Abschlusses
IAS 7	Kapitalflussrechnungen
IAS 8	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler
IAS 10	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
IAS 12	Ertragsteuern
IAS 14	Segmentberichterstattung

IAS 16	Sachanlagen
IAS 17	Leasingverhältnisse
IAS 18	Erträge
IAS 19	Leistungen an Arbeitnehmer
IAS 21	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse
IAS 23	Fremdkapitalkosten
IAS 24	Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen
IAS 27	Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS
IAS 28	Anteile an assoziierten Unternehmen
IAS 30	Angaben im Abschluss von Banken und ähnlichen Finanzinstitutionen
IAS 32	Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung

IAS 33	Ergebnis je Aktie
IAS 36	Wertminderung von Vermögenswerten
IAS 37	Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen
IAS 38	Immaterielle Vermögenswerte
IAS 39	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung
IFRS 2	Anteilsbasierte Vergütung
IFRS 3	Unternehmenszusammenschlüsse

Die nicht berücksichtigten Standards sind für den Konzernabschluss entweder nicht einschlägig oder nicht anzuwenden.

Im Geschäftsjahr 2006 war keine der gültigen Interpretationen des SIC beziehungsweise IRFIC einschlägig und daher nicht zu berücksichtigen.

Mit der Verabschiedung des DRÄS 3 durch den Deutschen Standardisierungsrat (DSR) und dessen Bekanntmachung im Bundesanzeiger am 31.08.2005 wurden die Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) dahingehend geändert,

dass diese grundsätzlich nicht anzuwenden sind, wenn der Konzernabschluss nach internationalen Rechnungslegungsstandards im Sinne von § 315a HGB aufgestellt wird. Ausgenommen von dieser Regelung sind der DRS 15 Lagebericht und die ergänzenden DRS 5 (Risikoberichterstattung) beziehungsweise 5–10 (Risikoberichterstattung von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten), die wir in unserem Konzernabschluss berücksichtigt haben.

Darüber hinaus wurden im Konzern folgende vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bekannt gemachten Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) beachtet, da sie weitergehende Vorschriften für Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute enthalten:

DRS 2-10	Kapitalflussrechnung von Kreditinstituten
DRS 3-10	Segmentberichterstattung von Kreditinstituten

### (3) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31.12.2006 einbezogen sind neben der Baader Wertpapierhandelsbank AG als Mutterunternehmen 6 Tochterunternehmen (Vorjahr: 3), an denen die Baader Wertpapierhandelsbank AG direkt oder indirekt mehr als 50 % der Anteile hält oder einen beherrschenden Einfluss ausübt. Von diesen Unternehmen haben 5 ihren Sitz im Inland (Vorjahr: 3) und 1 ihren Sitz im Ausland. Tochterunternehmen oder assoziierte Unternehmen mit

untergeordneter Bedeutung für den Einblick in Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns bestehen nicht.

Im Berichtsjahr wurden 3 Tochterunternehmen erstmalig konsolidiert.

In dem Konzernabschluss werden als vollkonsolidierte Unternehmen abgebildet.

Gesellschaft	Sitz	Anteile am Kapital %	Grundkapital	Eigenkapital	Bilanzsumme	Jahresergebnis	Erstkonsolidierung
Baader Management AG	Unterschleissheim	T€ 100,0 %	50	49	49	-0,1	31.12.2003
Baader Service Bank GmbH	Unterschleissheim	T€ 100,0 %	2.700	6.969	42.916	833	30.09.2004
Baader Heins & Seitz Capital Management AG	Unterschleissheim	T€ 70,0 %	50	180	503	34	01.01.2005
Conservative Concept Portfolio Management AG	Bad Homburg	T€ 49,96 %	125	1.223	2.319	135	01.10.2006
Direcct AG	Bad Homburg	T€ 96,43 % 1)	66	235	311	145	01.10.2006
Conservative Concept AG	Zug, Schweiz	Tsfr. 99,99 % 1)	100	901	1.730	42	01.10.2006

Die Unternehmensangaben basieren auf den entsprechenden IFRS-Einzelabschlüssen.

1) Die Anteile an der Direcct AG, Bad Homburg und an der Conservative Concept AG, Zug werden mittelbar über die Beteiligung an der CCPM AG gehalten.

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG hatte sich im Jahr 2005 mit 19,96 % an der Conservative Concept Portfolio Management AG (CCPM) beteiligt. Im Berichtsjahr wurde diese Beteiligung zum 01.04.2006 auf 49,96 % aufgestockt. Der Kaufpreis für diesen Anteilserwerb beträgt T€ 1.670. Ab diesem Zeitpunkt wurde die CCPM mit ihren Tochtergesellschaften als assoziiertes Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen. Gemäß IAS 28.23 ist bei dem Anteilserwerb jede Differenz zwischen den Anschaffungskosten des Anteils und dem Anteil des Anteilseigners an den beizulegenden Zeitwerten der identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden des assoziierten Unternehmens gemäß IFRS 3 zu bilanzieren.

Wesentliche Effekte bei der Neubewertung der bereits bilanzierten Vermögenswerte und Schulden haben sich nicht ergeben. Die Ermittlung des Kaufpreises für die Anteile an der CCPM (insgesamt T€ 2.669) bemisst sich ursprünglich an dem Volumen der so genannten Assets under Management zum Erwerbszeitpunkt.

Im Rahmen der Erstkonsolidierung der Conservative Concept Portfolio Management AG, Bad Homburg, (CCPM) waren für Zwecke der Verteilung des Gesamtkaufpreises von T€ 2.669 die beizulegenden Zeitwerte der erworbenen, identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden zum Erwerbszeitpunkt zu ermitteln (Neubewertungsmethode). Insbesondere sind bei der CCPM bislang nicht bilanzierte immaterielle Vermögenswerte zu identifizieren und zu bewerten, sofern sie die Ansatzkriterien erfüllen.

Der Erwerb der CCPM ist geprägt durch die immateriellen Vermögenswerte der Gesellschaft in Form der Handelsstrategien Athena und DTS. Bezüglich der identifizierten immateriellen Vermögensgegenstände (Strategien Athena und DTS) wurde eine Nutzungsdauer – in Anlehnung an den Planungszeitraum der langfristigen Unternehmensplanung des Baader-Konzerns – von 10 Jahren angesetzt.

Die Wertermittlung der Strategien erfolgte unter Anwendung eines anerkannten Bewertungsverfahrens, der Discounted-Cash-Flow-Methode, durch Diskontierung der für die Handelsstrategien direkt zurechenbaren und erwarteten Zahlungsmittelüberschüsse nach Steuern mit Hilfe eines risikoadäquaten und fristenkongruenten Kapitalisierungszinssatzes.

Die Kapitalisierung dieser beiden Strategien erfolgte in zwei Phasen. Anhand der vorgelegten Unternehmensplanung für die Planungsphase 2007 bis 2009 wurde die

nähere Phase identifiziert. Die zweite Phase stellt die quasi kapitalisierte ewige Rente dar, wobei in diesem Fall von einer Restnutzungsdauer von 7 Jahren nach der Detailplanungsphase ausgegangen werden muss. Als Kapitalisierungszinssatz wurde ein unter Berücksichtigung von Steuern ermittelter risikoloser Basiszinssatz und eine nach dem Tax-CAPM-Modell ermittelte Marktrisikoprämie angesetzt.

Der Buchwert des Eigenkapitals der CCPM AG zum Stichtag der Erstanwendung der at Equity-Methode am 01.04.2006 war T€ 704. Der Gesamtwert der im Zuge der at Equity-Bewertung erstmals bilanzierten Handelsstrategien nach Diskontierung beläuft sich zum Erwerbszeitpunkt 01.04.2006 auf einen beizulegenden Zeitwert von T€ 2.395, darauf entfallen passive latente Steuern von T€ 922 bei einem Steuersatz von 38,53 %. Die Handelsstrategien werden im Rahmen der at Equity-Bewertung über eine Nutzungsdauer von 10 Jahren abgeschrieben. Der Zeitwert des gesamten Eigenkapitals der CCPM AG nach Neubewertung zum 01.04.2006 betrug nach Berücksichtigung der Handelsstrategien und der darauf entfallenden passiven latenten Steuern T€ 2.177; davon entfallen im Rahmen der at Equity-Methode bei einer Beteiligungsquote von 49,96 % T€ 1.088 auf den Baader-Konzern. Bei Anschaffungskosten der Beteiligung an CCPM AG von TEUR 2.669 ergab sich somit ein Geschäfts- und Firmenwert aus der at Equity-Bewertung in Höhe der Differenz von T€ 1.581.

Zum 01.10.2006 wurde mit zwei weiteren Gesellschaftern der CCPM ein Stimmbindungsvertrag geschlossen, der diese unwiderruflich verpflichtet, zukünftig zwei von der Baader Wertpapierhandelsbank AG empfohlene Personen in den Aufsichtsrat der CCPM AG zu wählen. Damit erlangt die Baader Wertpapierhandelsbank AG faktisch die Beherrschung über die CCPM AG und ihre Tochtergesellschaften. Es handelt sich um einen Unternehmenszusammenschluss nach IFRS 3. Seit dem 01.10.2006 werden die CCPM AG und ihre Tochtergesellschaften im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen.

Wesentliche Effekte bei der Neubewertung der bereits bilanzierten Vermögenswerte und Schulden haben sich im Rahmen der Vollkonsolidierung nicht ergeben.

Der Buchwert des Eigenkapitals der CCPM AG hat sich zum Stichtag der Erstkonsolidierung am 01.10.2006 insbesondere aufgrund unterjähriger Gewinne auf T€ 1.109 erhöht. Der Gesamtwert der im Zuge der Vollkonsolidierung erstmals bilanzierten Handelsstrategien nach Diskontierung beläuft sich zum Stichtag der Erstkonsolidierung am

01.10.2006 auf einen beizulegenden Zeitwert von nunmehr T€ 2.287, darauf entfallen passive latente Steuern von T€ 880 bei einem Steuersatz von 38,53 %.

Der Zeitwert des gesamten Eigenkapitals der CCPM AG nach Neubewertung zum 01.10.2006 betrug somit T€ 2.516. Davon entfallen bei einer Beteiligungsquote von 49,96 % T€ 1.257 auf den Baader-Konzern und T€ 1.259 auf die Anteile fremder Dritter. Bei im Wesentlichen um das Ergebnis aus at Equity für 6 Monaten fortgeführten Anschaffungskosten der Baader-Beteiligung an CCPM von T€ 2.835 ergab sich somit ein Geschäfts- und Firmenwert in Höhe der Differenz von T€ 1.578 zum Erstkonsolidierungstichtag 01.10.2006.

Gegenstand der Conservative Concept Portfolio Management AG sind die Verwaltung, Vermittlung und Anlage fremder Gelder auf kundeneigenen Bankkonten (Geschäftsbesorgung für Dritte) bzw. die Vermittlung anderer Verwalter für solche Konten sowie die Vermittlung von Kundengeldern in Fonds unter ausdrücklichem Ausschluss der Vereinnahmung fremder Gelder auf eigenen Konten der Gesellschaft.

Über die Direcct AG erfolgt die Anlage- und Abschlussvermittlung via Internet (sog. Online-Brokerage). Die Direcct AG wird dabei ausschließlich für Rechnung und Haftung der CCPM AG tätig (§ 2 Abs. 10 KWG).

Die CC AG ist Vertragspartner der Broker für die Abschluss- und Anlagevermittlung. Die Vereinbarung umfasst auch

den Kundenstamm der CCPM AG, die bei den Brokern als Unterberater der CC AG registriert ist. Weiterhin übernimmt die CC AG Vertriebsaktivitäten betreffend die von CCPM gemanagten Zertifikate und Hedgefonds.

Der gesamte Ergebnisbeitrag der CCPM AG und ihrer Tochtergesellschaften für das Geschäftsjahr 2006 beläuft sich auf T€ 352.

Anfang Januar 2007 wurde die Kapitalerhöhung unter Ausschluss des Bezugsrechts für Altgesellschafter eingetragten. Dadurch hat sich der Anteil der Baader Wertpapierhandelsbank AG auf 47,58 % verringert.

Zwei Unternehmen und Anteile an drei Sondervermögen nach dem Investmentgesetz wurden im Geschäftsjahr 2006 als assoziierte Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen. Ein Unternehmen (Parsoli) und ein Investmentanteil (Conquest) werden erstmalig konsolidiert.

In dem Konzernabschluss werden als assoziierte Unternehmen untenstehende Unternehmen gemäß IAS 28 nach der Equity-Methode bewertet.

Es handelt sich bis auf die SPAG um Sondervermögen bzw. Finanzdienstleister, die keine Umsatzerlöse erzielen. Die SPAG weist keine Umsatzerlöse aus.

Nach Eintragung der Kapitalherabsetzung bei dem assoziierten Unternehmen SPAG St. Petersburg Immobilien und Beteiligungs AG im September 2006 wurde die bisherige

Gesellschaft	Sitz	Anteile am Kapital %	Zeitwert der Anteile T€	Vermögen T€	Eigenkapital T€	Schulden T€	Jahresergebnis T€
SPAG St. Petersburg Immobilien und Beteiligungs AG	Darmstadt	39,81 %	311	28.469 <sup>1)</sup>	28.315 <sup>1)</sup>	154 <sup>1)</sup>	-5.690 <sup>1)</sup>
Parsoli Corporation Ltd.	Mumbai, Indien	24,90 %	2.515	4.427 <sup>2)</sup>	4.230 <sup>2)</sup>	197 <sup>2)</sup>	547 <sup>2)</sup>
Globe CC AMI-Fonds	Hannover	44,94 %	1.098	2.442	-	-	<sup>3)</sup>
Herald Europe-CI	Frankfurt	21,40 %	5.296	24.755	-	-	<sup>3)</sup>
Conquest BFA AMI-Fonds	Hannover	21,26 %	2.570	12.093	-	-	<sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> Zahlen basieren auf geprüftem Jahresüberschuss zum 31.12.2005

<sup>2)</sup> Zahlen basieren auf geprüftem Jahresabschluss zum 31.03.2006; Eigenkapital, Bilanzsumme und Jahresergebnis wurden umgerechnet (€/INR 53,995)

<sup>3)</sup> Der Anteil am Ergebnis des Herald Europe-CI Fonds beträgt T€ 266. Der Anteil am Ergebnis des Globe CC AMI-Fonds beträgt T€ 92. Der Anteil am Ergebnis des Conquest BFA AMI-Fonds beträgt T€ 81.

(einheitliche) Bilanzierung des Aktienbestandes SPAG in zwei Vermögenswerte aufgeteilt:

- Bilanzierung einer (von der Aktie abgespaltenen) Forderung an die SPAG auf Auszahlung der Kapitalherabsetzung in Höhe von € 10.143.392,00 (€ 98,00 je Aktie) unter den Forderungen an Kunden.
- Bilanzierung der SPAG-Aktien (nach Kapitalherabsetzung) als at Equity bewertetes Unternehmen, welches auf Basis des Börsenkurses zum Bilanzstichtages abzüglich der Höhe der abgespaltenen Forderung (€ 101 – € 98 je Aktie) bewertet wurde.

Aufgrund der Abspaltung einer derzeit als werthaltig zu qualifizierenden Forderung an die SPAG entstand im Berichtsjahr ein Bewertungsgewinn in Form einer Wertaufholung von T€ 5.667.

Gemäß einer veröffentlichten Pressemitteilung des Vorstands der SPAG vom 20.09.2006 wird mitgeteilt, dass die ursprünglich für Dezember 2006 geplante Auszahlung der Kapitalherabsetzung an die Aktionäre aufgrund einer verspäteten Veröffentlichung des Beschlusses der Kapitalherabsetzung erst nach dem 21.03.2007 erfolgen kann, der entsprechende Kapitalzufluss sei jedoch sichergestellt.

Die Anteile an der Parsoli Corporation Ltd., Mumbai, Indien wurden im Geschäftsjahr 2006 in zwei Schritten erworben. Der Kauf des ersten Anteils in Höhe von 9,99 % erfolgte mit Wirkung zum 20.04.2006 zu einem Kaufpreis von T€ 496. Die zweite Tranche (14,91 %) wurde zu T€ 2.019 mit Wirkung zum 14.10.2006 erworben. Die at Equity-Konsolidierung erfolgte auf Basis des Zwischenabschlusses der Gesellschaft zum 31.12.2006. Eine Einbeziehung des an-

teiligen Ergebnisses wurde aufgrund von Unwesentlichkeit nicht vorgenommen. Aus der Konsolidierung ergibt sich ein Geschäftswert in Höhe von € 170.423,28, der dem aktivi-schen Unterschiedsbetrag entspricht, da keinerlei stille Reserven bzw. stille Lasten identifizierbar waren.

Die Parsoli Corporation Ltd. in Mumbai, Indien, ist u.a. als Finanzdienstleister von der indischen Zentralbank (RBI) und der Kapitalmarktaufsicht (SEBI) zugelassen. Sie ist Mitglied an der National Stock Exchange of India, deren angeschlossener Derivatebörse und der Bombay Stock Exchange. Die Gesellschaft konzentriert sich auf die Betreuung muslimischer Investoren mit dem Schwerpunkt auf Schari'a konformen Vermögensanlagen. Derzeitige Geschäftsfelder der Parsoli Corporation sind der Wertpapierhandel, die Vermögensberatung sowie das Devisengeschäft und Reisedienstleistungen über die Tochtergesellschaft PCFL Travel House mit Sitz in Indien. Die Aktien des Unternehmens sind an der Bombay Stock Exchange in Mumbai notiert.

Für die oben genannten Investmentfonds liegt die Beteiligungsquote über 20 % jedoch unter 50 %. Somit liegt die widerlegbare Vermutung des maßgeblichen Einflusses vor. Da es im Sinne des Investmentgesetzes keine Stimmrechte für Sondervermögen gibt, ist bei der Untersuchung des maßgeblichen Einflusses nicht nur auf die Beteiligungsquote abzustellen. Entsprechend sind die in IAS 28.7 aufgeführten Kriterien für das Vorliegen von maßgeblichem Einfluss auf Sondervermögen anzuwenden. Daraus ergibt sich, dass kein maßgeblicher Einfluss vorliegt, wenn der Anleger weder beratend, verwaltend oder verwahrend tätig wird. Dies ist im Konzern der Baader Wertpapierhandelsbank AG nicht gegeben und somit liegt ohne die Möglichkeit eines beherrschenden Einflusses ein maßgeblicher Einfluss vor.

#### (4) Konsolidierungsgrundsätze

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt gemäß der in IFRS 3 beschriebenen Erwerbsmethode. Zum Erwerbszeitpunkt werden die Anschaffungskosten des Unternehmenszusammenschlusses auf die identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden des erworbenen Unternehmens verteilt und mit ihrem zum Erwerbszeitpunkt gültigen beizulegenden Zeitwert angesetzt. Die Differenz zwischen den Anschaffungskosten und den neu bewerteten Vermögenswerten und Schulden stellt den Geschäfts- oder Firmenwert dar. Der erworbene Geschäfts- oder Firmenwert stellt eine Zahlung dar, die der Erwerber in der Erwartung künftigen wirtschaft-

lichen Nutzens aus Vermögenswerten, die nicht einzeln identifiziert oder getrennt angesetzt werden können, geleistet hat. Ein Geschäfts- oder Firmenwert aus einem Unternehmenszusammenschluss darf nicht abgeschrieben werden. Stattdessen ist gemäß IAS 36 ein jährlicher Wertminderungstest durchzuführen (impairment-only approach). Passivische Unterschiedsbeträge werden sofort erfolgswirksam erfasst.

Die Tochtergesellschaften werden ab dem Erwerbszeitpunkt in den Konsolidierungskreis aufgenommen. Die Anwendung der Erwerbsmethode beginnt zum Erwerbszeit-

punkt, d.h. dem Zeitpunkt an dem der Erwerber tatsächlich die Beherrschung über das erworbene Unternehmen erlangt. Geschieht dies durch sukzessiven Erwerb von Anteilen werden zu jedem einzelnen Transaktionszeitpunkt die Anschaffungskosten und die Informationen zu den beizulegenden Zeitwerten der identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden benutzt, um den Betrag des Geschäfts- oder Firmenwertes für jede einzelne Transaktion zu ermitteln.

Wird im Berichtsjahr bei einem voll zu konsolidierenden Unternehmen die Erstkonsolidierung auf den Bilanzstichtag durchgeführt, werden die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung für das gesamte Geschäftsjahr übernommen, wird die Erstkonsolidierung nicht auf den Bilanzstichtag durchgeführt, werden die GuV-Daten anteilig ab dem Stichtag der Erstkonsolidierung im Konzernabschluss berücksichtigt.

Anteile an Tochterunternehmen, die wegen Geringfügigkeit nicht in den Konzernabschluss einbezogen werden, sind nach IAS 27.37 grundsätzlich zu Anschaffungskosten oder nach den Vorschriften des IAS 39 zu bewerten.

Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Erträge und Aufwendungen, die auf Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen basieren, die in den Konzernabschluss einbezogen sind, werden im Rahmen der Schuldenkonsolidierung bzw. der Aufwands- und Ertragskonsolidierung eliminiert; im Konzern angefallene Zwischenergebnisse werden herausgerechnet, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind.

Assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode bilanziert und unter der Bilanzposition Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen separat ausgewiesen. Zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss wird dem Wertansatz der entsprechenden Beteiligung das zum Marktwert (Fair Value) bewertete anteilige Eigenkapital des assoziierten Unternehmens gegenübergestellt. Ein sich ergebender Unterschiedsbetrag (Geschäfts- oder Firmenwert) wird in den Notes angegeben und nach IFRS 3 gemäß dem Impairment-only approach behandelt. Der Wertansatz der Beteiligung wird in den Folgeperioden fortgeschrieben. Die erfolgswirksame und erfolgsneutrale Fortschreibung des Equity-Buchwertes basiert auf den aufgestellten Abschlüssen der assoziierten Unternehmen.

---

#### (5) Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung (IAS 39)

Gemäß IAS 39 sind alle finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, zu denen auch derivative Finanzinstrumente zählen, grundsätzlich in der Bilanz zu dokumentieren. Dabei ist der gesamte Bestand in verschiedene Gruppen aufzuteilen und in Abhängigkeit von der jeweiligen Klassifizierung zu bewerten.

Die nachstehenden Erläuterungen geben eine Übersicht darüber, wie die Regelungen des Standards im Konzern der Baader Wertpapierhandelsbank AG umgesetzt wurden:

##### a) Kategorisierung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten und ihre Bewertung

- Kredite und Forderungen:

Dieser Kategorie werden finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmaren Zahlungsansprüchen zugeordnet, für die kein aktiver Markt besteht. Ein aktiver Markt ist dann gegeben, wenn notierte Preise regelmäßig zum Beispiel von einer Börse oder einem Broker zur Verfügung gestellt werden und diese Preise repräsentativ für aktuelle Transaktionen zwischen fremden Dritten sind. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten.

- Bis zur Endfälligkeit zu haltende finanzielle Vermögenswerte:

Dieser Kategorie (Held-to-Maturity) dürfen nichtderivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmaren Zahlungen sowie festgelegter Laufzeit dann zugeordnet werden, wenn für sie ein aktiver Markt existiert und wenn die Absicht sowie die Fähigkeit besteht, sie bis zur Endfälligkeit zu halten. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Der Baader-Konzern verwendet diese Kategorie auch im Geschäftsjahr 2006 nicht.

- Handelsaktiva und Handelspassiva

Den Handelsaktiva werden alle finanziellen Vermögenswerte zugeordnet, die zu Handelszwecken gehalten werden. Zu den Handelsaktiva zählen originäre Finanzinstrumente (insbesondere verzinsliche Wertpapiere und Aktien) und derivative Finanzinstrumente mit positivem Marktwert. Den Handelspassiva werden entsprechend alle finanziellen Verbindlichkeiten zugeordnet, die zu Handelszwecken gehalten werden. Hierzu zählen insbesondere derivative Finanzinstrumente mit einem negativen Marktwert sowie Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen.

Derivative Finanzinstrumente werden nach IAS 39 grundsätzlich als Handelsaktiva bzw. Handelspassiva klassifiziert, sofern sie sich nicht als Sicherungsgeschäfte im Rahmen des Hedge Accounting qualifizieren.

Handelsaktiva und Handelspassiva werden erstmalig sowie zu jedem Bilanzstichtag zum Marktwert (Fair Value) bilanziert. Gewinne und Verluste aus der Bewertung werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

- Available-for-Sale Bestände

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sind alle nichtderivativen finanziellen Vermögenswerte, die in keiner der vorgenannten Klassen erfasst wurden. Dabei handelt es sich insbesondere um verzinsliche Wertpapiere, Aktien und Beteiligungen.

Sowohl die erstmalige als auch die Folgebewertung wird zum Marktwert (Fair Value) vorgenommen. Das Ergebnis aus der Bewertung wird – nach Berücksichtigung latenter Steuern – grundsätzlich erfolgsneutral in einer gesonderten Rücklage im Eigenkapital (Neubewertungsrücklage) ausgewiesen. Bei der Veräußerung des finanziellen Vermögenswerts wird das in der Neubewertungsrücklage bilanzierte kumulierte Bewertungsergebnis aufgelöst und in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Im Falle einer dauerhaften Wertminderung ist die Neubewertungsrücklage um den Wertminderungsbetrag zu reduzieren und dieser in der Gewinn- und Verlustrechnung zu berücksichtigen. Eigenkapitalinstrumente, für die kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt und deren Marktwert nicht verlässlich ermittelbar ist, sind mit den Anschaffungskosten zu bewerten.

- Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten

Dazu zählen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten.

b) Eingebettete Derivate (Embedded Derivatives)

IAS 39 regelt auch die bilanzielle Behandlung von eingebetteten Derivaten. Dabei handelt es sich um Derivate, die Bestandteil eines originären Finanzinstruments und mit diesem untrennbar verbunden sind. Solche Finanzinstrumente werden nach IAS 39 auch als Hybrid Financial Instruments bezeichnet. Hybrid Financial Instruments sind zum Beispiel Aktienanleihen (Anleihen mit Rückzahlungsrecht in Aktien) oder Wandelanleihen. Gemäß IAS 39 ist das eingebettete Derivat unter bestimm-

ten Bedingungen vom originären Basisgeschäft zu trennen und separat wie ein freistehendes Derivat zum Marktwert (Fair Value) zu bilanzieren und zu bewerten.

Eine solche bilanzielle Trennungspflicht ist dann gegeben, wenn die Charakteristika und Risiken des eingebetteten Derivats nicht eng mit denen des originären Trägerinstruments verbunden sind. In diesem Fall ist das eingebettete Derivat als Teil des Handelsbestands anzusehen und zum Marktwert (Fair Value) zu bilanzieren. Bewertungsänderungen sind erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen. Die Bilanzierung und Bewertung des Basisvertrags folgt hingegen den Vorschriften der zugewiesenen Kategorie des Finanzinstruments.

Sind die Charakteristika und Risiken des eingebetteten Derivats jedoch eng mit denen des originären Trägerinstruments verbunden, wird das eingebettete Derivat nicht getrennt bilanziert und das hybride Finanzinstrument insgesamt nach den allgemeinen Vorschriften der Kategorie bewertet, der das Finanzinstrument zugeordnet wurde.

Wenn ein Unternehmen nach Maßgabe von IAS 39 verpflichtet ist, das eingebettete Derivat getrennt von seinem Basisvertrag zu erfassen, eine gesonderte Bewertung des eingebetteten Derivates aber weder bei Erwerb noch an den folgenden Abschlussstichtagen möglich ist, dann ist der gesamte zusammengesetzte Vertrag wie ein zu Handelszwecken gehaltener Vermögenswert zu behandeln.

c) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

IAS 39 beinhaltet umfassende Regelungen für die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen, welche die oben erläuterten allgemeinen Bilanzierungsregeln für Derivate sowie gesicherte originäre Geschäfte überlagern. Nach den allgemeinen Regelungen werden Derivate als Handelsgeschäfte (Handelsaktiva bzw. Handelspassiva) klassifiziert und zum Marktwert (Fair Value) bewertet. Das Bewertungsergebnis wird in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgswirksam im Handelsergebnis ausgewiesen.

Werden Derivate zur Absicherung von Risiken aus Nichthandelsgeschäften eingesetzt, lässt IAS 39 unter bestimmten Bedingungen die Anwendung besonderer Regelungen zur Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) zu. Dabei werden

vorwiegend die zwei Formen Fair Value Hedge Accounting und Cash Flow Hedge Accounting unterschieden. Im Baader-Konzern wird in einem Fall das Cash Flow Hedge Accounting angewendet.

#### Cash Flow Hedge Accounting

Für Derivate, die der Absicherung künftiger Zahlungsströme dienen (Cash Flow Hedges), sieht IAS 39 die An-

wendung des Cash Flow Hedge Accounting vor. Ein Risiko hinsichtlich der Höhe künftiger Cash Flows besteht insbesondere für variabel verzinsliche Kredite, Wertpapiere und Verbindlichkeiten sowie erwartete Transaktionen. Daneben sieht IAS 39 die Anwendung der Regelungen des Cash Flow Hedge Accounting auch für die Absicherung künftiger Cash Flows aus schwebenden Geschäften vor.

### (6) Währungsumrechnung

Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die auf Fremdwährung lauten, werden zum Kassakurs des Bilanzstichtages umgerechnet. Aufwendungen und Erträge werden mit marktgerechten Kursen umgerechnet. Auf fremde Währung lautende Beteiligungen und Anteile an Tochterunternehmen werden zu historischen Anschaffungskosten angesetzt. Umrechnungsgewinne und -verluste aus der Kapitalkonsolidierung werden erfolgsneutral gesondert im Eigenkapital ausgewiesen.

Die Umrechnung der auf ausländische Währung lautenden Jahresabschlüsse von Auslandseinheiten erfolgt, als Folge ihrer wirtschaftlichen selbständigen Geschäftstätigkeit, zu

Kassakursen des Bilanzstichtags. Die aus der Umrechnung von Bilanzposten resultierenden Aufwendungen und Erträge werden erfolgswirksam erfasst und im Handelsergebnis ausgewiesen. Für die im Baader-Konzern wichtigsten Währungen gelten die nachstehenden Umrechnungskurse (Betrag in Währung für 1 Euro):

	2006	2005
USD	1,3170	1,1797
GBP	0,67150	0,68530
CHF	1,60690	1,5551
JPY	156,93	138,90

### (7) Barreserve

Die Bestände der Barreserve – diese umfassen den Kassen-

bestand und Guthaben bei der Deutschen Bundesbank – sind gemäß IAS 39 zum Nennwert bilanziert.

### (8) Forderungen

Ausgereichte Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden und nicht an einem aktiven Markt notiert werden, werden grundsätzlich mit ihrem Nennbetrag angesetzt. In

den Forderungen gegenüber Kreditinstituten werden nur bankgeschäftliche Forderungen abgebildet. Nichtbankgeschäftliche Forderungen gegenüber Kreditinstituten werden unter den Sonstigen Aktiva erfasst.

### (9) Risikovorsorge für das Kreditgeschäft

Die offen von den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abgesetzte Vorsorge für Risiken aus bilanziellen Forderungen umfasst sämtliche Wertberichtigungen und andere Vorsorgemaßnahmen, die erkennbaren Kredit- und Länderisiken unterliegen.

Die Wertberichtigung eines Kredits ist angezeigt, wenn es aufgrund beobachtbarer Kriterien wahrscheinlich ist, dass nicht alle Zins- und Tilgungsverpflichtungen vertragsmäßig geleistet werden können.

Uneinbringliche Forderungen werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.



---

### (10) Wertpapierleihegeschäfte

Die im Rahmen von Wertpapierleihegeschäften verliehenen Wertpapiere verbleiben weiterhin im Wertpapierbestand und werden nach den Regeln des IAS 39 bewertet. Entlehene Wertpapiere, soweit noch im Bestand befind-

lich, werden nicht bilanziert und auch nicht bewertet.

Durch den Konzern gestellte Barsicherheiten für Wertpapierleihegeschäfte werden als Forderungen ausgewiesen, erhaltene Sicherheiten als Verbindlichkeiten.

---

### (11) Handelsaktiva

Handelszwecken dienende Wertpapiere werden in der Bilanz gemäß IAS 39 zu Marktwerten (Fair Value) am Bilanzstichtag bewertet. Ebenfalls zum Marktwert hier ausgewiesen sind alle derivativen Finanzinstrumente, die nicht als Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accounting eingesetzt werden und einen positiven Marktwert besitzen. Bei börsennotierten Produkten werden Börsenkurse verwendet; für nicht börsennotierte Produkte wird die Bewertung anhand geeigneter Bewertungsmodelle vorgenommen.

Alle realisierten Gewinne und Verluste sowie nicht realisierte Bewertungsergebnisse sind Teil des Handelsergebnisses in der Gewinn- und Verlustrechnung. Ebenfalls im Handelsergebnis ausgewiesen werden Zins- und Dividendenerträge aus Handelsbeständen. Die Erfassung der Wertpapiergeschäfte in Bilanz und GuV erfolgt gemäß dem Trade Date Accounting. D.h., die Wertpapiere werden mit den Marktwerten des Tages des Geschäftsabschlusses in der Bilanz abgebildet. Die tatsächliche Buchung des Wertpapierbestandes erfolgt grundsätzlich in der Nacht nach Geschäftsabschluss.

---

### (12) Available-for-Sale Bestände

Unter der Bilanzposition Available-for-Sale Bestände werden alle nicht handelszwecken dienenden Anleihen und Schuldverschreibungen, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen, nicht konsolidierte Tochterunternehmen und sonstiger Anteilsbesitz ausgewiesen. Die Bilanzierung und Bewertung erfolgt grundsätzlich zum Marktwert (Fair Value). Für börsennotierte Wertpapiere gilt der Schlusskurs des Bilanzstichtages als Marktwert (Fair Value). Eigenkapitalinstrumente, für die kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt und deren Marktwert nicht verlässlich ermittelbar ist, werden mit den Anschaffungskosten bewertet. Nicht konsolidierte verbundene Unternehmen werden grundsätzlich mit Anschaffungskosten bilanziert.

bewertungsrücklage eingestellt. Eine erfolgswirksame Realisierung von Gewinnen und Verlusten findet erst bei Verkauf statt. Bei dauerhaften Wertminderungen wird der erzielbare Betrag in der Bilanz ausgewiesen. Die erforderliche Abschreibung erfolgt zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung. Ergebniswirksame Wertaufholungen bei Available-for-Sale Beständen dürfen nicht vorgenommen werden.

Änderungen des Fair Value in Folgeperioden werden bei börsennotierten Eigenkapitalinstrumenten in der Neubewertungsrücklage erfasst. Dies bedeutet, dass sich nur bei Wertminderungen und bei Veräußerungen ergebniswirksame Effekte ergeben. Bei Wegfall der Gründe für eine Wertminderung von Fremdkapitalinstrumenten ist eine Wertaufholung erfolgswirksam bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten vorzunehmen. Der über die fortgeführten Anschaffungskosten hinausgehende Betrag ist in der Neubewertungsrücklage zu bilanzieren.

Bewertungsergebnisse werden – nach Berücksichtigung latenter Steuern – innerhalb des Eigenkapitals in die Neu-

---

### (13) Sachanlagen

Die hierunter ausgewiesenen Gebäude sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Grundstücke werden mit den Anschaffungskosten bewertet.

Die Bestimmung der Nutzungsdauer wird unter Beachtung der voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer sowie rechtlicher und vertraglicher Beschränkungen vorgenommen. Alle Sachanlagen werden linear über nachfolgende Zeiträume abgeschrieben.

**Voraussichtliche Nutzungsdauer in Jahren**

EDV/Telekommunikation	3–8
Fahrzeuge	6
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	5–13
Gebäude	25
Gebäudebestandteile	5–19

Die Abschreibungen auf Sachanlagen werden unter dem Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Gewinne oder Verluste aus dem Verkauf von Gegenständen des Sachanlagevermögens werden unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. unter den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst.

Die Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern des Sachanlagevermögens wird aus Wesentlichkeitsgründen im Berichtsjahr ergebniswirksam im Verwaltungsaufwand erfasst.

**(14) Immaterielle Anlagewerte**

Unter den Immateriellen Anlagewerten sind ausschließlich aus Konzernsicht entgeltlich erworbene immaterielle Anlagewerte zusammengefasst. Diese setzen sich hauptsächlich aus erworbenen Softwarelizenzen, erworbenen Skontren und im Rahmen eines Unternehmenserwerbs erworbene Handelsstrategien zusammen. Sie werden mit Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Gewinne oder Verluste aus dem Verkauf von immateriellen Anlagewerten werden unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. unter den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst.

Die Abschreibungen werden im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

**Betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer in Jahren**

erworbene Nutzungsrechte	5–10
Handelsstrategien	10*)
Software	3–5

\*) Die Ermittlung der Nutzungsdauer erfolgte auf Basis der langfristigen (10jährigen) Unternehmensplanung.

**(15) Geschäftswerte**

Geschäfts- oder Firmenwerte werden an jedem Bilanzstichtag auf ihren künftigen wirtschaftlichen Nutzen überprüft (Impairment Test). Sofern Voraussetzungen vorliegen, die den erwarteten Nutzen nicht mehr erkennen lassen, wird

auf Basis der langfristigen Unternehmensplanung der zugehörigen Konzerngesellschaften eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen. Im Geschäftsjahr 2006 waren bei keinem der aktivierten Geschäfts- oder Firmenwerte Wertminderungsgründe erkennbar.

**(16) Leasinggeschäft**

Nach IAS 17 wird ein Leasinggeschäft als Operating-Leasing-Verhältnis klassifiziert, wenn es nicht im Wesentlichen alle Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer überträgt. Demgegenüber gelten als Finanzierungsleasing solche Vertragsverhältnisse, die im Wesentlichen alle Chancen und Risiken auf den Leasingnehmer übertragen.

Der Baader-Konzern tritt ausschließlich als Leasingnehmer auf. Die gezahlten Leasingraten aus Operating-Leasing-Verhältnissen werden im Verwaltungsaufwand erfasst. Der Aufwand wird wie eine Mietzahlung auf einer planmäßigen, dem Verlauf des Nutzens entsprechenden Grundlage ermittelt. Vertragliche Vereinbarungen, die als Finanzierungsleasing zu klassifizieren sind, bestanden im Geschäftsjahr 2006 nicht.

---

**(17) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden**

Finanzielle Verbindlichkeiten werden mit fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

---

**(18) Handelspassiva**

Derivative Finanzinstrumente, die einen negativen Marktwert besitzen, sowie Lieferverpflichtungen aus Wertpapier-

leerverkäufen sind als Handelspassiva ausgewiesen. Die Bewertung der Handelspassiva erfolgt zum Marktwert (Fair Value).

---

**(19) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen**

Viele Mitarbeiter der Baader Wertpapierhandelsbank AG und ihrer Tochtergesellschaften erwerben betriebliche Versorgungsansprüche aus unterschiedlichen Durchführungswegen der betrieblichen Altersversorgung.

Zum einen können alle Mitarbeiter eine mittelbare (beitragsorientierte) Zusage (Defined Contribution Plan) erhalten, für die die Unternehmen des Konzerns unter Beteiligung der Mitarbeiter einen festgelegten Beitrag zur Altersversorgung an externe Versorgungsträger (Unterstützungskasse) zahlen. Die Höhe der künftigen Pensionsleistungen wird hier durch die gezahlten Beiträge und – für den nicht garantierten Teil der Leistung – den daraus aufgelaufenen Vermögenserträgen bestimmt. Die Klassifizierung dieser Vorsorge als mittelbare Verpflichtung führt dazu, dass die Beiträge an den Versorgungsträger als laufender Aufwand erfasst werden und somit keine Rückstellungen zu bilden sind.

Zum anderen erhält eine geringe Anzahl von Personen (Vorstände und übernommene Verträge aus Unternehmensverschmelzungen der vergangenen Jahre) eine unmittelbare (leistungsorientierte) Versorgungszusage, bei der die Höhe der Versorgungsleistung festgelegt ist und von Faktoren wie Alter, Gehalt und Betriebszugehörigkeit abhängt (Defined Benefit Plan).

Für Pensionszusagen werden die, zur Erfüllung der Pensionsverpflichtung, erforderlichen Vermögenswerte zum größten Teil unternehmensintern angesammelt und eine entsprechende Rückstellung wird passiviert. Der andere Teil des Vermögens ergibt sich aus abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen. Diese Rückdeckungsversicherungen sind mit einer Ausnahme qualifizierte Versicherungspolice (und damit Planvermögen), die nur verwendet werden können, um Leistungen an Arbeitnehmer aus einem leistungsorientierten Versorgungsplan zu zahlen und die nicht den Gläubigern

des berichtenden Unternehmens zur Verfügung stehen (auch nicht im Insolvenzfall) und nicht an das berichtende Unternehmen gezahlt werden können.

Der erfolgswirksam zu erfassende Pensionsaufwand für die Direktzusagen teilt sich in mehrere Komponenten auf. Zunächst ist der Dienstzeitaufwand (Service Cost) zu berücksichtigen. Hinzu kommen Zinsaufwendungen (Interest Cost) auf den Barwert der Verpflichtung, da der Zeitpunkt der Erfüllung eine Periode vorangeschritten ist. Die aus dem Planvermögen erwirtschafteten Nettoerträge werden von den oben genannten Aufwendungen abgezogen. Ergeben sich aus der 10%igen Korridorregelung Tilgungsbeträge für versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, erhöht oder vermindert sich der Personalaufwand.

Die Höhe der Rückstellung wird zunächst vom Barwert der Sollverpflichtung bestimmt. Der Teil, der durch das Planvermögen abgedeckt ist, ist mit der Verpflichtung zu saldieren. Aufgrund der Korridorregelung ergibt sich der Rückstellungsbetrag zum Jahresende wie folgt:

**Barwert der Sollverpflichtung für Direktzusagen (Defined Benefit Obligation)**

abzüglich Planvermögen

abzüglich/zuzüglich nicht erfasster versicherungsmathematischer Gewinne oder Verluste

= Höhe der Pensionsrückstellung

Die Ermittlung der Pensionsverpflichtung erfolgt jährlich durch einen unabhängigen Versicherungsmathematik-Dienstleister nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren. Dabei werden neben biometrischen Annahmen insbesondere ein aktueller Marktzins für langfristige Anleihen höchster Bonität sowie künftig zu erwartende Gehalts- oder Rentensteigerungsraten für die Berechnung zugrunde gelegt. Ergeben sich versicherungsmathematische Mehr-

oder Minderverpflichtungen, werden diese nur berücksichtigt, wenn sie außerhalb eines Korridors von 10 % des versicherungsmathematischen Sollwertes der Verpflichtung liegen. In diesem Geschäftsjahr wurde der 10%ige Korridor überschritten. Nach IAS 19 wird der außerhalb des Korridors

liegende Betrag über eine durchschnittlich künftige Aktivitätszeit von 10 Jahren aufwandswirksam verteilt.

Als Annahmen sind in die versicherungsmathematischen Berechnungen eingeflossen:

	31.12.2006	31.12.2005
Rechnungszinsfuß	4,0 % bzw. 4,5 %	4,0 % bzw. 4,5 %
Ertrag aus Planvermögen	4,2 % bzw. 4,5 %	4,5 %
Gehaltsentwicklung	2,0 % bzw. 3,0 %	2,0 % bzw. 3,0 %
Rentenanpassung	2,0 %	2,0 %

#### (20) Andere Rückstellungen

Andere Rückstellungen werden für ungewisse Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften in Höhe der zu erwartenden

Inanspruchnahmen gebildet. Rückstellungen für Aufwendungen, die sich nicht auf eine Außenverpflichtung beziehen, dürfen nach IAS/IFRS nicht angesetzt werden.

#### (21) Ertragsteuern

Laufende Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen wurden mit den aktuell gültigen Steuersätzen berechnet, in deren Höhe die Erstattung von den beziehungsweise Zahlung an die jeweiligen Steuerbehörden geleistet wird.

Latente Steueransprüche (Aktive latente Steuern) und -verpflichtungen (Passive latente Steuern) rechnen sich aus unterschiedlichen Wertansätzen eines bilanzierten Vermögenswerts oder einer Verpflichtung und dem jeweiligen steuerlichen Wertansatz. Hieraus resultieren in der Zukunft voraussichtliche Ertragsteuerbelastungs- oder -entlastungseffekte (temporäre Unterschiede). Sie wurden mit den landesspezifischen Ertragsteuersätzen der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen bewertet, deren Gültigkeit für die entsprechende Periode ihrer Realisierung zu erwarten ist. Aktive latente Steuern auf noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge werden nur bilanziert, wenn es wahrscheinlich ist, dass in der Zukunft zu versteuernde Gewinne in der gleichen Steuereinheit anfallen. Der Unsicherheit der zukünftigen Nutzung des steuerlichen Vorteils wird durch Sicherheitsabschläge Rechnung

getragen. Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerverpflichtungen werden unsaldiert ausgewiesen. Eine Abzinsung erfolgt in der Regel nicht. Die Bildung und Fortführung latenter Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen erfolgt – in Abhängigkeit von der Behandlung der zugrunde liegenden Sachverhalte – entweder erfolgswirksam in den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag oder erfolgsneutral in der entsprechenden Eigenkapitalposition.

Der dem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zuzurechnende Ertragsteueraufwand beziehungsweise -ertrag ist in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns als Ertragsteuern auf das Ergebnis aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit ausgewiesen und in den Erläuterungen in laufende und latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen des Geschäftsjahres aufgeteilt. Sonstige Steuern, die nicht ertragsabhängig sind, werden im Sonstigen betrieblichen Ergebnis gezeigt. In der Bilanz werden laufende und latente Ertragssteueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen als Aktiv- beziehungsweise Passivposten gesondert ausgewiesen.

#### (22) Treuhandgeschäfte

Treuhandgeschäfte die eine Verwaltung oder Platzierung von Vermögenswerten für fremde Rechnung zur Basis ha-

ben, werden in der Bilanz nicht ausgewiesen. Provisionszahlungen aus diesen Geschäften sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im Provisionsergebnis enthalten.

---

### (23) Eigene Aktien

Die im Konzern zum Bilanzstichtag gehaltenen eigenen Aktien werden zu Anschaffungskosten vom Eigenkapital abgesetzt. Der Teil der Anschaffungskosten, der auf den

Nennbetrag entfällt, wird vom Gezeichneten Kapital abgezogen, das Agio wird mit den Kapitalrücklagen verrechnet. Aus eigenen Aktien resultierende Gewinne und Verluste sind ergebnisneutral verrechnet worden.

---

### (24) Aktienorientiertes Vergütungssystem für Vorstände und Mitarbeiter

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG gewährt Vorständen und Mitarbeitern des Konzerns eine erfolgsabhängige Vergütung in Form von Aktienoptionen.

#### a) Aktienoptionsplan 2000

Im Rahmen des Aktienoptionsplanes 2000 wurden den Berechtigten insgesamt Stück 1.789.782 Aktienoptionen ausgegeben. Die Laufzeit des Aktienoptionsplans 2000 betrug 5 Jahre und lief am 17.06.2004 aus. Die letzte Tranche wurde am 02.06.2004 zugeteilt.

Die Wartefrist von zwei Jahren ist für alle aus diesem Optionsplan gewährten Aktienoptionen ausgelaufen, d.h. sämtliche Optionen aus diesem Plan können bereits ausgeübt werden.

Der Ausübungspreis entspricht dem durchschnittlichen Schlusskurs der Aktie der Baader Wertpapierhandelsbank AG im Präsenzhandel der Bayerischen Börse während der fünf Handelstage, die dem Ausgabebetrag der Aktienoptionen vorausgehen, mindestens aber dem auf eine Aktie der Baader Wertpapierhandelsbank AG entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals. Die Optionsrechte können nur ausgeübt werden, wenn die Kursentwicklung der Aktie der Baader Wertpapierhandelsbank AG seit dem Ausgabebetrag des Optionsrechtes an fünf aufeinander folgenden Handelstagen die entsprechende Entwicklung des Prime All Share um mindestens 15 % übertrifft. Dieser Prozentsatz gilt für das erste Jahr des Ausübungszeitraumes und steigt im zweiten und den folgenden Jahren des Ausübungszeitraumes jeweils um einen halben Prozentpunkt. Als Kurs der Aktie der Baader Wertpapierhandelsbank AG gilt der Schlusskurs im Präsenzhandel der Bayerischen Börse.

#### b) Aktienoptionsplan 2004

Im Rahmen des Aktienoptionsplanes 2004 wurden den Berechtigten insgesamt Stück 599.080 Aktienoptionen ausgegeben. Die Laufzeit des Aktienoptionsplans 2004 betrug 2 Jahre und lief am 13.07.2006 aus. Die letzte Tranche wurde am 26.05.2006 zugeteilt.

Die Optionen dürfen erst nach Ablauf einer Wartefrist von zwei Jahren ab dem jeweiligen Ausgabebetrag ausgeübt werden. Die Aktienoptionen können in den folgenden fünf Jahren nach Ablauf der Wartefrist unter Berücksichtigung bestimmter Sperrzeiträume ausgeübt werden, und zwar jeweils nur innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Veröffentlichung der Quartalszahlen der Gesellschaft (Ausübungsfenster). Nach Beendigung der Laufzeit (max. sieben Jahre nach Ausgabebetrag) verfallen die jeweiligen Optionen ersatzlos.

Die Optionen können nur ausgeübt werden, wenn (a) der Schlusskurs der Aktie der Baader Wertpapierhandelsbank AG im Präsenzhandel der Börse München (Börsenschlusskurs) um mehr als 30 % über dem Ausgabepreis liegt (absolute Hürde) und (b) an den letzten 5 Börsenhandelstagen vor Ausübung der Optionen die kumulierte prozentuale Performance der Aktie der Baader Wertpapierhandelsbank AG seit der Ausgabe der Option um mindestens 10 % höher ist als die prozentuale Steigerung des Prime All Share Index (relative Hürde), – die kumulierte Performance berücksichtigt sowohl die Kursentwicklung als auch den Wert von Bardividenden, Bezugsrechten aus Kapitalerhöhungen und sonstigen Sonderrechten zwischen der Ausgabe der Option und dem Zeitpunkt der Ausübung der Option – und (c) sie nicht vor Abgabe der Ausübungserklärung aufgrund einer Regelung der Optionsbedingungen durch Verfall erloschen sind. Als Kurs der Aktie der Gesellschaft gilt der Schlusskurs im Präsenzhandel der Börse München (Erfolgsziele). Eine nachträgliche Änderung der Erfolgsziele ist ausgeschlossen.

Jede Aktienoption berechtigt – je nach Entscheidung des Vorstands – zum Erwerb einer Aktie oder zum Barausgleich in Höhe der Differenz zwischen dem Ausübungspreis und dem durchschnittlichen Schlusskurs der Aktie der Baader Wertpapierhandelsbank AG an der Börse München an den letzten fünf Börsenhandelstagen vor dem Tag des Zugangs der Ausübungserklärung des Optionsberechtigten bei der Gesellschaft.

### c) Aktienoptionsplan 2006

Der Vorstand ist mit Zustimmung der Hauptversammlung vom 19.07.2006 ermächtigt, beginnend mit dem Ablauf des Geschäftsjahres 2006 bis zum Ablauf des 18.07.2010 bis zu insgesamt maximal 1.600.000 Aktienoptionen auszugeben und Optionsberechtigten Optionen auf insgesamt bis zu 1.600.000 Stückaktien zu gewähren.

Die Laufzeit des Aktienoptionsplanes beträgt maximal vier Jahre, so dass eine Ausgabe von Aktienoptionen aus dem Aktienoptionsplan der Gesellschaft nach dem 18.07.2010 nicht mehr möglich ist. Die Aktienoptionen können jeweils nur einmal jährlich und zwar während eines Zeitraumes von sechs Wochen nach Bekanntgabe der Ergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres durch den Vorstand an die Optionsberechtigten ausgegeben werden.

Jede Aktienoption berechtigt den Inhaber zum Bezug einer auf den Inhaber lautenden Stückaktie der Gesellschaft mit einem auf sie entfallenden Anteil am Grundkapital der Gesellschaft von je € 1,00 gegen Zahlung des Ausübungspreises. Die neuen Aktien sind ab dem Beginn des Geschäftsjahres gewinnbezugsberechtigt, in dem sie ausgegeben werden. Die Bezugs- und Erwerbsbedingungen können vorsehen, dass die Gesellschaft dem Optionsberechtigten anstelle von neuen Aktien unter Inanspruchnahme des Bedingten Kapitals ganz oder teilweise auch eigene Aktien oder eine Ausgleichszahlung gewähren kann.

Der Ausübungspreis einer Aktienoption entspricht dem durchschnittlichen Schlusskurs der Aktie der Gesellschaft im Präsenzhandel der Börse München während der zehnten Handelstage, die dem zweiten Tag vor Beginn der Ausgabeperiode für die in Frage stehenden Aktienoptionen vorausgehen, mindestens aber dem auf eine Aktie der Gesellschaft entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals. Beginn der Ausgabeperiode ist der Tag, an dem die Optionsberechtigten erstmals über das konkrete Angebot zum Erwerb von Aktienoptionen informiert werden.

Die Optionen können nur ausgeübt werden, wenn a) der Schlusskurs der Aktie der Baader Wertpapierhandelsbank AG im Präsenzhandel der Börse München (Börsenschlusskurs) um mehr als 30 % über dem Ausübungspreis liegt (absolute Hürde) und b) an den letzten zehn Börsenhandelstagen vor Ausübung der Optionen die kumulierte pro-

zentuale Performance der Aktie der Baader Wertpapierhandelsbank AG seit der Ausgabe der Option um mindestens 10 % höher ist als die prozentuale Steigerung des Prime All Share Index (relative Hürde), (die kumulierte Performance berücksichtigt sowohl die Kursentwicklung als auch den Wert von Bardividenden, Bezugsrechten aus Kapitalerhöhungen und sonstigen Sonderrechten zwischen der Ausgabe der Option und dem Zeitpunkt der Ausübung der Option) und c) sie nicht vor Abgabe der Ausübungserklärung aufgrund einer Regelung der Optionsbedingungen durch Verfall erloschen sind. Eine nachträgliche Änderung der Erfolgsziele ist ausgeschlossen.

Die Optionen dürfen erst nach Ablauf einer Wartefrist von zwei Jahren ab dem jeweiligen Ausgabetag ausgeübt werden. Ausgabetag ist der Tag, an dem die Optionsberechtigten das konkrete Angebot zum Erwerb von Aktienoptionen spätestens annehmen können.

Die Aktienoptionen können in den folgenden fünf Jahren nach Ablauf der Wartefrist vorbehaltlich nachstehender Gründe ausgeübt werden, jeweils vier Wochen nach Veröffentlichung der Quartalszahlen der Gesellschaft (Q 1, Q 2, und Q 3) und sofern die Gesellschaft vorläufige Zahlen für das abgeschlossene Geschäftsjahr veröffentlicht – vier Wochen nach Veröffentlichung solcher Zahlen (Ausübungsfrist). Nach Beendigung der Laufzeit (max. sieben Jahre nach Ausgabetag) verfallen die jeweiligen Optionen ersatzlos.

Die Einzelheiten für die Gewährung der Aktienoptionen und die weiteren Ausübungsbedingungen werden durch den Aufsichtsrat festgesetzt soweit die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft betroffen sind. Im Übrigen liegt die Zuständigkeit für die Festlegung dieser Einzelheiten beim Vorstand der Gesellschaft. Zu den Einzelheiten gehören insbesondere die Auswahl einzelner Optionsberechtigter aus der jeweiligen Gruppe der Berechtigten, die Gewährung von Optionen an einzelne Berechtigte, die Bestimmung der Durchführung und des Verfahrens der Abwicklung der Ausübung der Optionen und der Ausgabe der Aktien, sowie Regelungen über die Behandlung von Optionen in Sonderfällen.

Die folgende Tabelle zeigt eine Übersicht aller gewährten, verfallenen und ausgeübten Optionen. Stückzahlen und Ausübungspreise wurden entsprechend der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln und der damit verbundenen Ausgabe von Gratisaktien angepasst.

	2005	2004	2003	2002	2001	2000	1999	Gesamt
Gewährte Optionen	299.480	299.600	323.000	468.600	517.800	240.382	240.000	2.388.862
Ausübungspreis	6,02	2,34	2,96	1,12	2,14	5,30	20,18	-
Verwirkte Optionen	17.060	11.580	15.800	70.000	164.400	125.428	69.000	473.268
Ausgeübte Optionen	0	0	95.200	343.000	246.500	16.936	-	701.636
Verzichtet *)	0	0	0	0	0	0	171.000	171.000
<b>Ausstehende Optionen</b>	<b>282.420</b>	<b>288.020</b>	<b>212.000</b>	<b>55.600</b>	<b>106.900</b>	<b>98.018</b>	<b>0</b>	<b>1.042.958</b>
<b>Ausübbar Optionen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>212.000</b>	<b>55.600</b>	<b>106.900</b>	<b>98.018</b>	<b>0</b>	<b>472.518</b>
Restlaufzeit (in Monaten)	77	65	53	40	28	16	-	-

\*) Die Bezugsberechtigten des Aktienoptionsplanes 2000 der Baader Wertpapierhandelsbank AG haben auf Stück 85.500 im Jahr 1999 zu € 40,35 gewährten Aktienoptionen verzichtet und haben eine entsprechende Neuzuteilung dieser Aktien im Jahr 2001 zu € 4,28 erhalten.

Aus den bestehenden Aktienoptionsplänen sind noch keine gewährten Optionen verfallen.

Im Geschäftsjahr 2006 haben die Bezugsberechtigten von ihren Optionsrechten Gebrauch gemacht. Insgesamt wurden 302.436 Aktien zu den Ausübungspreisen € 1,12 (€ 2,24), € 2,14 (€ 4,28) und € 2,96 (€ 5,92) bezogen. Daraus ist ein Aufwand in Höhe von € 4.588,25 entstanden, der erfolgsneutral mit dem Eigenkapital verrechnet wurde. Die Aktienoptionen wurden in 3 Zeiträumen von jeweils einem Monat ausgeübt. Der Durchschnittsaktienkurs in den 3 Zeiträumen betrug wie folgt:

1. Zeitraum 1: 27.04.2006 – 24.05.2006 Kurs: € 5,43
2. Zeitraum 2: 28.07.2006 – 24.08.2006 Kurs: € 4,26
3. Zeitraum 3: 26.10.2006 – 22.11.2006 Kurs: € 4,43

Die gewährten Aktienoptionen aus dem Aktienoptionsplan 2004 (und aller nachfolgenden Aktienoptionspläne) werden nach den Regelungen des IFRS 2 Anteilsbasierte Vergütungen bilanziert und bewertet. Bei den Optionsplänen handelt es um eine anteilsbasierte Vergütung von zusätzlichen Leistungen von Mitarbeitern, die durch Eigenkapitalinstrumente beglichen wird. Der Wert der erhaltenen Arbeitsleistungen ist unter Erhöhung des Eigenkapitals mit dem beizulegenden Zeitwert anzusetzen. Da dieser Wert jedoch nicht verlässlich geschätzt werden kann, ist er und die entspre-

chende Erhöhung des Eigenkapitals indirekt unter Bezugnahme auf den beizulegenden Zeitwert der gewährten Eigenkapitalinstrumente zu ermitteln (Tabelle unten).

Der Personalaufwand wird über den Erdienungszeitraum von 2 Jahren verteilt. Für die Aktienoptionen aus 2004 wurde anteiliger Aufwand für 12 Monate und für die Aktienoptionen aus 2005 für 7 Monate erfasst.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes der Eigenkapitalinstrumente wurde wie folgt vorgegangen:

Für die Bewertung der Optionen können die beiden Ausübungshürden (absolute und relative Hürde) ausschließlich näherungsweise berücksichtigt werden. Es wird jedoch annahmegemäß davon ausgegangen, dass diese Hürden erfüllt sein werden. Des Weiteren können auch die Ausübungsfenster lediglich approximativ berücksichtigt werden, da die Optionen realiter weder europäischen (Ausübung nur am Ende der Laufzeit) noch amerikanischen Charakter (Ausübung jederzeit während der Laufzeit) haben. Der wahre Wert der Optionen liegt demzufolge jedoch zwischen dem Wert einer amerikanischen und europäischen Option, so dass der Wert dieser beiden Optionen die Ober- (im Falle der amerikanischen) und Untergrenze (im Falle der europäischen) des wahren Wertes darstellt.

	2005	2004	Gesamt
Gewährte Optionen	282.420	299.600	582.020
Optionspreis	0,9975	0,43	-
Personalaufwand gesamt	281.713,95	128.828,00	410.541,95
Personalaufw. im Geschäftsjahr 2006	82.166,57	64.414,00	146.580,57

Grundsätzlich handelt es sich um Call-Optionen, da die Mitarbeiter das Recht haben, Aktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG zu beziehen. Die Optionen werden aus Sicht der Gesellschaft als Short-Position betrachtet. Die Baader Wertpapierhandelsbank AG hat die Optionen den Mitarbeitern gewährt und tritt damit als Stillhalter bzw. Verkäufer der Optionen auf. Somit wird die Anzahl der gewährten Optionen als Short-Call mit 7 Jahren Laufzeit eingebucht. Um die 2 Jahre Wartefrist abzubilden werden gleichzeitig dieselben Optionen mit 2 Jahren Laufzeit als Long Position eingebucht. Die Bewertung der Mitarbeiteroptionen ergibt sich aus dem Wert der 7-jährigen Optionen abzüglich des Wertes der 2-jährigen Optionen. Selbst durch diesen wertmindernden Abzug der 2-jährigen Optionen ist der Bewertungsansatz insgesamt eher konservativ gewählt, da nach erfolgtem Vergleich der Bewertungsergebnisse für amerikanische und europäische Optionen unter Vorsichtsgesichtspunkten die teurere amerikanische Optionsbewertung vorgezogen wurde und darüber hinaus die beiden wertmindernden Ausübungshürden ebenso unter Vorsichtsgesichtspunkten unberücksichtigt blieben. Als Bewertungsmodell für diese amerikanischen Optionen wurde die Methode der finiten Differenzen mit Dividendenausschüttung herangezogen.

Folgende Eingangsparameter wurden zur Bewertung der Optionen gewählt:

1. Der Basispreis der zu bewertenden neu ausgegebenen Optionen aus dem Aktionsoptionsplan 2004 lag bei € 6,02.
2. Es wurden konstante Dividendenausschüttungen der Baader Wertpapierhandelsbank AG i.H.v. € 0,10 p.a. unterstellt
3. Um die erwartete zukünftige Volatilität der Baader Aktie abzuschätzen, wurde in Ermangelung von am Markt gehandelten Optionen auf die Baader Aktie, eine implizite Volatilität i.H.v. 23 % für die 7-jährige und 19 % für die 2-jährige Option unterstellt. Die historische Volatilität der Baader Aktie erschien als Maßstab für die erwartete zukünftige Volatilität als zu hoch und für Bewertungszwecke daher wenig geeignet.
4. Als risikoloser Zinssatz wurde die Euro-Swapkurve unterstellt, die für die 7-jährige Option einen Zinssatz von 3,91 % bzw. 3,51 % für die 2-jährige Option aufwies.
5. Als Bewertungskurs der Baader Aktie wurde am Bewertungsstichtag € 4,80 zugrunde gelegt.
6. Die Bewertung wurde am Tag der Gewährung der Optionen (26.05.2006) vorgenommen.
7. Die Bewertung der Short Optionen mit Fälligkeit in 2013 ergab einen Preis von € 1,239 je Option. Die Bewertung der Long Optionen mit Fälligkeit in 2008 ergab einen Preis von € 0,242 je Option. Damit ergibt sich eine Bewertung der Mitarbeiteroptionen von € 0,9975 je Optionsrecht.

### *Wesentliche Unterschiede bei der Rechnungslegung nach IAS/IFRS und deutschem Handelsrecht*

Zielsetzung von Abschlüssen nach IAS/IFRS ist es, entscheidungsrelevante Informationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns sowie deren Veränderungen im Zeitablauf zu vermitteln. Ein Jahresabschluss nach HGB ist demgegenüber vorrangig am Gläubigerschutz orientiert und wird zudem aufgrund der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz durch steuerrechtliche Regelungen beeinflusst. Aus dieser unterschiedlichen Zielsetzung ergeben sich folgende wesentliche Unterschiede in den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zwischen IAS/IFRS und deutschem Handelsrecht:

#### **Risikovorsorge für das Kreditgeschäft**

Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft wird offen auf der Aktivseite der Bilanz als eigenständige Position nach den Forderungen ausgewiesen. Dadurch wird der Einblick in die Risikopolitik des Konzerns verbessert.

#### **Wertpapiere**

Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte (Handelsaktiva und Handelspassiva) sowie nicht zu Handelszwecken gehaltene derivative Finanzinstrumente (Sicherungsderivate) sind nach IAS 39 grundsätzlich mit dem Marktwert (Fair Value) zu bewerten. Gewinne und Verluste werden unabhängig von ihrer Realisierung erfolgswirksam oder erfolgsneutral erfasst. Nach deutschem Handelsrecht ist eine Vereinnahmung von unrealisierten Erträgen jedoch nicht gestattet. Auch die Wertpapiere der Kategorie Available-for-Sale Bestände werden gemäß IAS 39 mit ihrem Marktwert (Fair Value) bewertet. Nur wenn dieser nicht verlässlich bestimmt werden kann, erfolgt eine Bilanzierung zu Anschaffungskosten. Die Bewertung wird erfolgsneutral in das Eigenkapital eingestellt. Nach den deutschen Rechnungslegungsgrundsätzen gehören Beteiligungen zum Anlagevermögen und werden zu Anschaffungskosten bilanziert. Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung ist eine Abschreibung vorzunehmen. Die anderen Wertpapiere der Available-for-Sale-Kategorie sind



ihrem Charakter nach Bestände der Liquiditätsreserve im Sinne des HGB und somit als Umlaufvermögen zu beurteilen. Für die Bewertung dieser Wertpapiere gilt nach HGB das strenge Niederstwertprinzip.

#### **Hedge Accounting**

Nach IAS 39 können zum Zweck des Hedge Accounting Sicherungsbeziehungen zwischen einem Grundgeschäft und einem derivativen Finanzinstrument etabliert werden. Grundgeschäfte können finanzielle Vermögenswerte (zum Beispiel Forderungen oder Wertpapiere) und finanzielle Verbindlichkeiten sein. Sowohl für Fair Value Hedges als auch für Cash Flow Hedges bestehen detaillierte Regelungen, die einen Bruttoausweis des Marktwertes eines derivativen Sicherungsinstruments verlangen. Nach den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung werden Sicherungsgeschäfte hingegen im Rahmen eines saldierten Niederstwertprinzips bei der Bewertung der gesicherten Posten berücksichtigt.

#### **Sachanlagen, Immaterielle Anlagewerte und Geschäfts- oder Firmenwert**

Die Bilanzierung von Sachanlagen und die damit verbundenen Abschreibungen orientieren sich nach IAS/IFRS an der tatsächlichen betriebswirtschaftlichen Nutzungsdauer. Steuerliche Wertansätze finden im Gegensatz zum HGB keine Berücksichtigung. Für selbsterstellte Immaterielle Anlagewerte besteht nach IAS/IFRS eine Aktivierungspflicht, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Auch das steht im Gegensatz zum generellen Ansatzverbot gemäß HGB. Geschäfts- oder Firmenwerte, die aus der Vollkonsolidierung von Tochtergesellschaften resultieren und im Konzernabschluss nach den Vorschriften des HGB direkt mit den Gewinnrücklagen verrechnet werden können, müssen nach IAS/IFRS als Vermögenswerte aktiviert werden. Sie werden nur noch außerplanmäßig nach erfolgtem Wertminderungstest abgeschrieben.

#### **Eigene Aktien und Anteile**

Das HGB schreibt die Aktivierung der eigenen Aktien bei gleichzeitiger Bildung einer Rücklage für eigene Aktien oder Anteile vor. Nach IAS/IFRS werden die im Konzern gehaltenen eigenen Anteile offen vom Eigenkapital abgesetzt; eine Bewertung wird im Gegensatz zu HGB nicht durchgeführt. Aus dem Handel mit eigenen Anteilen resultierende Gewinne und Verluste werden ergebnisneutral im Eigenkapital erfasst. Im HGB-Abschluss werden die Gewinne und Verluste aus dem Handel mit eigenen Aktien ergebniswirksam im Handelsergebnis gezeigt.

#### **Treuhandgeschäfte**

Nach IAS/IFRS werden Treuhandgeschäfte, im Gegensatz zum HGB-Abschluss nicht in der Bilanz (gemäß §6 Rech-KredV) ausgewiesen.

#### **Pensionsverpflichtungen**

Die Pensionsverpflichtungen werden entsprechend den IAS/IFRS nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt. Die Berechnung berücksichtigt die künftigen Verpflichtungen unter Einbezug zukünftiger Gehalts- und Rentensteigerungen sowie der Inflationsrate. Der Abzinsungsfaktor orientiert sich nach den IAS/IFRS am Kapitalmarktzins. Die Bilanzierung nach HGB orientiert sich demgegenüber regelmäßig an den jeweils geltenden steuerlichen Regelungen, insbesondere dem Teilwertverfahren.

#### **Andere Rückstellungen**

Rückstellungen dürfen nach IAS/IFRS nur dann gebildet werden, wenn sie sich auf eine Außenverpflichtung beziehen. Nach HGB zulässige Aufwandsrückstellungen mit dem Zweck, künftige Ausgaben als Aufwand des abgelaufenen Geschäftsjahres zu berücksichtigen, sind nach IAS/IFRS nicht erlaubt. An die Bildung von Restrukturierungsrückstellungen werden nach IAS/IFRS höhere Konkretisierungsanforderungen als nach HGB gestellt.

#### **Latente Steuern**

Die Bildung Aktiver und Passiver latenter Steuern erfolgt nach IAS/IFRS nach dem bilanzbezogenen Temporary-Konzept. Dabei werden die bilanziellen Wertansätze der einzelnen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten mit den der Besteuerung zugrunde liegenden Werten verglichen. Abweichungen führen zu temporären Wertunterschieden, die, unabhängig vom Zeitpunkt der Auflösung dieser Wertunterschiede, latente Steuererstattungsansprüche bzw. latente Steuerverbindlichkeiten begründen. Die zur Bewertung der Wertunterschiede herangezogenen Ertragsteuersätze sind zukunftsorientiert. Eine Saldierung wird nicht vorgenommen. Für aktive und passive latente Steuern nach IAS/IFRS besteht eine Ansatzpflicht, mit der Einschränkung, dass aktive latente Steuern nur anzusetzen sind, wenn es wahrscheinlich ist, dass der zukünftige steuerliche Vorteil auch genutzt werden kann. Dies gilt vor allem für die Bildung latenter Steuererstattungsansprüche aus bestehenden steuerlichen Verlustvorträgen.

Das HGB verfolgt dagegen eine GuV-orientierte Ermittlung latenter Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen unter Heranziehung aktuell gültiger Steuersätze. Die unter-

schiedlichen Abgrenzungskonzepte führen tendenziell zur größeren Bedeutung latenter Steuern im Abschluss nach IAS/IFRS.

#### Eigenkapital

Basierend auf den Regeln des IAS 39 sind Bewertungsveränderungen aus den Available-for-Sale Beständen sowie effektive Teile des Bewertungsergebnisses aus Cash Flow Hedges erfolgsneutral im Eigenkapital zu erfassen. Die deutsche Rechnungslegung kennt diese Art der erfolgsneutralen Bilanzierung nicht.

Am Bilanzstichtag im Besitz befindliche eigene Aktien werden nach IAS/IFRS vom Eigenkapital gekürzt; Gewinne und Verluste aus eigenen Aktien werden erfolgsneutral mit den Rücklagen verrechnet. Nach den Vorschriften des HGB ist

in Höhe der auf der Aktivseite ausgewiesenen eigenen Aktien ein Rücklage für eigene Anteile zu bilden, während Handelsergebnisse erfolgswirksam erfasst werden.

#### Ansätze aufgrund steuerrechtlicher Vorschriften

Nach dem so genannten umgekehrten Maßgeblichkeitsprinzip werden im HGB-Abschluss zum Teil Wertansätze in Übereinstimmung mit steuerrechtlichen Vorschriften vorgenommen. In einem IAS/IFRS-Abschluss dürfen steuerlich zulässige Sonderabschreibungen und Wertansätze, soweit sie von den nach IAS/IFRS gebotenen Bewertungen abweichen, nicht enthalten sein. Dieses Verbot der steuerrechtlichen Wertansätze gilt ab dem Geschäftsjahr 2003 aufgrund der durch das Transparenz- und Publizitätsgesetz erfolgten Gesetzesänderungen auch für den Konzernabschluss nach HGB.

### Angaben zur Bilanz des Konzerns

#### (25) Barreserve

Die Barreserve setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2006	31.12.2005
Kassenbestand	453,45	417,62
Guthaben Deutsche Bundesbank	484.520,69	2.585.378,45
<b>Insgesamt</b>	<b>484.974,14</b>	<b>2.585.796,07</b>

#### (26) Forderungen an Kreditinstitute

	31.12.2006 Inland	31.12.2006 Ausland	31.12.2005 Inland	31.12.2005 Ausland
Täglich fällig	50.064.290,40	5.710.898,34	20.063.100,00	2.979.097,01
Sonstige Forderungen	6.872.519,91	791.206,94	1.015.032,96	0,00
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>	<b>56.936.810,31</b>	<b>6.502.105,28</b>	<b>21.078.132,96</b>	<b>2.979.097,01</b>
Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	-6.916,55	-15.084,28	-2.195,84	0,00
<b>Insgesamt</b>	<b>56.929.893,76</b>	<b>6.487.021,00</b>	<b>21.075.937,12</b>	<b>2.979.097,01</b>

Die Forderungen an Kreditinstitute enthalten Zinsabgrenzungen in Höhe von € 56.984,55. Die Restlaufzeiten der

Forderungen an Kreditinstitute werden in der Restlaufzeitgliederung (vgl. Note 69) dargestellt.

## (27) Forderungen an Kunden

	31.12.2006	31.12.2005
<b>Inländische Kunden</b>	<b>11.252.650,14</b>	<b>646.097,58</b>
- Unternehmen	10.512.697,76	195.891,29
- Privatpersonen	739.952,38	450.206,29
- Sonstige	13.156,83	0,00
<b>Ausländische Kunden</b>	<b>1.790.711,54</b>	<b>2.270.323,35</b>
- Unternehmen	1.559.323,69	2.125.229,00
- Privatpersonen	231.387,85	145.094,35
- Sonstige	0,00	0,00
<b>Forderungen an Kunden</b>	<b>13.056.518,50</b>	<b>2.916.420,93</b>
Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	-87.656,21	-20.471,70
<b>Insgesamt</b>	<b>12.955.705,47</b>	<b>2.895.949,23</b>

Die Forderungen an Kunden enthalten Zinsabgrenzungen in Höhe von € 13.156,83. Die Restlaufzeiten der Forderungen an Kunden werden in der Restlaufzeitgliederung (vgl. Note 69) gezeigt.

Gegenüber Unternehmen mit denen die Baader Wertpapierhandelsbank AG in einem Beteiligungsverhältnis steht, bestehen folgende Forderungen:

	Verbundene Unternehmen		Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2005
Forderungen an Kunden	0,00	0,00	10.163.863,49	20.471,49
<b>Insgesamt</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>10.163.863,49</b>	<b>20.471,49</b>

Die Forderungen an Kunden enthalten hauptsächlich eine Forderung gegenüber der SPAG St. Petersburg Immobilien und Beteiligungen AG (SPAG) in Höhe von € 10.143.392,00. Die Forderung stellt einen Eigenkapitalrückzahlungsanspruch gegen die Gesellschaft aufgrund Hauptversammlungsbeschluss der SPAG dar. Der Rückzahlungsanspruch beträgt € 98,00 pro Aktie. Bei einer Bewertung des Gesamtengagements SPAG zum 31.12.2006 mit dem Börsenkurs von € 101,00 verbleibt ein Beteiligungsbuchwert von € 3,00 pro Aktie, der weiterhin unter der Position Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen ausgewiesen ist.

Die Forderungen gegenüber Kunden enthalten Forderungen in Höhe von T€ 10.425, für die keine Zinsen gezahlt werden.

Die unter den Forderungen an Kunden ausgewiesenen Beträge abzüglich der Risikovorsorge entsprechen dem beizulegenden Zeitwert der ausgereichten Kredite und Forderungen.

## (28) Risikovorsorge für das Kreditgeschäft

Der Bestand an Risikovorsorge hat sich wie folgt entwickelt:

	Bonitätsrisiken		Länderrisiken		Latente Risiken		Insgesamt	
	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005
Stand 01.01.	22.667,54	166.828,89	0,00	0,00	0,00	0,00	22.667,54	166.828,89
Zugänge	62.185,55	2.196,05	0,00	0,00	0,00	0,00	62.185,55	2.196,05
Abgänge								
- Inanspruchnahme	2.196,05	146.357,40	0,00	0,00	0,00	0,00	2.196,05	146.357,40
- Auflösung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Veränderungen im Konsolidierungskreis	27.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	27.000,00	0,00
Stand 31.12.	109.657,04	22.667,54	0,00	0,00	0,00	0,00	109.657,04	22.667,54

Die ergebniswirksamen Zuführungen und Auflösungen führen unter Berücksichtigung von Direktabschreibungen

und Eingängen auf abgeschriebene Forderungen zu einem Risikovorsorgeaufwand von € 62.185,55 (Vorjahr: T€ 2).

## (29) Handelsaktiva

Die Handelsaktiva setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2006	31.12.2005
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.286.506,98	1.665.147,36
darunter:		
börsenfähige Wertpapiere	5.286.506,98	1.665.147,36
börsennotierte Wertpapiere	5.286.506,98	1.665.147,36
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	43.674.630,82	32.374.871,97
darunter:		
börsenfähige Wertpapiere	43.188.948,19	32.374.871,97
börsennotierte Wertpapiere	42.736.175,77	29.122.579,32
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	51.478,87	0,00
Insgesamt	49.012.616,67	34.040.019,33

In den Handelsaktiva sind Anteile einer Wandelanleihe in Höhe von T€ 1.525 enthalten, die gemäß IAS 39.12 als zu Handelszwecken gehaltener finanzieller Vermögenswert

klassifiziert werden, da eine gesonderte Bewertung des eingebetteten Derivates weder bei Erwerb noch am Abschlussstichtag möglich war.

### (30) Available-for-Sale Bestände

In der Position Available-for-Sale Bestände sind Beteiligungen und sonstige Aktien und Anleihen, die nicht den Handelsaktiva zugeordnet werden, zusammengefasst ausgewiesen.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Zusammensetzung und die Entwicklung der Position Available-for-Sale Bestände:

	Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	Beteiligungen	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Anleihen und Schuldverschreibungen	Sonstiger Anteilsbesitz
Anschaffungskosten					
- Stand 01.01.2006	0,00	4.030.579,85	52.717.607,94	3.697.487,50	0,00
- Zugänge	0,00	1.000,62	377.701,20	473.030,27	0,00
- Umbuchungen	0,00	-999.000,00	0,00	0,00	0,00
- Abgänge	0,00	0,00	12.167.904,17	58.187,50	0,00
- Stand 31.12.2006	0,00	3.032.580,47	40.927.404,97	4.112.330,27	0,00
Neubewertungsrücklage					
- Stand 01.01.2006	0,00	2.762.751,88	8.213.325,62	0,00	0,00
- Zugänge	0,00	5.286,00	801.324,86	-95.634,90	0,00
- Abgänge	0,00	512.081,36	3.945.523,36	0,00	0,00
- Stand 31.12.2006	0,00	2.255.956,52	5.069.127,12	-95.634,90	0,00
Zuschreibungen im Berichtsjahr	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Abschreibungen					
- Stand 01.01.2006	0,00	107.056,71	41.525.847,19	47.950,00	0,00
- Lfd. Abschreibungen	0,00	1.000,00	0,00	0,00	0,00
- Umbuchungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
- Abgänge	0,00	0,00	9.648.124,41	0,00	0,00
Stand 31.12.2006	0,00	108.056,71	31.877.722,78	47.950,00	0,00
Buchwerte					
- Stand 31.12.2005	0,00	6.686.275,02	19.405.086,37	3.649.537,50	0,00
- Stand 31.12.2006	0,00	5.180.480,28	14.118.809,31	3.968.745,37	0,00
davon:					
börsenfähige Wertpapiere	0,00	5.180.478,15	14.030.019,76	3.968.745,37	0,00
börsennotierte Wertpapiere	0,00	5.180.478,15	12.572.299,75	3.968.745,37	0,00

Die Available-for-Sale Bestände enthalten Zinsabgrenzungen in Höhe von € 76.083,22.

### (31) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen

In dieser Bilanzposition sind alle Anteile an assoziierten Unternehmen und Vermögenswerte ausgewiesen, die nach der Equity-Methode bewertet werden.

Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	
Anschaffungs-/Herstellungskosten	
- Stand 01.01.2006	12.993.817,60
- Anpassung Vorjahre	8.384.061,73
- Zugänge	6.030.221,53
- Abgänge	-14.163.824,16
- Stand 31.12.2006	13.244.276,70
Kumulierte Veränderungen aus der Bewertung at Equity	438.500,00
Abschreibungen	
- Stand 01.01.2006	0,00
- Anpassung Vorjahre	7.560.395,97
- Laufende Abschreibungen	0,00
- Abgänge	0,00
- Abschreibungen	5.666.836,79
Stand 31.12.2006	1.893.559,18
<b>Buchwerte</b>	
- Stand 31.12.2005	13.817.483,36
- Stand 31.12.2006	11.789.217,52
davon:	
börsenfähige Wertpapiere	11.789.217,52
börsennotierte Wertpapiere	2.825.117,52

Die Anpassung bei den Anschaffungs- und Herstellungskosten sowie den aufgelaufenen Abschreibungen von jeweils € 7.560.395,97 erfolgt fehlerbereinigend. Im Jahr 2004 wurden die Anteile der SPAG als at Equity bewertetes Unternehmen irrtümlich als Zugangswert mit dem Nettobuchwert von € 2.993.817,60 in den Anschaffungskosten ausgewiesen. Die Bruttoanschaffungskosten betragen zu diesem Zeitpunkt € 11.321.379,33 und die aufgelaufenen Abschreibungen € 8.327.561,73.

Des Weiteren erhöhen die anteiligen Ergebnisse des Vorjahres die Anschaffungs- und Herstellungskosten um € 823.665,76.

Die Abgänge bei den Anschaffungskosten betreffen hauptsächlich den Eigenkapitalrückzahlungsanspruch gegenüber der SPAG St. Petersburg Immobilien und Beteiligungen AG (SPAG) in Höhe von € 10.143.392,00, der unter der Position Forderungen an Kunden ausgewiesen wird. Der Rückzahlungsanspruch beträgt € 98,00 pro Aktie. Bei einer Bewertung des Gesamtengagements SPAG zum 31.12.2006 mit dem Börsenkurs von € 101,00 verbleibt ein Beteiligungsbuchwert von € 310.512,00, der weiterhin unter der Position Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen ausgewiesen ist.

Die Zuschreibungen betreffen ausschließlich die Anteile an der SPAG (vgl. Note 3).

### (32) Sachanlagen

Die Sachanlagen entwickelten sich im Geschäftsjahr wie folgt:

	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Grundstücke und Bauten
Anschaffungs-/ Herstellungskosten		
- Stand 01.01.2006	5.479.092,01	23.557.851,92
- Zugänge	246.706,98	89.160,70
- Abgänge	692.736,62	0,00
- Veränderungen Konsolidierungskreis	174.385,29	0,00
- Stand 31.12.2006	5.207.447,66	23.647.012,62
Zuschreibungen im Berichtsjahr	0,00	0,00
Abschreibungen		
- Stand 01.01.2006	3.834.473,99	2.726.005,74
- Laufende Abschreibungen	386.554,79	852.449,70
- Abgänge	597.352,12	0,00
- Veränderungen Konsolidierungskreis	153.989,60	0,00
Stand 31.12.2006	3.777.666,26	3.578.455,44
Buchwerte		
- Stand 31.12.2005	1.644.618,02	20.831.846,18
- Stand 31.12.2006	1.429.781,40	20.068.557,18

Gründe für außerplanmäßige Abschreibungen sind nicht aufgetreten. Im Berichtsjahr wurden keine Zuschreibungen aufgrund früherer Wertminderungen vorgenommen.

### (33) Immaterielle Anlagewerte

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung der Immateriellen Anlagewerte:

	Software	Skontren	Handelsstrategien
Anschaffungs-/Herstellungskosten			
- Stand 01.01.2006	17.469.582,66	15.946.666,00	0,00
- Zugänge	1.735.232,01	0,00	2.286.287,79
- Abgänge	359.529,53	0,00	0,00
- Umbuchungen	0,00	0,00	0,00
- Stand 31.12.2006	18.845.285,14	15.946.666,00	2.286.287,79
Zuschreibungen im Berichtsjahr	0,00	0,00	0,00
Abschreibungen			
- Stand 01.01.2006	10.484.130,08	3.901.936,00	0,00
- Laufende Abschreibungen	2.650.341,50	2.794.814,00	60.165,47
- Abgänge	225.697,64	0,00	0,00
- Umbuchungen	0,00	0,00	0,00
Stand 31.12.2006	12.908.773,94	6.696.750,00	60.165,47
Buchwerte			
- Stand 31.12.2005	6.985.452,58	12.044.730,00	0,00
- Stand 31.12.2006	5.936.511,20	9.249.916,00	2.226.122,32

Im Rahmen des Erwerbs der Beteiligung von 49,96 % an der Conservative Concept Portfolio Management AG wurden die zwei Handelsstrategien als Immaterielle Vermögenswerte identifiziert, die als selbst geschaffene

Vermögenswerte bisher vom Ansatz ausgeschlossen waren, jedoch im Zuge des Erwerbs gesondert vom Firmenwert anzusetzen sind.

### (34) Geschäfts- und Firmenwerte

Geschäfts- oder Firmenwerte	
Anschaffungs-/Herstellungskosten	
- Stand 01.01.2006	2.581.093,59
- Zugänge	1.578.474,04
- Abgänge	0,00
- Umbuchungen	0,00
- Stand 31.12.2006	4.159.567,63
Zuschreibungen im Berichtsjahr	
Abschreibungen	
- Stand 01.01.2006	0,00
- Laufende Abschreibungen	0,00
- Abgänge	0,00
- Umbuchungen	0,00
Stand 31.12.2006	0,00
Buchwerte	
- Stand 31.12.2005	2.581.093,59
- Stand 31.12.2006	4.159.567,63

Die ausgewiesenen Geschäftswerte stellen den Saldo aus Anschaffungskosten der Unternehmenszusammenschlüsse und anteiligem Eigenkapital dar. Stille Reserven in identifizierbaren Vermögenswerten und Schulden waren bis auf die im Geschäftsjahr zugegangenen Handelsstrategien nicht feststellbar.

Die Zugänge bei den Geschäfts- oder Firmenwerten entfallen ausschließlich auf den Erwerb der zahlungsmittelgenerierenden Einheit CCPM. Vgl. hierzu die weiteren Erläuterungen zu Note 3.

Zum Bilanzstichtag 2006 hat die Gesellschaft folgende Geschäfts- und Firmenwerte im IFRS-Konzernabschluss ausgewiesen:

Tochterunternehmen	Geschäfts- oder Firmenwerte T€	Erstmaliger Ansatz Geschäftsjahr
Baader Service Bank GmbH	963	2004
Baader Heins & Seitz Capital Management AG	1.618	2005
Conservative Concept Portfolio Management AG	1.578	2006
<b>Insgesamt</b>	<b>4.159</b>	

Die für die Geschäfts- und Firmenwerte erforderlichen Impairment Tests wurden jeweils unter Anwendung eines anerkannten Bewertungsverfahrens, der Discounted-Cash-Flow-Methode, durch Diskontierung der für die

Tochtergesellschaften auf Basis der langfristigen Unternehmensplanung erwarteten Zahlungsmittelüberschüsse nach Steuern mit Hilfe eines risikoadäquaten und fristenkongruenten Kapitalisierungszinssatzes durchgeführt.



Anhand der vorliegenden Unternehmensplanung für die Planungsphase 2007 bis 2009 wurde die nähere Phase (Detailplanungsphase) identifiziert. Auf Basis der Erkenntnisse aus der ersten Phase wurde für Zwecke der Kapitalisierung der ewigen Rente hinsichtlich des jährlichen Zahlungsmittelüberschusses ein Beharrungswert identifiziert. Als Kapitalisierungszinssatz wurde ein, unter Berücksichtigung von Steuern, ermittelter risikoloser Basiszinssatz

und eine nach dem Tax-CAPM-Modell ermittelte Markt-  
risikoprämie angesetzt.

Im Rahmen der durchgeführten Impairment-Tests ergab sich kein Wertminderungsaufwand, da der jeweils erzielbare Betrag deutlich über den ausgewiesenen Geschäfts- und Firmenwerten lag.

### (35) Ertragsteueransprüche

In den Ertragsteueransprüchen werden Forderungen des Konzerns gegenüber den Finanzbehörden aus tatsächlichen Steuerüberzahlungen in Höhe von € 11.626.557,14 abgebildet. Durch das Gesetz über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft

und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften (SEStEG) wurde das bisherige System der Körperschaftsteuerminderung durch eine ratierte Auszahlung des Körperschaftsteuerguthabens ersetzt. Dies hat im Ergebnis zu einer Aktivierung des Barwertes der Körperschaftsteuerguthaben im Konzern in Höhe von T€ 11.608 geführt.

### (36) Sonstige Aktiva

Die Sonstigen Aktiva setzen sich aus folgenden Größen zusammen:

	31.12.2006	31.12.2005
Sonstige Vermögensgegenstände	6.146.120,62	4.665.035,87
Rechnungsabgrenzungsposten	229.425,14	502.798,08
<b>Insgesamt</b>	<b>6.375.545,76</b>	<b>5.167.833,95</b>

Die Sonstigen Vermögensgegenstände enthalten Rückdeckungsansprüche zur Deckung der Pensionsrückstellungen in Höhe von T€ 2.117.

### (37) Aktive latente Steuern

Aktive Latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen den Wertansätzen der Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten in der Konzernbilanz nach IAS/IFRS und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen ab. Sie werden angesetzt, soweit es wahrscheinlich ist, dass der zu-

künftige steuerliche Vorteil genutzt werden kann.

Im Konzern bestehen aktive Steuerabgrenzungen in Höhe von T€ 25.576. Davon wurden T€ 37 direkt mit dem Eigenkapital verrechnet.

Aktive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet:

	31.12.2006	31.12.2005
Verlustvorträge	25.364.444,78	27.905.209,78
Pensionsrückstellungen	174.843,27	42.786,25
Available-for-Sale Bestände	36.895,94	0,00
<b>Insgesamt</b>	<b>25.576.183,99</b>	<b>27.947.996,03</b>

Im Konzernabschluss der Baader Wertpapierhandelsbank AG werden aktive latente Steuern auf noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorräte bilanziert. Nach Maßgabe von IAS 12 sind diese in dem Umfang zu bilanzieren, in dem es wahrscheinlich ist, dass zukünftiges zu versteuerndes Ergebnis zur Verfügung stehen wird, gegen das die noch

nicht genutzten steuerlichen Verluste verwendet werden können.

Die aktiven latenten Steuern aus Verlustvorräten ergeben sich wie folgt:

	Baader Wertpapierhandelsbank AG	Baader Service Bank GmbH	Summe
Verlustvortrag 31.12.2005 in T€	142.172	3.060	145.232
- Verbrauch Verlustvortrag 2006	-12.549	-909	-13.458
= Verlustvortrag 31.12.2006 in T€	129.623	2.151	131.774
x Steuerquote in %	38,53 %	36,53 %	-
= Steueransprüche 31.12.2006 in T€	49.944	786	50.730
- 50 % Sicherheitsabschlag in T€	-24.972	-393	-25.365
= Aktive latente Steuern 31.12.2006 in T€	24.972	393	25.365
- Aktive latente Steuern 31.12.2005 in T€ *)	-27.355	-551	-28.757
<b>Auflösung/Zuführung aktive latente Steuern / Steueraufwand 2006 in T€</b>	<b>-2.383</b>	<b>-158</b>	<b>-2.541</b>

\*) berechnet auf Basis eines vorläufigen Verlustvortrags in Höhe von T€ 144.823.

Im Geschäftsjahr 2006 belaufen sich die voraussichtlich nutzbaren steuerlichen Verlustvorräte auf T€ 131.774. Darin enthalten ist ein Betrag in Höhe von T€ 30.018, der grundsätzlich eine Hinzurechnung zum steuerlichen Einkommen der Baader Wertpapierhandelsbank AG darstellt und aus der Hinzurechnung zum Einkommen aufgrund einer in der Vergangenheit vorgenommenen Abschreibung auf Anteile an einer Tochtergesellschaft resultiert. Aus einem verfassungsrechtlichen Gutachten, das für die Baader Wertpapierhandelsbank AG erstellt wurde, ergibt sich, dass die Hinzurechnungsvorschrift nach § 12 Abs. 2 des Umwandlungssteuergesetzes in der jetzt gültigen Fassung mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit vom Bundesverfassungsgericht als nichtig beurteilt werden wird. Daher wird sich abgabenrechtlich die Möglichkeit der grundsätzlichen Berücksichtigung der T€ 30.018 als Verlustvortrag für die Baader Wertpapierhandelsbank AG ergeben. Ferner sind darin Verlustvorräte der Baader Service Bank GmbH in Höhe von T€ 1.964 enthalten, die aus der Zeit vor der Zugehörigkeit zum Baader-Konzern resultieren. Nach der für die BSB vorliegenden Unternehmensplanung liegen keine Erkenntnisse vor, die auch vor dem Hintergrund von § 8 Abs. 4 KStG gegen die zukünftige Nutzung dieser steuerlichen Verlustvorräte sprechen.

Bei einem Ertragsteuersatz von 38,53 % bzw. 36,53 % ergeben sich potenzielle latente Steueransprüche von T€ 50.730.

Durch die Einführung der Mindestbesteuerung wird die vollständige Auflösung der Verlustvorräte durch zukünftige Gewinne nur sehr langfristig erfolgen können. Deshalb sowie aufgrund der geringen Prognostizierbarkeit der Umsatz- und Kursverläufe sowie der Volatilität der Unternehmensgewinne in der Vergangenheit wird der bereits in den vergangenen Geschäftsjahren vorgenommene Sicherheitsabschlag von 50 % beibehalten bzw. im Rahmen einer konzernerheitlichen Bewertung auch auf die Steueransprüche der Baader Service Bank GmbH angewendet.

Dementsprechend werden im Konzernabschluss zum 31.12.2006 aktive latente Steuern auf steuerlich ungenutzte Verlustvorräte in Höhe von T€ 25.365 ausgewiesen. Dies führt somit nach Aktivierung latenter Steueransprüche zum 31.12.2005 in Höhe von T€ 28.757 zu einem erfolgswirksam in den Ertragsteuern erfassten latenten Steueraufwand von T€ 2.541 im Geschäftsjahr 2006.

Nach den beschlossenen langfristigen Unternehmensplanungen sprechen mehr Gründe dafür als dagegen, dass in den nächsten 5 Jahren auch unter der Berücksichtigung der Mindestbesteuerung ausreichend zu versteuerndes Einkommen erwirtschaftet wird, um die per 31.12.2006 bei der Bilanzierung der aktiven latenten Steuern berücksichtigten steuerlichen Verlustvorräte zu verwerten.

Die Veränderung der aktiven latenten Steuern auf Bewertungsunterschiede der Pensionsrückstellungen in Höhe von € 132.057,02 wird erfolgswirksam als latenter Steuer- aufwand unter den Ertragsteuern ausgewiesen.

Nach dem per 6.2.2007 vorliegenden Referentenentwurf soll ab dem Jahr 2008 der Steuersatz bei der Körperschaft- steuer von jetzt 25 % auf 15 % und die Gewerbesteuermess- zahl von jetzt 5 % auf 3,5 % gesenkt werden. Ziel ist es, die durchschnittliche Gesamtbelastung bei Kapitalgesellschaf- ten von jetzt 38,8 % auf 29,8 % zu reduzieren.

Im aktuellen Jahresabschluss wurde der aktuelle Steuer- satz des Konzerns angesetzt, da das Inkrafttreten des zukünftigen Steuersatzes noch nicht mit hinreichender Sicherheit angenommen werden kann. Für die Berücksich- tigung künftiger Steuersätze, muss sichergestellt sein, dass der Erfüllung der materiellen Wirksamkeitsvoraus- setzungen für die Einführung der veränderten Steuersätze im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens keine Hinder- nisse mehr entgegenstehen; dies wird in Deutschland erst mit der Zustimmung des Bundesrates zu den verabschie- deten Steuergesetzen als gegeben angesehen.

### (38) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen

ausschließlich gegenüber inländischen Kreditinstituten und setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2006	31.12.2005
Täglich fällig	13.423.437,61	7.339.034,30
Mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	13.020.598,24	13.804.667,00
<b>Insgesamt</b>	<b>26.444.035,85</b>	<b>21.143.701,30</b>

In der Position mit vereinbarter Laufzeit oder Kündi- gungsfrist ist ein Darlehen zur Refinanzierung des Geschäftsgebäudes in Höhe von € 13.020.598,24 aus-

gewiesen. Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden in der Restlaufzeit- gliederung (vgl. Note 69) gezeigt.

### (39) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden resultieren hauptsächlich aus der Tochtergesellschaft Baader Service Bank GmbH und setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2006	31.12.2005
<b>Inländische Kunden</b>	<b>8.958.500,77</b>	<b>6.183.423,82</b>
- Unternehmen	3.757.607,28	1.221.750,35
- Privatpersonen	5.178.779,91	4.961.673,47
- Sonstige	22.113,58	0,00
<b>Ausländische Kunden</b>	<b>23.040.676,36</b>	<b>10.727.641,12</b>
- Unternehmen	21.250.694,94	8.821.520,73
- Privatpersonen	1.789.981,42	1.906.120,39
- Sonstige	0,00	0,00
<b>Insgesamt</b>	<b>31.999.177,13</b>	<b>16.911.064,94</b>

In der Position Verbindlichkeiten Kunden sind Zinsab- grenzungen in Höhe von € 22.113,58 enthalten. Die Rest- laufzeiten der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden wer- den in der Restlaufzeitgliederung (vgl. Note 69) gezeigt.

#### (40) Handelspassiva

In den Handelspassiva enthalten derivative Finanzinstrumente mit negativen Marktwerten.

	31.12.2006	31.12.2005
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	34.541,97	0,00
<b>Insgesamt</b>	<b>34.541,97</b>	<b>0,00</b>

#### (41) Rückstellungen

Die Rückstellungen setzen sich folgendermaßen zusammen:

	31.12.2006	31.12.2005
Pensionsrückstellungen	6.412.493,00	5.241.940,00
Andere Rückstellungen	13.044.457,88	1.702.626,23
<b>Insgesamt</b>	<b>19.456.950,88</b>	<b>6.944.566,23</b>

Entwicklung der Pensionsrückstellungen:

	2006	2005
<b>Pensionsrückstellungen (DBL) zum 01.01.</b>	<b>5.241.940,00</b>	<b>4.800.703,00</b>
Zuführung	1.392.260,00	832.680,00
Marktwertänderung und Einstellung in das Planvermögen	-142.428,00	-481.214,00
Umbuchungen / Änderung Konsolidierungskreis	-79.279,00	89.771,00
<b>Pensionsrückstellungen (DBL) zum 31.12.</b>	<b>6.412.493,00</b>	<b>5.241.940,00</b>

Bei den Rückstellungen für Pensionen handelt es sich ausschließlich um Rückstellungen für Verpflichtungen zur Leistung betrieblicher Ruhegelder aufgrund unmittelbarer Versorgungszusagen. Art und Höhe der Ruhegelder der versorgungsberechtigten Mitarbeiter bestimmen sich nach einzelvertraglichen Pensionszusagen. Pensionen werden nach Versetzung in den Ruhestand wegen

Erreichens der Altersgrenze beziehungsweise vorzeitig bei Invalidität und Tod gezahlt (vgl. Note 19).

Das in Form von Rückdeckungsversicherungen zur Verfügung stehende Vermögen, dass nach IAS 19 als Planvermögen gilt, hat sich wie folgt entwickelt:

	2006	2005
<b>Planvermögen zum 01.01.</b>	<b>708.830,00</b>	<b>185.324,00</b>
Einstellung / Entnahme	106.513,00	470.476,00
Erträge aus dem Planvermögen	35.915,00	10.738,00
Leistungen	-17.886,00	0,00
Sonstige Änderungen / Änderungen Konsolidierungskreis	-11.191,00	42.292,00
<b>Marktwert zum 31.12.</b>	<b>822.181,00</b>	<b>708.830,00</b>

Neben den Rückdeckungsversicherungen erfolgt außerdem eine interne Vermögensanlage in Form von Wertpapieren, die ausschließlich der Deckung der Pensionsverpflichtungen dient. Diese Wertpapiere werden zum

Bilanzstichtag mit dem Marktwert (Fair Value) bewertet und unter den Available-for-Sale Beständen ausgewiesen.

Entwicklung der Pensionsverpflichtung:

	2006	2005
<b>Pensionsrückstellungen (DBL) einschließlich Planvermögen 01.01.</b>	<b>5.950.770,00</b>	<b>4.986.027,00</b>
Dienstzeitaufwand	798.134,00	498.037,00
Zinsaufwand	344.967,00	234.093,00
Tilgung versicherungsmathematischer Gewinne / Verluste	203.184,00	-63.301,00
Tilgung noch zu verrechnenden Dienstzeitaufwands	45.975,00	163.851,00
Sonstige Änderungen / Änderungen Konsolidierungskreis	-108.356,00	132.063,00
Ungetilgter noch zu verrechnender Dienstzeitaufwand	322.486,00	484.746,00
Ungetilgte versicherungsmathematische Gewinne / Verluste	1.068.274,00	1.251.727,00
<b>Pensionsverpflichtungen (DBO) zum 31.12.</b>	<b>8.625.434,00</b>	<b>7.687.243,00</b>

Die Pensionsverpflichtungen werden jährlich von einem unabhängigen Aktuar nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) ermittelt. Der Anwartschaftsbarwert der Pensionsverpflichtungen zum 31.12.2006 beträgt T€ 8.625 (Vorjahr: T€ 7.687). Der Unterschied zu den Pensionsrückstellungen resultiert aus Änderungen der versicherungsmathematischen Parameter und Rechnungsgrundlagen in Höhe von T€ 1.068 (Vorjahr:

T€ 1.252), aus Änderungen von Versorgungsplänen in Höhe von T€ 322 (Vorjahr: T€ 485) sowie aus Änderungen des Marktwertes des Planvermögens in Höhe von T€ 822 (Vorjahr: T€ 709).

Die Anderen Rückstellungen entwickelten sich im Geschäftsjahr wie folgt:

	Stand 01.01.06 T€	Umbuchungen T€	Verbrauch T€	Auflösung T€	Zuführung T€	Stand 31.12.05 T€
Personal	4	0	4	0	0	0
Rechtsstreite	162	0	0	0	5	167
Kostenumlagen	998	0	850	0	12.148	12.296
Übrige	538	0	325	10	377	580
Steuern	0	0	0	0	1	1
<b>Insgesamt</b>	<b>1.702</b>	<b>0</b>	<b>1.179</b>	<b>10</b>	<b>12.531</b>	<b>13.044</b>

Die anderen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen eine Rückstellung für den zu erwartenden Sonderbeitrag an die Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen (EdW) und im Übrigen Kostenumlagen der Aufsichtsämter.

In der Zeit von 1992 – 2005 wurden nach dem derzeitigen Kenntnisstand, der jedoch weitgehend auf Presseberichten basiert, ca. 30.000 Anleger durch die Phoenix Kapitaldienst GmbH geschädigt. Der Schaden soll sich auf ca. € 180 – 200 Mio. belaufen.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat am 15.03.2005 den Entschädigungsfall bei der Phoenix Kapitaldienst GmbH festgestellt. Im Rahmen des Entschädigungsverfahrens prüft die Entschädigungseinrichtung für Wertpapierhandelsunternehmen (EdW), ein Sondervermögen des Bundes bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, ob und in welcher Höhe die Anleger Entschädigungsansprüche haben.

Gem. § 4 Abs.2 Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz (EAEG) beträgt die Höhe der Entschädigung jedes Anlegers 90 % seiner Forderungen aus Wertpapiergeschäften, maximal € 20.000. Nach Presseinformationen wird das derzeit verfügbare freie Vermögen der EdW auf unter € 10 Mio. geschätzt. Die Mittel der EdW haben die Mitglieder durch Jahresbeiträge und Sonderbeiträge zu erbringen (§ 8 Abs.1 EAEG). Für den Fall, dass das Entschädigungsverfahren es erfordert, hat die EdW gem. § 8 Abs. 2 EAEG i.V.m. § 5 BeitragsVO Sonderbeiträge zu erheben und Kredite aufzunehmen. Bei der Aufnahme von Krediten kann die EdW für die Tilgung und die Zinszahlungen Sonderzahlungen mit Zustimmung der BaFin verlangen. Die Höhe der Sonderbeiträge oder Sonderzahlungen je Mitglied richtet sich nach dem Anteil des zuletzt von diesem zu zahlenden Betrag am gesamten zu zahlenden Beitragsaufkommen.

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG ist als Institut im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) gem. § 2 EAEG verpflichtet, ihre Einlagen und Verbindlichkeiten aus Wertpapiergeschäften durch Zugehörigkeit zu einer Entschädigungseinrichtung zu sichern. Sie betreibt als Wertpapier-

handelsbank kein Einlagengeschäft und ist deshalb der EdW zugeordnet.

Zum jetzigen Zeitpunkt steht noch nicht fest, ob und wann die EdW Sonderzahlungen bzw. Sonderbeiträge in welcher Höhe verlangen wird. Es bestehen zwar einige Vermutungen, gesicherte Erkenntnisse diesbezüglich liegen jedoch nicht vor. Darüber hinaus ist bekannt, dass Schadenersatzansprüche gegenüber der BaFin und den zuletzt prüfenden Wirtschaftsprüfern im Rahmen von Rechtsgutachten geprüft werden. Außerdem findet auf politischer Ebene eine breite Diskussion über die Rechtmäßigkeit des EAEG und infolgedessen der EdW statt.

Der Vorstand der Baader Wertpapierhandelsbank AG ist zwar der Auffassung, dass einerseits ein möglicher Sonderbeitrag juristisch nicht tragbar ist, andererseits jedoch ein wirtschaftliches Risiko besteht, dass ein Sonderbeitrag erhoben wird, da die BaFin den Entschädigungsfall festgestellt hat und die EdW die Entschädigungen leisten muss. Diesem Risiko wurde im Konzern durch die Bildung einer Rückstellung in Höhe von T€ 12.078 Rechnung getragen.

---

#### (42) Ertragsteuerverpflichtungen

Die Ertragsteuerverpflichtungen in Höhe von € 1.641.483,46 sind tatsächliche Steuerverpflich-

tungen der Konzernunternehmen, für die noch kein rechtskräftiger Steuerbescheid ergangen ist.

---

#### (43) Sonstige Passiva

In den Sonstigen Passiva in Höhe von € 11.550.201,88 (Vorjahr: T€ 8.281) sind im Wesentlichen noch ausstehende Rechnungen und abgegrenzte Verbindlichkeiten (T€ 9.087) und noch abzuführende Gehaltsabzüge (T€ 979) erfasst.

Außerdem enthalten die Sonstigen Passiva Einzahlungen für die Kapitalerhöhung bei der CCPM AG in Höhe von € 278.312,50. Diese Kapitalerhöhung wurde ausschließlich von konzernfremden Dritten gezeichnet.

---

#### (44) Passive latente Steuern

Passive latente Steuern stellen die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen Wertansätzen der Vermögensgegenstände und Schulden in der Konzernbilanz nach IAS/IFRS und den

Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen dar.

Passive Steuerabgrenzungen wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet:

	31.12.2006	31.12.2005
Handelsaktiva	1.669.963,02	1.295.202,49
Wertpapiere der Kategorie Available-for-Sale Bestände	1.309.139,49	2.457.643,88
Immaterielle Anlagewerte	857.724,94	0,00
Pensionsrückstellungen	0,00	221,74
<b>Insgesamt</b>	<b>3.836.827,45</b>	<b>3.753.068,11</b>

Die Veränderung der passiven latenten Steuern auf Bewertungsunterschiede in der Kategorie Available-for-Sale Bestände in Höhe von € 1.148.504,39 wird erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage im Eigenkapital erfasst. Die Bildung bzw. Auflösung von passiven latenten Steuern auf Bewertungsunterschiede in den Handelsaktiva und Pensionsrückstellungen in Höhe von insgesamt € 374.538,79 wurde als Ertragsteueraufwand im Periodenergebnis erfasst.

Passive latente Steuern im Zusammenhang mit Immateriellen Anlagewerten sind im Rahmen des Unternehmenserwerbs und der Kaufpreisallokation der CCPM entstanden. Sie betreffen die, als immaterielle Anlagewerte identifizierten, Handelsstrategien und werden entsprechend der Nutzungsdauer der Vermögenswerte zu Gunsten der Ertragsteuern aufgelöst.

#### (45) Eigenkapital

	31.12.2006 €	31.12.2005 €
a) Gezeichnetes Kapital	45.493.404,00	22.601.984,00
b) Kapitalrücklage	60.977.655,15	83.473.389,09
c) Gewinnrücklagen	8.000.000,00	0,00
d) Neubewertungsrücklage	6.125.477,95	8.686.706,38
e) Rücklage aus Währungsumrechnung	-736,70	0,00
f) Konzerngewinn	30.667.902,22	12.194.811,07
<b>Gesamt vor Fremdbteilen</b>	<b>151.263.702,62</b>	<b>126.956.890,54</b>
Anteile im Fremdbesitz	1.362.441,73	133.038,31
<b>Eigenkapital</b>	<b>152.626.144,35</b>	<b>127.089.928,85</b>

#### a) Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) bestand am 31.12.2006 in Höhe von € 45.908.682,00 aus 45.908.682 Stück Inhaber-Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien).

	Stückzahl
<b>Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien 01.01.2006</b>	<b>22.601.984</b>
Zuzüglich: Eigene Aktien im Bestand am 31.12. des Vorjahres	352.357
Ausgabe von Gratisaktien	22.954.341
<b>Anzahl der ausgegebenen Aktien am 31.12.2006</b>	<b>45.908.682</b>
Abzüglich: Eigene Aktien im Bestand am Bilanzstichtag	415.278
<b>Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien 31.12.2006</b>	<b>45.493.404</b>

Vor Verrechnung der im Eigenbestand befindlichen eigenen Aktien beläuft sich das Gezeichnete Kapital auf € 45.908.682,00. Vorzugsrechte oder Beschränkungen in Bezug auf die Ausschüttung von Dividenden liegen bei der Baader Wertpapierhandelsbank AG nicht vor.

Alle ausgegebenen Aktien sind voll eingezahlt.

Der Wert der ausgegebenen, im Umlauf befindlichen und genehmigten Aktien ergibt sich wie folgt:

	31.12.2006		31.12.2005	
	T€	Stückzahl	T€	Stückzahl
Ausgegebene Aktien	45.909	45.908.682	22.954	22.954.341
./. Eigene Aktien im Bestand	415	415.278	352	352.357
= im Umlauf befindlichen Aktien (Gezeichnetes Kapital)	45.494	45.493.404	22.602	22.601.984
+ noch nicht ausgegebene Aktien aus genehmigtem Kapital	11.477	11.477.170	11.477	11.477.170
<b>Gesamt</b>	<b>56.971</b>	<b>56.970.574</b>	<b>34.079</b>	<b>34.079.154</b>

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 19.07.2006 wurde die Baader Wertpapierhandelsbank AG gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, – zunächst bis zum 19.01.2008 befristet – zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien zu Preisen, die den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktie im Präsenzhandel an der Frankfurter Wertpapierbörse an den jeweils drei vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10 % übersteigen oder unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien 5 % des Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigen.

die Börse. Der von der Baader Wertpapierhandelsbank AG gezahlte Gegenwert je Aktie darf den Mittelwert der Schlusskurse für die Stückaktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG im Präsenzhandel an der Frankfurter Wertpapierbörse während der letzten 5 Handelstage vor dem Erwerb der Aktien (ohne Erwerbsnebenkosten) um nicht mehr als 5 % überschreiten.

Weiterhin wurde die Gesellschaft gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG mit Beschluss der Hauptversammlung vom 19.07.2006 ermächtigt, Aktien der Gesellschaft zu erwerben, um sie Dritten im Rahmen des Erwerbs von Unternehmen oder Unternehmensbeteiligungen anbieten zu können oder den Berechtigten aus den Aktienoptionsplänen 1999 und 2004 der Baader Wertpapierhandelsbank AG gemäß den Ermächtigungen der Hauptversammlungen vom 18.06.1999 und 14.07.2004 sowie dem im Beschluss der Hauptversammlung vom 19.07.2006 aufgeführten Personenkreis (Vorstand und Mitarbeitern von Konzernunternehmen) im Rahmen des Aktienoptionsplans 2006 der Baader Wertpapierhandelsbank AG gem. Genehmigungsbeschluss vom 19.07.2006 zum Bezug anzubieten oder einzuziehen. Die Ermächtigung ist auf den Erwerb von eigenen Aktien mit einem Anteil am Grundkapital von insgesamt bis zu zehn vom Hundert beschränkt. Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals, in Verfolgung eines oder mehrerer der genannten Zwecke ausgeübt werden. Die Ermächtigung gilt zunächst bis zum 19.01.2008. Der Erwerb erfolgt über

Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates Aktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG, die aufgrund dieser Ermächtigung erworben werden, Dritten beim Erwerb von Unternehmen oder Unternehmensbeteiligungen anzubieten.

Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates eigene Aktien der Gesellschaft, die auf Grund dieser Ermächtigung erworben wurden, im Rahmen der von der Hauptversammlung am 19.07.2006 beschlossenen Aktienoptionsplan 2006 Inhabern von Optionen zum Erwerb anzubieten.

Das Bezugsrecht der Aktionäre auf diese eigenen Aktien wird insoweit ausgeschlossen, wie diese Aktien gemäß der vorstehend genannten Ermächtigungen verwandt werden.

Der Vorstand wird weiterhin ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates eigene Aktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG einzuziehen, die aufgrund dieser Ermächtigung erworben werden, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Die Ermächtigung zur Einziehung kann ganz oder in Teilen ausgeübt werden.



Durch Beschluss der Hauptversammlung am 19.07.2006 wurden die Beschlüsse gem. § 71 Abs. 1 Nr. 7 und Nr. 8 AktG vom 14.07.2004 aufgehoben und die Ermächtigungen mit dem oben genannten Inhalt gem. § 71 Abs. 1 Nr. 7 und Nr. 8 AktG bis zum 28.01.2008 erteilt.

b) Kapitalrücklage

In der Kapitalrücklage ist der Mehrerlös (Agio) enthalten, der bei der Ausgabe von Aktien erzielt wird. Bei einem Rückkauf von eigenen Aktien wird der Differenzbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem Nennbetrag mit den Kapitalrücklagen verrechnet. Sind die Gewinnrücklagen aufgebraucht, nimmt die Kapitalrücklage sämtliche erfolgswirksamen Konsolidierungsmaßnahmen auf.

c) Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen bestehen aus anderen Gewinnrücklagen in Höhe von T€ 8.000 (Vorjahr: T€ 0). Die

Zuführung beruht auf dem Hauptversammlungsbeschluss vom 19.07.2006.

d) Neubewertungsrücklage

In der Neubewertungsrücklage werden die Ergebnisse aus der Bewertung von Available-for-Sale Beständen, der sich aus zinstragenden und dividendenorientierten Instrumenten zusammensetzt, zum Marktwert (Fair Value) nach Berücksichtigung latenter Steuern eingestellt. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne und Verluste erfolgt erst, wenn die Vermögenswerte veräußert bzw. abgeschrieben worden sind.

Außerdem in die Neubewertungsrücklage eingestellt wurde die verbleibende Differenz aus der Kapitalkonsolidierung der Baader Heins & Seitz Capital Management AG, da es beim sukzessiven Unternehmenserwerb zu einer vollständigen Aufdeckung stiller Reserven auch zwischen den einzelnen Erwerbstranchen kommt.

	2006 T€	2005 T€
Bewertung Available-for-Sale Bestände	7.230	10.976
Latente Steuern aus Bewertung Available-for-Sale Bestände	-1.273	-2.457
Kapitalkonsolidierung sukzessiver Erwerb	168	168
<b>Insgesamt</b>	<b>6.125</b>	<b>8.687</b>

e) Rücklage für Währungsumrechnung

Die Rücklage aus der Währungsumrechnung beinhaltet Umrechnungsgewinne und -verluste, die im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstanden sind. Einbezogen wurden dabei Wechselkursdifferenzen aus der Konsolidierung von ausländischen Tochterunternehmen, die nicht in der Berichtswährung bilanzieren.

f) Konzerngewinn

Der Konzerngewinn setzt sich zusammen aus dem Jahresüberschuss nach dem konzernfremden Gesellschaftern zustehendem Ergebnis und dem Gewinnvortrag aus vorangegangenen Geschäftsjahren. Ein Teil des Konzerngewinns soll auch für das Geschäftsjahr 2006 an

die Aktionäre ausgeschüttet werden. Ausschüttungs-bemessungsgrundlage ist nach wie vor das Ergebnis nach Steuern des HGB-Einzelabschlusses der Baader Wertpapierhandelsbank AG. Der Hauptversammlung am 26.06.2007 soll die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von € 0,25 je Aktie vorgeschlagen werden. Bei der derzeit im Umlauf befindlichen Anzahl von Stück 45.493.404 Aktien ergibt sich eine Ausschüttungssumme von T€ 11.373. Im Vorjahr wurde eine Dividende in Höhe von € 0,18 je Aktie ausgeschüttet.

Ein Betrag in Höhe von T€ 15.750 soll in die Gewinnrücklagen eingestellt werden. Der verbleibende Bilanzgewinn wird auf neue Rechnung vorgetragen.

**(46) Bedingtes Kapital**

Das bedingte Kapital ist für die Ausgabe neuer Stückaktien zur Bedienung der Aktienoptionspläne und für die

Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen oder Optionscheinen aus Teilschuldverschreibungen vorgesehen.

Entwicklung des bedingten Kapitals:

	Bedingtes Kapital 01.01.2006 T€	Zugänge T€	Verfall/ Verbrauch T€	Bedingtes Kapital 31.12.2006 T€
Ausgabe von Stückaktien	900	900	0	1.800
Wandelschuldverschreibungen/ Optionsscheine aus Teilschuldverschreibungen	10.000	10.000	0	20.000
<b>Insgesamt</b>	<b>10.900</b>	<b>10.900</b>	<b>0</b>	<b>21.800</b>

In der Hauptversammlung vom 19.07.2006 war eine bedingte Kapitalerhöhung um bis zu nominal € 1.200.000,00 beschlossen worden. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur durch Ausgabe von bis zu 1.200.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahres ihrer Ausgabe und nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Optionsrechten, die im Rahmen des Aktienoptionsplanes 1999 der Baader Wertpapierhandelsbank AG aufgrund der am 18.06.1999 erteilten Ermächtigung ausgegeben werden, von ihren Optionsrechten Gebrauch machen (Bedingtes Kapital 1999).

In der Hauptversammlung vom 19.07.2006 war eine weitere bedingte Kapitalerhöhung um bis zu € 600.000,00 beschlossen worden. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur durch Ausgabe von bis zu 600.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahres ihrer Ausgabe und nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Optionen, die im Rahmen des Aktienoptionsplans 2004 der Baader Wertpapierhandelsbank AG aufgrund der am 14.07.2004 erteilten Ermächtigung ausgegeben werden, von ihren Optionen Gebrauch machen (Bedingtes Kapital 2004).

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 19.07.2006 wurde das Grundkapital um bis zu € 20.000.000,00 bedingt erhöht durch Ausgabe von bis zu 20.000.000 neuen auf den Inhaber lautenden Stückaktien (Bedingtes Kapital 2005). Das bedingte Kapital dient der Gewährung von Rechten an die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandelschuldverschreibungen und/oder aus Optionsscheinen aus Teilschuldverschreibungen, die gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 29.06.2005 bis zum 28.06.2010 von der Baader Wertpapierhandelsbank AG oder durch eine Gesellschaft begeben werden, an der die Baader Wertpapier-

handelsbank AG unmittelbar oder mittelbar mit Mehrheit beteiligt ist. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu dem jeweils festzulegenden Wandel- bzw. Optionspreis. Die bedingte Kapitalerhöhung ist nur insoweit durchzuführen, wie von diesen Rechten Gebrauch gemacht wurde. Die neuen Aktien nehmen von Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Wandel- bzw. Optionsrechten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand wird ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der bedingten Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzusetzen.

In der Hauptversammlung vom 19.07.2006 wurde der neue Aktienoptionsplan 2006 beschlossen und der Vorstand zur Ausgabe von Optionen auf insgesamt bis zu 1.600.000 Aktien der Gesellschaft ermächtigt, wobei die Optionsrechte durch bedingtes Kapital, eigene Aktien oder Barausgleich bedienbar sind. Das ursprünglich vorgesehene und zu TOP 7 Ziffer a) der Hauptversammlung vom 19.07.2006 beschlossene bedingte Kapital konnte jedoch nicht in das Handelsregister eingetragen werden, weil die Gesellschaft die für das Gesamtvolumen ihres bedingten Kapitals geltenden Grenzen bereits ausgeschöpft hatte. Aufgrund der Reduzierung des Gesamtvolumens des bedingten Kapitals in der kommenden Hauptversammlung, besteht in dieser die Möglichkeit, ein neues bedingtes Kapital zu schaffen, um die nach dem Aktienoptionsplan 2006 auszugebenden Optionen zu unterlegen.

Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, die Fassung des § 4 der Satzung entsprechend der jeweiligen Ausnutzung des bedingten Kapitals anzupassen.

#### (47) Genehmigtes Kapital

Datum der Beschlussfassung	Ursprünglicher Betrag	In Vorjahren für Kapitalerhöhungen verbraucht	2005 für Kapitalerhöhungen verbraucht	Befristung ausgelaufen	Verbleibender Betrag	Befristung
10.07.2002	2.295	0	0	0	2.295	09.07.2007
10.07.2002	9.182	0	0	0	9.182	09.07.2007
<b>Gesamt</b>	<b>11.477</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>11.477</b>	

Der Vorstand wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 10.07.2002 ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 09.07.2007 mit Zustimmung des Aufsichtsrates durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe neuer Inhaberaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen um bis zu € 2.295.434,00 zu erhöhen. Mit Zustimmung des Aufsichtsrates ist ein Ausschluss des Bezugsrechtes bei einer Barkapitalerhöhung ganz oder teilweise zulässig, wenn der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien gleicher Ausstattung zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabepreises nicht wesentlich unterschreitet (Genehmigtes Kapital I). Sofern der Vorstand von der Ermächtigung zu diesem Bezugsrechtsausschluss keinen Gebrauch macht, kann er das Bezugsrecht der Aktionäre – mit Zustimmung des Aufsichtsrates – nur ausschließen, um etwaige Spitzenbeträge auszugleichen.

Der Vorstand wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 10.07.2002 ermächtigt, das Grundkapital der Ge-

sellschaft bis zum 09.07.2007 mit Zustimmung des Aufsichtsrates durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe neuer Inhaberaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen um bis zu € 9.181.736,00 zu erhöhen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates über den Ausschluss des Bezugsrechtes der Aktionäre zu entscheiden und die weiteren Einzelheiten der jeweiligen Kapitalerhöhung sowie die Bedingungen der Aktiengabe festzulegen. Ein Ausschluss des Bezugsrechtes ist nur im Rahmen einer Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Erwerb von Beteiligungen, Unternehmen oder Vermögensgegenständen – auch durch Aktientausch – sowie bei Unternehmenszusammenschlüssen sowie zur Vermeidung von Spitzenbeträgen zulässig (Genehmigtes Kapital II).

Die Beschlüsse über das genehmigte Kapital I und das genehmigte Kapital II wurden bis zum 31.12.2006 nicht geändert. Das genehmigte Kapital I beträgt zum 31.12.2006 € 2.295.434,00. Das genehmigte Kapital II beträgt € 9.181.736,00.

#### (48) Fremdwährungsvolumina

Am Bilanzstichtag wurden im Konzern folgende Vermö-

genswerte und Verbindlichkeiten in fremder Währung bilanziert:

	2006 T€	2006 T€
Forderungen an Kreditinstitute	2.213	962
Forderungen an Kunden	55	484
Handelsaktiva	23	0
Available-for-Sale Bestände	396	0
Andere Bilanzposten	54	0
<b>Fremdwährungsaktiva</b>	<b>2.741</b>	<b>1.446</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.244	1.596
Handelspassiva	22	0
Andere Bilanzposten	405	0
<b>Fremdwährungspassiva</b>	<b>1.674</b>	<b>1.596</b>

#### (49) Derivative Geschäfte

Derivative Finanzgeschäfte wurden sowohl zu Handelszwecken als auch zu Absicherungszwecken getätigt. Es handelt sich bis auf eine Ausnahme um börsengehandelte Aktienoptionen und Futures.

	Marktwert 31.12.2006		Marktwert 31.12.2005	
	positiv	negativ	positiv	negativ
Für Handelszwecke benutzte derivative Finanzinstrumente	22.968,87	34.541,97	0,00	0,00
Als Sicherungsinstrumente eingesetzte Derivate für Cash Flow Hedge Accounting	28.510,00	0,00	0,00	140.866,31
<b>Insgesamt</b>	<b>51.478,87</b>	<b>34.541,97</b>	<b>0,00</b>	<b>140.866,31</b>

Bei derivativen Geschäften zu Absicherungszwecken werden vereinnahmte und gezahlte Optionsprämien als Handelsaktiva bilanziert und mit ihrem Nennbetrag bewertet. Marginverpflichtungen und -forderungen aus Futuregeschäften werden ebenfalls als Handelsaktiva bilanziert und zum Nennbetrag bewertet. Der Anspruch oder die Verpflichtungen gegenüber einem Dritten aus einem Indexswap wird als Forderungen an bzw. Verbindlichkeit

gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen und wird auf Basis des zum Bilanzstichtag ermittelten Indexwertes bewertet. Ferner wird der Anspruch oder die Verpflichtung aus dem Indexswap durch ein eigenes Referenz-Portfolio abgesichert, so dass hierdurch eine geschlossene Bewertungseinheit (Cash-Flow Hedge) besteht.

#### Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

#### (50) Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss setzt sich wie folgt zusammen:

	2006	2005
Zinserträge aus	1.429.212,06	452.479,42
- Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.429.212,06	452.479,42
- festverzinslichen Wertpapieren	0,00	0,00
Zinsaufwendungen	-877.769,04	-933.584,63
<b>Insgesamt</b>	<b>551.443,02</b>	<b>-481.105,21</b>

Die Zinsaufwendungen setzen sich im Wesentlichen zusammen aus Zinsaufwendungen für Darlehen in Höhe von € 547.181,24 und Zinsaufwendungen für Kundengelder in Höhe von € 228.551,36.

#### (51) Risikovorsorge für das Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft stellt sich in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns wie folgt dar:

	2006	2005
Zuführungen zur Risikovorsorge	-62.185,55	-2.196,05
Auflösungen	0,00	0,00
<b>Insgesamt</b>	<b>-62.185,55</b>	<b>-2.196,05</b>

## (52) Provisionsüberschuss

	2006	2005
<b>Provisionserträge</b>	<b>51.134.818,00</b>	<b>35.919.083,55</b>
- Courtageerträge	39.133.439,99	28.026.003,93
- Orderrouting	5.857.812,86	2.819.109,19
- Kapitalmarktdienstleistungen	2.008.533,63	1.970.644,46
- Vermittlung Schuldscheindarlehen	1.709.374,83	3.047.924,49
- Vermittlungsprovisionen	1.624.907,18	9.292,27
- Management- und Performance Fee	348.615,95	46.109,21
- Sonstige Provisionserträge	452.133,56	0,00
<b>Provisionsaufwendungen</b>	<b>-14.289.221,18</b>	<b>-11.531.690,63</b>
- Courtageaufwendungen	-1.782.428,09	-2.349.718,34
- Orderrouting	-2.190.910,15	-594.333,06
- Kapitalmarktdienstleistungen	-31.050,00	-35.387,13
- Vermittlung Schuldscheindarlehen	-170.398,63	0,00
- Abwicklungsgebühren	-9.038.796,09	-7.058.639,39
- Sonstige Provisionsaufwendungen	-1.075.638,22	-1.493.612,71
<b>Insgesamt</b>	<b>36.845.596,82</b>	<b>24.387.392,92</b>

## (53) Handelsergebnis

Das Handelsergebnis spiegelt das Ergebnis aus dem Handel mit Wertpapieren und derivativen Finanzinstrumenten wider. Alle Finanzinstrumente des Handelsbestands werden mit dem Marktwert (Fair Value) bewertet. Zur Bewertung börsennotierter Produkte verwenden wir Börsenkurse, für

nicht börsengehandelte Handelsgeschäfte liegen der Bestimmung des Zeitwerts interne Preismodelle zugrunde. Im Handelsergebnis sind, neben den aus Handelsaktivitäten entstandenen realisierten und unrealisierten Ergebnissen, auch die auf diese Geschäfte entfallenden Zins- und Dividendenerträge sowie Refinanzierungskosten enthalten.

	2006	2005
<b>Effektenhandel</b>	<b>49.712.904,24</b>	<b>34.845.753,33</b>
- Zinsen und Dividenden	696.530,55	624.756,48
- Wertpapiere	27.462.734,64	21.049.240,70
- Optionen und Futures	57.191,87	-6.181,59
- Kursdifferenzen	21.496.447,18	13.177.937,74
<b>Devisen</b>	<b>7.704,62</b>	<b>45.204,33</b>
- Umrechnungsdifferenzen aus Fremdwährungstransaktionen	12.638,40	21.137,10
- sonstige	-4.933,78	24.067,23
<b>Insgesamt</b>	<b>49.720.608,86</b>	<b>34.890.957,66</b>

**(54) Ergebnis aus Available-for-Sale Beständen**  
 Im Ergebnis aus Available-for-Sale Beständen werden  
 Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus dem zur

Veräußerung verfügbaren Wertpapierbestand und Betei-  
 ligungen ausgewiesen.

	2006	2005
<b>Zins- und Dividendenerträge</b>	<b>549.326,68</b>	<b>433.503,80</b>
- festverzinsliche Wertpapiere	171.268,11	278.626,40
- Aktien / andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	21.220,48	63.364,30
- Beteiligungen	356.838,09	91.513,10
<b>Gewinn / Verlust aus dem Verkauf von Available-for-Sale Beständen</b>	<b>5.457.809,41</b>	<b>614.969,51</b>
- Aktien / andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	5.457.809,41	614.969,51
- Beteiligungen	0,00	0,00
<b>Wertberichtigungen</b>	<b>-1.000,00</b>	<b>-322.547,75</b>
- Abschreibungen	-1.000,00	-322.547,75
- Zuschreibungen	0,00	0,00
<b>Insgesamt</b>	<b>6.006.136,09</b>	<b>725.925,56</b>

**(55) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen**

	2006	2005
Ergebnisanteil	6.248.211,33	823.665,76
Abschreibung Firmenwert	0,00	0,00
<b>Insgesamt</b>	<b>6.248.211,33</b>	<b>823.665,76</b>

Der Ergebnisanteil setzt sich zusammen aus der Zuschrei-  
 bung bei SPAG und den anteiligen Gewinnen aus den  
 Sondervermögen.

Im Segmentbericht wird das Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen in der Konsolidierungsspalte ausgewiesen.

**(56) Verwaltungsaufwand**

	2006	2005
<b>Personalaufwand</b>	<b>-37.699.767,18</b>	<b>-27.118.221,39</b>
- Löhne und Gehälter	-33.626.516,61	-24.423.165,28
- Soziale Abgaben	-2.573.982,56	-2.210.695,32
- Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-1.499.268,01	-484.360,79
<b>Andere Verwaltungsaufwendungen</b>	<b>-18.712.909,36</b>	<b>-16.151.509,87</b>
<b>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>	<b>-6.744.325,46</b>	<b>-7.141.947,92</b>
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	-386.554,79	-2.899.200,65
- Immobilien	-852.449,70	-936.749,35
- Immaterielle Anlagewerte	-5.505.320,97	-3.305.997,92
<b>Insgesamt</b>	<b>-63.157.002,00</b>	<b>-50.411.679,18</b>

In der Position Löhne und Gehälter sind variable Gehaltsbestandteile in Höhe von T€ 16.367 (Vorjahr T€ 9.282) enthalten. Die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Dotierung der Pensionsrückstellungen (T€ 1.170) sowie die

Aufwendungen aus beitragsorientierten Zusagen (T€ 51) sind in den Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung enthalten.

#### (57) Sonstiges Ergebnis

	2006	2005
Sonstige betriebliche Erträge	2.042.437,86	1.640.913,51
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-12.678.550,15	-425.603,99
<b>Insgesamt</b>	<b>-10.636.112,29</b>	<b>1.215.309,52</b>

Die Sonstigen betrieblichen Erträge umfassen Posten, die anderen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung nicht zugeordnet werden können. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Erträge aus der Verrechnung von geldwerten Vorteilen aus der privaten Nutzung von Firmenwagen und der Gewährung von Aktienoptionen (T€ 1.186), periodenfremde Erträge (T€ 99), Mieterträge (T€ 267) und Erträge aus Sponsoring (T€ 178).

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen nehmen ebenfalls Posten auf, die anderen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung nicht zugeordnet werden können. Sie betreffen vor allem die Dotierung einer Rückstellung in Höhe von T€ 12.078 für die mögliche Inanspruchnahme durch die EdW im Zusammenhang mit der Befriedigung von geschädigten Anlegern aufgrund des Zusammenbruchs der Phoenix Kapitaldienst GmbH. Eine ausführliche Darstellung des Sachverhalts findet sich in Note 41.

#### (58) Ertragsteuern auf das Ergebnis aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit

Die Ertragsteuern teilten sich für das abgelaufene Geschäftsjahr wie folgt auf:

	2006	2005
Laufende Ertragsteuern	-3.712.915,38	-1.445.282,32
Erstattung Körperschaftsteuerguthaben	11.608.564,08	0,00
Latente Steuern	-2.760.065,02	-1.700.548,84
<b>Insgesamt</b>	<b>5.135.583,68</b>	<b>-3.145.831,16</b>

In den latenten Steuern der aktiven Steuerabgrenzungen sind Steueraufwendungen aus der Auflösung von aktivierten Vorteilen aus steuerlichen Verlustvorträgen in Höhe

von T€ 2.541 enthalten, die im Geschäftsjahr genutzt werden konnten (vgl. Note 37).

	2006	2005
Aktive latente Steuern	-2.408.707,98	-938.138,87
Passive latente Steuern	-351.357,04	-762.409,97
<b>Insgesamt</b>	<b>-2.760.065,02</b>	<b>-1.700.548,84</b>

Die latenten Steuern werden im Geschäftsjahr 2006 mit den unternehmensindividuellen Steuersätzen gerechnet.

Die nachfolgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen dem Ergebnis der gewöhnlichen Ge-

schäftstätigkeit sowie den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag im Geschäftsjahr. Der als Basis für die Überleitungsrechnung gewählte, anzuwendende Konzerntragsteuersatz entspricht dem Ertragsteuersatz der Konzern-Mutter.

	2006 T€	2005 T€
<b>Jahresergebnis vor Ertragsteuern nach IAS/IFRS</b>	<b>25.517</b>	<b>11.148</b>
Konzernertragsteuersatz (%)	38,53%	38,58%
<b>Rechnerischer Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr</b>	<b>9.843</b>	<b>4.301</b>
Auswirkungen nicht steuerwirksamer Aufwendungen	1.201	689
Auswirkungen Steuerfreie Erträge	-1.794	-509
Auswirkungen Verlustvorträge	-5.241	-2.446
Auflösung Latente Steuern auf Verlustvorträge	2.541	851
Aktivierung Körperschaftsteuerguthaben	-11.608	0
Auswirkungen von im Geschäftsjahr erfassten Steuern aus Vorjahren	96	243
Sonstige Auswirkungen	-163	17
<b>Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>	<b>-5.136</b>	<b>3.146</b>

#### (59) Ergebnis je Aktie

Das unverwässerte Ergebnis je Aktie ermittelt sich nach IAS 33, indem das Jahresergebnis nach Steuern, abzüglich des auf konzernfremde Gesellschafter entfallenden Ergebnisanteiles, (Zähler) durch die gewichtete Anzahl der sich

während des Berichtsjahres durchschnittlich im Umlauf befindlichen Zahl der Stammaktien (Nenner) dividiert wird. Die Vorjahreswerte wurden aufgrund der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln und dem damit verbundenen Aktiensplitt angepasst.

	2006	2005
Jahresergebnis	30.571.771,54	7.922.477,32
Gewichtete durchschnittliche Anzahl umlaufender Aktien	45.357.287	44.999.440
<b>Ergebnis je Aktie</b>	<b>0,67</b>	<b>0,18</b>

Das verwässerte Ergebnis je Aktie beträgt ebenfalls € 0,67. Die ausübbar, sich „im Geld“ befindlichen, Aktienoptionen (vgl. Note 24), die in die Berechnung der gewichteten durchschnittlichen Anzahl umlaufender Aktien für des verwässerten Ergebnisses je Aktie einfließen, wirken sich betragsmäßig nicht aus.

Es bestehen genehmigte Kapitalien in Höhe von insgesamt € 11.477.170,00 für die das Bezugsrecht der Aktionäre gem. § 203 Abs. 2 AktG ausgeschlossen werden kann (vgl. Note 47). Dieses genehmigte Kapital ist nicht in die Berechnung

des verwässerten Ergebnisses eingegangen, da es keinen verwässernden Einfluss in der gegenwärtigen Periode hat. Da für die Bedienung der Mitarbeiteroptionspläne nach Wahl der Gesellschaft eigene Aktien gewährt werden können, ergeben sich aus den bedingten Kapitalerhöhungen (vgl. Note 46) keine Verwässerungseffekte. Dies gilt auch für die bedingte Kapitalerhöhung durch Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen, da von der Ermächtigung noch kein Gebrauch gemacht wurde.

Das Jahresergebnis unterliegt keinem Verwässerungseffekt.



---

## (60) Segmentberichterstattung

Die Segmentberichterstattung des Konzernabschlusses zum 31.12.2006 der Baader Wertpapierhandelsbank AG wird nach Geschäftsbereichen (business segments) dargestellt. Als primäre Geschäftsbereiche des Konzerns lassen sich vier unterschiedliche Teilaktivitäten voneinander abgrenzen: Skontroführung und Eigenhandel, Vermittlungsgeschäft, Kapitalmarktdienstleistungen und Finanzportfolioverwaltung. In der Spalte „Sonstiges / Konsolidierung“ werden neben Bewegungen, die keinen direkten Bezug zu den vier primären Segmenten haben, bzw. nicht auf deren operative Geschäftstätigkeit entfallen, auch konsolidierungspflichtige Erträge und Aufwendungen des Konzerns ausgewiesen.

Der Geschäftsbereich Skontroführung und Eigenhandel stellt sich folgendermaßen dar: Der Konzern betreut zum Bilanzstichtag 31.12.2006 als Skontroführer 10.128 vorwiegend ausländische Aktienskonten, 7.917 Skonten in Renten und Genussscheinen, 101.705 Skonten für Optionscheine, Zertifikate und ETFs sowie 829 Skonten für Fonds. Aufgabe des Skontroführers ist es, für das betreute Wertpapier Börsenpreise festzustellen und gegebenenfalls durch Selbsteintritt (Eigenhandel) für zusätzliche Liquidität zu sorgen.

Im Bereich Vermittlungsgeschäft tritt der Konzern als Makler zwischen in- und ausländischen Kreditinstituten und Finanzdienstleistungsinstituten für alle an einer deutschen Börse notierten Wertpapiere auf. Des Weiteren wird über die Baader Service Bank GmbH institutionellen und privaten Anlegern auch über elektronische Systeme der Zugang zu in- und ausländischen Börsenplätzen ermöglicht. Schwerpunkt ist hier der Handel von börsengehandelten Derivaten. Die Baader Heins & Seitz Capital Management AG vermittelt Schuldscheindarlehen zwischen institutionellen Investoren. Für ihre Vermittlungstätigkeit bzw. Dienstleistung erhält die jeweilige Gesellschaft Provisionen. Die Geschäftsabwicklung erfolgt ausschließlich über Kreditinstitute.

Im Rahmen der Kapitalmarktdienstleistungen platziert der Konzern im eigenen Namen und für eigene Rechnung Wertpapiere an Kreditinstitute, teilweise unter Einschaltung eines Übernahmekonsortiums. Zusätzlich bietet die Baader Wertpapierhandelsbank AG Unternehmen Dienstleistungen und Beratung in allen Bereichen des Kapitalmarkts sowie bei der Durchführung von Kapitalmaßnahmen an. Das früher aktiv betriebene Beteiligungsgeschäft wird im Baader-Konzern nicht mehr verfolgt. Noch bestehende Engagements in börslichen und außerbörslichen Kapitalgesellschaften aus dem In- und Ausland werden im Segment Kapitalmarktdienstleistungen bis zur Veräußerung wertsteigernd betreut.

Der Bereich Finanzportfolioverwaltung konnte im Geschäftsjahr 2006 neu aufgebaut werden. Die Finanzportfolioverwaltung umfasst die Verwaltung einzelner in Finanzinstrumenten angelegter Vermögen für andere mit Entscheidungsspielraum. Die Baader Service Bank bietet Dienstleistungen in Funktion als Investment Manager für Alternative Investments an. Ebenso in diesem Geschäftsfeld enthalten ist die Geschäftstätigkeit der Conservative Concept Portfolio Management AG und der Conservative Concept AG, deren Schwerpunkt auf der Konzeption und Umsetzung von alternativen Anlagestrategien liegt und auf den Einsatz von Futures und Optionen in Form von Single Hedgefonds, Managed Accounts und Zertifikate spezialisiert sind.

Aufgliederung nach Unternehmensbereichen, 2006 und Vorjahr

Geschäftsjahr 2006	Skontroführung und Eigenhandel
Zinsergebnis	-88.033,20
Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	0,00
Zinsergebnis nach Risikovorsorge	-88.033,20
Provisionsergebnis	27.271.409,18
Handelsergebnis	44.146.079,41
Ergebnis aus Available-for-Sale Beständen	418.098,59
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	0,00
Ergebnis aus Finanzgeschäft	44.564.178,00
Direkt zuordenbarer Verwaltungsaufwand	-28.827.515,11
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-10.289.663,19
<b>Ergebnis nach direkt zuordenbaren Erträgen/Aufwendungen</b>	<b>32.630.375,68</b>
Indirekt zuordenbarer Verwaltungsaufwand	-14.609.116,84
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>18.021.260,57</b>
Segmentvermögen in T€	110.504
Segmentverbindlichkeit in T€	35.633
Risikoaktiva in T€	130.523
Allokiertes Kapital in T€	93.675
Rentabilität des allokierten Kapitals bezogen auf Gewinn vor Steuern	19,2 %
Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte in der Berichtsperiode in T€	1.206
Planmäßige Abschreibungen auf das Segmentvermögen in T€	5.424
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	93

Geschäftsjahr 2005	Skontroführung und Eigenhandel
Zinsergebnis	-648.760,82
Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	-4.388,85
Zinsergebnis nach Risikovorsorge	-653.149,67
Provisionsergebnis	16.866.635,13
Handelsergebnis	31.738.818,28
Ergebnis aus Available-for-Sale Beständen	437.802,12
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	0,00
Ergebnis aus Finanzanlagen	0,00
Direkt zuordenbarer Verwaltungsaufwand	-22.074.337,11
Sonstiges betriebliches Ergebnis	1.108.103,99
<b>Ergebnis nach direkt zuordenbaren Erträgen/Aufwendungen</b>	<b>27.423.872,74</b>
Indirekt zuordenbarer Verwaltungsaufwand	-12.488.079,99
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>14.935.792,75</b>
Segmentvermögen in T€	91.854
Segmentverbindlichkeit in T€	23.140
Risikoaktiva in T€	118.253
Allokiertes Kapital in T€	82.146
Rentabilität des allokierten Kapitals bezogen auf Gewinn vor Steuern	18,2%
Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte in der Berichtsperiode in T€	1.152
Planmäßige Abschreibungen auf das Segmentvermögen in T€	5.993
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	89

Das im Segmentbericht ausgewiesene allokierte Kapital entspricht dem bilanziellen Konzerneigenkapital.

Vermittlungsgeschäft	Kapitalmarktdienstleistungen	Finanzportfolioverwaltung	Sonstiges/Konsolidierung	Konzern
136.571,96	27.026,18	475.878,08	0,00	551.443,02
29.339,77	3.250,00	29.595,78	0,00	62.185,55
107.232,19	23.776,18	446.282,30	0,00	489.257,47
6.217.248,40	1.960.906,23	1.674.756,06	-278.723,05	36.845.596,82
5.345.863,31	437.631,73	12.401,36	-221.366,95	49.720.608,86
0,00	11.480.274,29	29.387,06	-5.921.623,85	6.006.136,09
0,00	0,00	0,00	6.248.211,33	6.248.211,33
5.345.863,31	11.917.906,02	41.788,42	105.220,53	61.974.956,28
-7.705.841,78	-1.033.681,61	-1.271.724,79	0,00	-38.838.763,29
-71.044,22	46.630,45	44.722,57	-366.757,90	-10.636.112,29
<b>3.893.457,90</b>	<b>12.915.537,27</b>	<b>935.824,56</b>	<b>-540.260,42</b>	<b>49.834.934,99</b>
-7.012.485,91	-1.637.594,64	-1.462.390,95	403.347,90	-24.318.238,71
<b>-3.119.028,01</b>	<b>11.277.942,63</b>	<b>-526.566,39</b>	<b>-136.912,52</b>	<b>25.516.696,28</b>
49.149	35.605	15.639		210.897
47.971	4.320	2.056		89.980
34.063	25.194	7.595		197.375
42.368	10.510	6.074		152.626
-7,4 %	107,3 %	-8,7 %		16,7 %
643	139	2.351		4.357
1.096	139	85		6.744
48	7	10	94	252

Vermittlungsgeschäft	Kapitalmarktdienstleistungen	Sonstiges/Konsolidierung	Konzern
162.202,81	5.452,80	0,00	-481.105,21
2.192,80	0,00	0,00	-2.196,05
164.395,61	5.452,80	0,00	-483.301,26
6.040.666,12	1.941.681,67	-461.590,00	24.387.392,92
3.222.098,66	-413.459,28	343.500,00	34.890.957,66
89.297,23	1.092.991,97	-894.165,76	725.925,56
0,00	0,00	823.665,76	823.665,76
0,00	0,00	0,00	0,00
-9.518.469,99	-757.194,97	261.910,08	-32.088.091,99
267.178,39	40.347,22	-200.320,08	1.215.309,52
<b>265.166,02</b>	<b>1.909.819,41</b>	<b>-127.000,00</b>	<b>29.471.858,17</b>
-4.737.726,85	-1.097.780,36	0,00	-18.323.587,20
<b>-4.472.560,83</b>	<b>812.039,05</b>	<b>-127.000,00</b>	<b>11.148.270,97</b>
34.401	27.458	0	153.713
28.064	1.984	0	53.188
23.708	21.455	0	163.416
37.727	7.217		127.090
-11,9%	11,3%		8,8%
600	97	0	1.849
1.019	130	0	7.142
49	7	75	220

---

## Sonstige Angaben

### (61) Risikoberichterstattung

Bezüglich der Angaben zu Marktpreisrisiken und Kreditrisiken verweisen wir auf die Ausführungen des Risikobe-

richts, welcher Bestandteil des Konzern-Lageberichts ist. Nennenswerte Zinsänderungsrisiken bestehen im Konzern zum 31.12.2006 nicht.

---

### (62) Außerbilanzielle Verpflichtungen

Die außerbilanziellen Verpflichtungen enthalten potenzielle zukünftige Verbindlichkeiten des Konzerns, die Kunden eingeräumt aber noch nicht in Anspruch genom-

men wurden. Die Inanspruchnahme dieser Verbindlichkeiten ist, wie durch die bilanzielle Behandlung bereits verdeutlicht, nicht wahrscheinlich.

	31.12.2006	31.12.2005
<b>Eventualverbindlichkeiten</b>		
- Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	170.000,00	170.000,00
- Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	0,00	0,00
<b>Unwiderrufliche Kreditzusagen</b>		
- Buchkredite an Kunden	2.315.866,96	1.367.564,48

---

### (63) Wertpapierleihegeschäfte

Wertpapierleihegeschäfte werden mit Kreditinstituten getätigt, um dem Bedarf zur Erfüllung von Lieferverpflichtungen nachzukommen. Verleihte Wertpapiere werden in der Bilanz unter den Handelsaktiva oder unter den Available-for-Sale Beständen ausgewiesen, während entliehene

Wertpapiere nicht bilanziert werden. Die aus Wertpapierleihegeschäften resultierenden Aufwendungen und Erträge wurden, soweit sie das abgelaufene Geschäftsjahr betreffen, in der Gewinn- und Verlustrechnung laufzeitgerecht im Provisionsergebnis berücksichtigt.

	31.12.2006	31.12.2005
Verleihte Wertpapiere	84.285,00	0,00
Entliehene Wertpapiere	14.087,50	291.812,26

---

### (64) Treuhandgeschäfte

Die in der Bilanz nicht auszuweisenden Treuhandgeschäfte hatten am Bilanzstichtag einen Umfang von T€ 190.

---

### (65) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es bestehen finanzielle Verpflichtungen aus Mietverträgen für Büroräume und PKW-Stellplätze von insgesamt T€ 1.523 mit Restlaufzeiten zwischen 7 und 52 Monaten.

Daneben bestehen Verpflichtungen aus Kraftfahrzeugleasingverträgen und Leasingverträgen über Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von T€ 7.652 mit Restlaufzeiten zwischen 3 und 52 Monaten. Davon entfallen T€ 2.730 auf das Laufzeitband bis zu einem Jahr und T€ 4.922 auf den Zeitraum 1 Jahr bis 5 Jahre.

---

### (66) Sicherheiten

Zum Bilanzstichtag waren im Konzern die folgenden finanziellen Vermögenswerte als Sicherheiten für Verbindlichkeiten hinterlegt oder verpfändet:

	31.12.2006	31.12.2005
Forderungen an Kreditinstitute	5.690.179,51	2.554.900,00
Forderungen an Kunden	0,00	381.097,16
Handelsaktiva/Available-for-Sale Bestände	12.205.671,15	8.844.782,00
Sonstige Vermögensgegenstände	2.862,48	511,28
<b>Insgesamt</b>	<b>17.898.713,14</b>	<b>11.781.290,44</b>

Die Sicherheiten wurden im Wesentlichen für die Durchführung des Wertpapierhandels, Wertpapierleihegeschäfte und Rückdeckung von Pensionsverpflichtungen gestellt.

Vom Konzernunternehmen Baader Service Bank GmbH werden Lombardkredite zum Kauf von Wertpapieren oder zur Abdeckung von Sicherheitsleistungen (Marginanforderungen) von über die Bank abgewickelten Börsentermingeschäften eingeräumt. Sie werden in der Regel für eine

Laufzeit von 6 Monaten zur Verfügung gestellt. Die Lombardkredite werden durch werthaltige Sicherheiten, in der Regel durch die Verpfändung von Wertpapieren, unterlegt. Der beizulegende Zeitwert der von der Baader Service Bank GmbH in Pfand genommenen Wertpapiere betrug zum 31.12.2006 € 3.376.787,36.

---

### (67) Fremdkapitalkosten

Kosten für Fremdkapital werden in der Periode als Aufwand erfasst, in der sie angefallen sind.

---

### (68) Marktwert (Fair Value) von Finanzinstrumenten

Die einzelnen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind mit ihrem Marktwert (Fair Value) bewertet. Der Marktwert (Fair Value) ist der Betrag, zu dem Finanzinstrumente am Bilanzstichtag zu fairen Bedingungen verkauft oder gekauft werden können. Dabei wurden, sofern Börsenkurse (zum Beispiel für Wertpapiere) vorhanden waren, diese zur Bewertung verwandt. War kein Marktpreis zu ermitteln, wurde interne Bewertungsmodelle mit aktuellen Marktparametern herangezogen. Für Forderungen und Ver-

bindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr wurde der Marktwert (Fair Value) aus Vereinfachungsgründen dem Bilanzwert gleichgesetzt. Zum Stichtag 31.12.2006 sind in der Bilanz keine erkennbaren stillen Reserven oder stillen Lasten enthalten.

### (69) Restlaufzeitengliederung

Die nach Restlaufzeiten untergliederte Bilanz des Konzerns zum Bilanzstichtag 2006 ergibt folgendes Bild:

	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	ohne Ablauf	Summe
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
<b>Aktiva</b>						
Barreserve	485	0	0	0	0	485
Forderungen an Kreditinstitute	63.439	0	0	0	0	63.439
Forderungen an Kunden	10.891	2.072	93	0	0	13.056
Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	-110	0	0	0	0	-110
Handelsaktiva	45.467	2.021	1.525	0	0	49.013
Available-for-Sale Bestände	0	3.573	396	0	19.299	23.268
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	0	0	0	0	11.789	11.789
Sachanlagen	0	0	0	0	21.498	21.498
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0	17.412	17.412
Geschäftswerte	0	0	0	0	4.160	4.160
Ertragsteueransprüche	18	0	4.644	6.965	0	11.627
Sonstige Aktiva	3.906	0	882	1.472	116	6.376
Aktive latente Steuern	0	0	25.576	0	0	25.576
<b>Summe Aktiva</b>	<b>124.096</b>	<b>7.666</b>	<b>33.116</b>	<b>8.437</b>	<b>74.274</b>	<b>247.589</b>
<b>Passiva</b>						
Verbindlichkeiten gegenüber Kredi- tinstututen	13.423	0	13.021	0	0	26.444
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	31.999	0	0	0	0	31.999
Handelsspassiva	0	0	0	0	35	35
Rückstellungen	0	13.044	0	0	6.412	19.456
Ertragsteuerverpflichtungen	0	1.642	0	0	0	1.642
Sonstige Passiva	5.141	6.409	0	0	0	11.550
Passiva latente Steuern	1.693	1.377	361	406	0	3.837
Eigenkapital	0	0	0	0	152.626	152.626
<b>Summe Passiva</b>	<b>52.256</b>	<b>22.472</b>	<b>13.382</b>	<b>406</b>	<b>159.073</b>	<b>247.589</b>

Im folgenden wird die Bilanz des Konzerns zum  
31.12.2005 nach Restlaufzeiten untergliedert dargestellt:

	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	ohne Ablauf	Summe
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
<b>Aktiva</b>						
Barreserve	2.586	0	0	0	0	2.586
Forderungen an Kreditinstitute	24.057	0	0	0	0	24.057
Forderungen an Kunden	2.916	0	0	0	0	2.916
Risikovorsorge für das Kreditge- schäft	-23	0	0	0	0	-23
Handelsaktiva	32.457	0	1.583	0	0	34.040
Available-for-Sale Bestände	0	14.152	3.649	6.687	5.253	29.741
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	0	0	0	0	13.818	13.818
Sachanlagen	0	0	0	0	22.476	22.476
Immaterielle Vermögensgegen- stände	0	0	0	0	19.030	19.030
Geschäftswerte	0	0	0	0	2.581	2.581
Ertragsteueransprüche	0	126	0	0	0	126
Sonstige Aktiva	2.956	543	0	0	1.669	5.168
Aktive latente Steuern	0	0	27.905	0	43	27.948
<b>Summe Aktiva</b>	<b>64.949</b>	<b>14.821</b>	<b>33.137</b>	<b>6.687</b>	<b>64.870</b>	<b>184.464</b>
<b>Passiva</b>						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.605	0	13.539	0	0	21.144
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	16.911	0	0	0	0	16.911
Rückstellungen	0	1.702	0	0	5.242	6.944
Ertragsteuer- verpflichtungen	0	341	0	0	0	341
Sonstige Passiva	3.069	5.212	0	0	0	8.281
Passiva latente Steuern	1.161	2.458	134	0	0	3.753
Eigenkapital	0	0	0	0	127.090	127.090
<b>Summe Passiva</b>	<b>28.746</b>	<b>9.713</b>	<b>13.673</b>	<b>0</b>	<b>132.332</b>	<b>184.464</b>

### (70) Honorar des Abschlussprüfers

Das Honorar des Abschlussprüfers für das Berichtsjahr ist

gemäß § 315a Abs. 1 HGB zusätzlich zu den nach IAS/IFRS geltenden Vorschriften im Jahresabschluss anzugeben.

	2006 €	2005 €
Abschlussprüfung	418.650,00	346.110,00
Sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	39.440,00	0,00
Steuerberatungsleistungen	82.920,41	72.790,93
Sonstige Leistungen	30.044,00	31.106,30
<b>Insgesamt</b>	<b>571.054,41</b>	<b>450.007,23</b>

### (71) Mitarbeiter

Im Berichtsjahr waren im Konzern der Baader Wertpapierhandelsbank AG durchschnittlich 252 Mitarbeiter beschäftigt (im Vorjahr 226 Mitarbeiter). Zum Bilanzstichtag waren 266 Mitarbeiter angestellt. Davon waren 165 Mitarbeiter

in handelsbezogenen Bereichen tätig und 101 Mitarbeiter in Abteilungen der Verwaltung. Die Konzern-Belegschaft setzt sich aus 70 Arbeitnehmerinnen und 196 Arbeitnehmern zusammen, die aus 12 Nationen stammen.

### (72) Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Die Hauptversammlung der Baader Wertpapierhandelsbank AG hat am 19.07.2006 wie folgt beschlossen: „Eine Offenlegung der Bezüge und sonstigen empfangenen Leistungen jedes einzelnen Vorstandsmitglieds (§ 285 S. 1 Nr. 9 lit. A S.5 bis 9 HGB und § 314 I Nr. 6 lit. a S. 5 bis 9 HGB) erfolgt für die Geschäftsjahre 2006 bis 2010 weder im Jahres- noch im Konzernabschluss.“ Damit ist auch auf gesetzlicher Grundlage eine individualisierte Offenlegung der Vorstandsbezüge nicht mehr möglich. Daneben weisen Vorstand und Aufsichtsrat auch noch in der jährlichen Entsprechenserklärung gem. § 161 AktG darauf hin, dass eine Abweichung von der Empfehlung zur individuellen Offenlegung der Vergütung der Mitglieder des Vorstands gem. Punkt 4.2.4. des Deutschen Corporate Governance Kodex in Zukunft nicht mehr erklärt werden muss.

den festen Bezügen auch variable, erfolgsabhängige Komponenten sowie Bestandteile mit langfristiger Anreizwirkung. Alle Vergütungsbestandteile werden vom Aufsichtsrat festgelegt. Im Geschäftsjahr 2006 sind nach dem Zuflussprinzip (ausgezahlt im Jahr 2006) für die Mitglieder des Vorstandes als Gesamtvergütung T€ 1.858 auszuweisen. Hierin enthalten sind T€ 116 Sachbezüge, die steuerlich als geldwerte Vorteile zu behandeln sind. Die Gesamtvergütung enthält in gegebenen Fällen auch die für das Geschäftsjahr gewährten Vergütungen für die Übernahme von Organfunktionen bei konsolidierten Tochterunternehmen (T€ 12). Auf Basis handels- und bilanzrechtlicher Periodenabgrenzung und unter der Voraussetzung, dass der Jahresabschluss der Baader Wertpapierhandelsbank AG für das Geschäftsjahr 2006 in der vorliegenden Form festgestellt wird, ergibt sich für das Geschäftsjahr 2006 eine variable Vergütung (Auszahlung erfolgt in 2007) in Höhe von T€ 644.

Die Vergütung von Vorstandsmitgliedern umfasst neben

Nach dem Zuflussprinzip:

	2006 €	2005 €
Vorstand		
- fixe Vergütung	1.472.587,00	1.773.855,10
- variable Vergütung	257.983,24	146.921,00
<b>Insgesamt</b>	<b>1.730.570,24</b>	<b>1.920.776,10</b>



Die Mitglieder des Vorstandes erhalten neben ihren fixen Bezügen und der ergebnisabhängigen variablen Vergütung auch Optionsrechte aus dem Aktienoptionsplan der Baader Wertpapierhandelsbank AG (vgl. Note 24). An den Vorstand wurden im Geschäftsjahr 2006

insgesamt 75.000 Stück Aktienoptionen ausgegeben. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Aktienoptionen der Vorstandsmitglieder für die Geschäftsjahre 2000 bis 2005.

	2005	2004	2003	2002	2001	2000	Gesamt
Gewährte Optionen	75.000	75.000	103.000	170.000	172.000	83.804	678.804
Ausübungspreis	6,02	2,34	2,96	1,12	2,14	5,30	-
Verwirkte Optionen	0	0	0	19.000	58.000	37.714	114.714
Ausgeübte Optionen	0	0	43.000	137.000	84.000	15.240	279.240
<b>Ausstehende Optionen</b>	<b>75.000</b>	<b>75.000</b>	<b>60.000</b>	<b>14.000</b>	<b>30.000</b>	<b>30.850</b>	<b>284.850</b>
<b>Ausübbar Optionen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>60.000</b>	<b>14.000</b>	<b>30.000</b>	<b>30.850</b>	<b>134.850</b>
Restlaufzeit (in Monaten)	77	65	53	40	28	16	-

Für zwei Vorstandsmitglieder und ein ehemaliges Mitglied des Vorstands sieht die Bank eine Altersversorgung vor. Die danach zum 31.12.2006 bestehenden Pensionsverpflichtungen (DBO) nach IAS für aktive Vorstandsmitglieder und ehemalige Mitglieder des Vorstands belaufen sich auf € 8.075.341 (Vorjahr T€ 7.097).

Die Transparenzvorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex basierend auf den gesetzlichen Vorschriften des § 15a WpHG, erfordern Anhangsangaben von Geschäften der Mitglieder des Vorstandes in Baaderbank-Aktien und Optionen. Nach § 15a WpHG sind Käufe und Verkäufe durch Mitglieder des Vorstands mitteilungs- und veröffentlichungspflichtig, die eine Jahresfreigrenze von € 5.000,00 übersteigen. Die Gesellschaft veröffentlicht diese auf ihrer Internetseite. Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 1 Kauf (3.000 Stück mit einem Gegenwert von € 14.100,00) und 1 Verkauf (8.800 Stück mit einem Gegenwert von € 50.737,30) gemeldet.

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG steht im Mehrheitsbesitz der Baader Beteiligungs GmbH, München. Im abgelaufenen Geschäftsjahr kam es zu keinen Geschäften zwischen den beiden Gesellschaften. Die Anteile von Herrn Uto Baader an der Baader Wertpapierhandelsbank AG werden über die Baader Immobilienverwaltungs GmbH & Co. KG (2.492.788 Stück) und die Baader Beteiligungs GmbH (28.104.000 Stück) gehalten. Darüber hinaus hält Herr Uto Baader 137.512 Aktien im Privatbesitz. Insgesamt entsprechen die Anteile von Herrn Uto Baader 66,95 % des Gezeichneten Kapitals der Baader Wertpapierhandelsbank AG. Darüber hinaus besitzt kein Vorstandsmitglied am 31.12.2006 mehr als 1 % am Grundkapital der Baader Wertpapierhandelsbank AG. Zum 31.12.2006 hielten die Mitglieder des

Vorstands insgesamt 30.860.968 Aktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG.

Die Gesellschaft unterhält eine so genannte D&O Versicherung. Sie wird auf ein Jahr abgeschlossen und jährlich verlängert. Die Versicherung deckt das persönliche Haftungsrisiko für den Fall ab, dass die Mitglieder des Vorstands bei Ausübung ihrer Führungstätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen werden. Die Mitglieder des Vorstands haben keinen Selbstbehalt im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex. Die Gesellschaft ist nicht der Meinung, dass ein Selbstbehalt die Motivation und Verantwortung der Mitglieder des Vorstands für ihre Aufgaben verbessert.

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in § 13 der Satzung der Baader Wertpapierhandelsbank geregelt. Entsprechend dieser Bestimmung erhalten die Aufsichtsratsmitglieder neben dem Ersatz ihrer Auslagen eine Vergütung, die aus einem festen und einem variablen Anteil besteht. Dabei ist die Höhe der variablen Vergütung abhängig vom Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Konzerns. Sie beträgt für die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder zwischen 0,09 % und 0,18 %. Im Einzelnen darf die Vergütung des einzelnen Aufsichtsratsmitglieds das Dreifache der Grundvergütung nicht überschreiten.

Die feste Vergütung wird im letzten Monat des Geschäftsjahres ausbezahlt. Die variable Vergütung ist nach der ordentlichen Hauptversammlung, die über die Verwendung des Bilanzgewinns des betreffenden Geschäftsjahres beschließt, zahlbar.

Für das Geschäftsjahr 2006 ergab sich für den Aufsichtsrat folgende Vergütung nach dem Zuflussprinzip:

	2006 €	2005 €
Aufsichtsrat (ohne Ersatz von Auslagen)		
- fixe Vergütung	174.000,00	185.600,00
- variable Vergütung	87.290,93	31.691,50
<b>Insgesamt</b>	<b>261.290,93</b>	<b>217.291,50</b>

Unter der Voraussetzung, dass die Hauptversammlung der Baader Wertpapierhandelsbank AG den Jahresabschluss 2006 in der vorliegenden Form feststellen wird, ergibt sich eine variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2006 in Höhe von insgesamt € 204.828,75.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten für ihre Aufsichtsratsstätigkeit keine Aktienoptionen oder andere aktienbasierte Vergütungen. Sofern Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat Aktienoptionen nach den Bedingungen des von der Hauptversammlung am 14.07.2004 beschlossenen Ak-

tionoptionsplanes erhalten, resultieren diese Leistungen aus ihrer Stellung als Arbeitnehmer der Baader Wertpapierhandelsbank AG und sind von ihrer Aufsichtsratsstätigkeit unabhängig.

Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat erhielten als Arbeitnehmer der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2006 insgesamt 2.400 Stück Aktienoptionen. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Aktienoptionen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat für die Geschäftsjahre 2000 bis 2005.

	2005	2004	2003	2002	2001	2000	Gesamt
Gewährte Optionen	2.440	2.640	2.800	4.000	5.200	1.590	18.670
Ausübungspreis	6,02	2,34	2,96	1,12	2,14	5,30	-
Verwirkte Optionen	0	0	0	0	0	0	0
Ausgeübte Optionen	0	0	0	4.000	5.200	0	9.200
<b>Ausstehende Optionen</b>	<b>2.440</b>	<b>2.640</b>	<b>2.800</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1.590</b>	<b>9.470</b>
<b>Ausübbar Optionen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>2.800</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1.590</b>	<b>4.390</b>
Restlaufzeit (in Monaten)	77	65	53	40	28	16	-

Der Geldwert der Aktienoptionen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, die in 2005 Aktienoptionen als Arbeitnehmer der Gesellschaft erhalten haben, beträgt € 2.433,90 (Vorjahr € 1.135,20). Der Geldwert wurde dabei nach dem Black-Scholes-Optionspreismodell bestimmt. Der Geldwert beträgt 0,9975 pro Aktie (Vorjahr 0,43 pro Aktie).

Die Transparenzvorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex basierend auf den gesetzlichen Vorschriften des § 15a WpHG, erfordern Anhangsangaben von Geschäften der Mitglieder des Aufsichtsrats in Baaderbank-Aktien und Optionen. Nach § 15a WpHG sind Käufe und Verkäufe durch Mitglieder des Aufsichtsrats mitteilungs- und veröffentlichungspflichtig, die eine Jahresfreigrenze von € 5.000,00 übersteigen. Die Gesellschaft veröffentlicht diese Transaktionen auf ihrer Internetseite. Im Geschäftsjahr wurden insgesamt keine Käufe oder Verkäufe der Mitglieder des Aufsichtsrats gemeldet.

Kein Aufsichtsratsmitglied besitzt am 31.12.2006 mehr als 1 % am Grundkapital der Baader Wertpapierhandelsbank

AG. Zum 31.12.2006 hielten die Mitglieder des Aufsichtsrats insgesamt 13.200 Aktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG.

Die Gesellschaft unterhält eine so genannte D&O Versicherung. Sie wird auf ein Jahr abgeschlossen und jährlich verlängert. Die Versicherung deckt das persönliche Haftungsrisiko für den Fall ab, das die Mitglieder des Aufsichtsrats bei Ausübung ihrer Tätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen wird. Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben keinen Selbstbehalt im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex. Die Gesellschaft ist nicht der Meinung, dass ein Selbstbehalt die Motivation und Verantwortung der Mitglieder des Aufsichtsrats für ihre Aufgaben verbessert.

Zum Bilanzstichtag stellte sich der Gesamtbetrag der gewährten Kredite wie folgt dar:

	2006 €	2005 €
Vorstand	113.813,63	87.108,79
Aufsichtsrat	32.945,76	2.277,56

Kredite an Vorstände wurden im Geschäftsjahr 2006 mit Restlaufzeiten zum 31.12.2006 von 6 bis 8 Monaten sowie einem Zinssatz von 5 % gewährt. Die Kredite an Mitglieder des Aufsichtsrats (diese beinhalten auch die Kredite an die

Arbeitnehmervertreter in diesem Gremium) wurden im Geschäftsjahr 2006 mit Restlaufzeiten zum 31.12.2006 von 2 bis 5 Monaten sowie einem Zinssatz von 5 % gewährt.

### (73) Patronatserklärung

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG hat die Verpflichtung übernommen, dafür Sorge zu tragen, dass die Baader Service Bank GmbH (BSB), die als 100%iges Tochterunternehmen in den Konzernabschluss einbezogen wurde, in der Zeit in der sie als Portfoliomanager für Sondervermögen der Citigroup Investment Deutschland Kapitalanlagegesellschaft mbH (CID) ernannt und tätig ist, in der Weise geleitet und finanziell ausgestattet wird, dass sie ihren Verbindlichkeiten aus dem Vertragsverhältnis zwischen CID und BSB und Ansprüchen aus unerlaubter Handlung der BSB

der CID gegenüber fristgemäß nachkommt. Die Haftung der Baader Wertpapierhandelsbank AG ist hierbei auf einen Betrag von € 10 Mio. begrenzt.

Ferner übernimmt die Baader Wertpapierhandelsbank AG ebenfalls für ihre Tochtergesellschaft Baader Service Bank GmbH die Haftung für deren Verbindlichkeiten aus dem Vertragsverhältnis BSB zu J.P. Morgan Securities Ltd. (JPM) in Höhe von max. € 20 Mio. Zwischen BSB und JPM besteht eine vertragliche Vereinbarung zur Abwicklung von Fremdwährungstermingeschäften.

### (74) Corporate Governance Kodex

Die Entsprechenserklärung der Gesellschaft wurde von Vorstand und Aufsichtsrat im November/Dezember 2006 abgegeben und den Aktionären dauerhaft zugänglich gemacht. Dies erfolgte durch Einstellung der Entsprechens-

erklärung auf der Internetseite der Gesellschaft am 12. Dezember 2006 und Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger am 20. Dezember 2006.

---

(75) Organe der Baader Wertpapierhandelsbank AG

*Vorstand*

**Herr Uto Baader, München**

- Vorsitzender des Vorstands der Baader Wertpapierhandelsbank AG, Unterschleissheim
- Geschäftsführer der Baader Beteiligungs GmbH, München
- Mitglied des Aufsichtsrates der Baader Management AG, Unterschleissheim
- Mitglied des Verwaltungsrates der Medi-Globe Corp., Tempe AZ, USA
- Mitglied des Aufsichtsrates der Bayerischen Börse AG, München
- Vorsitzender des Börsenrates der Börse München, München
- Vorsitzender des Verwaltungsrates der Parsoli Corporation Ltd., Mumbai, Indien (seit 20.05.2006)

**Herr Dieter Brichmann, Penzberg**

- Mitglied des Vorstands der Baader Wertpapierhandelsbank AG, Unterschleissheim
- Mitglied der Geschäftsführung der Baader Service Bank GmbH, Unterschleissheim
- Vorsitzender des Aufsichtsrates der Baader Management AG, Unterschleissheim
- Vorsitzender des Aufsichtsrates der Baader Heins & Seitz Capital Management AG, Unterschleissheim (seit 18.07.2006)
- Vorsitzender des Aufsichtsrates der Conservative Concept Portfolio Management AG, Bad Homburg (seit 25.10.2006)

**Herr Stefan Hock, München**

- Mitglied des Vorstands der Baader Wertpapierhandelsbank AG, Unterschleissheim
- Mitglied des Aufsichtsrates der Baader Management AG, Unterschleissheim
- Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Mox Telecom AG, Ratingen (bis 31.10.2006)
- Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der e-m-s new media AG, Dortmund

**Herr Dieter Silmen, Baldham**

- Mitglied des Vorstands der Baader Wertpapierhandelsbank AG, Unterschleissheim
- Mitglied des Börsenrats der Börse Stuttgart, Stuttgart
- Mitglied des Börsenrats der Börse Berlin-Bremen, Berlin
- Mitglied des Skontroführerausschusses der Börse München, München

**Herr Christopher Schütz, Starnberg**

- Mitglied des Vorstands der Baader Wertpapierhandelsbank AG, Unterschleissheim (seit 01.10.2006)

## *Aufsichtsrat*

**Herr Dr. Horst Schiessl, München**

Alter: 64 Jahre

Beruf: Rechtsanwalt

Im AR seit: 26.02.1999

- Vorsitzender des Aufsichtsrates der Baader Wertpapierhandelsbank AG, Unterschleissheim
- Vorsitzender des Aufsichtsrates der Softing AG, Haar b. München
- Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der SPAG St. Petersburg Immobilien und Beteiligungs AG, Darmstadt
- Mitglied des Aufsichtsrates der Dussmann AG & Co. KGaA, Berlin
- Vorsitzender des Beirates der Trion Pharma GmbH, München
- Mitglied des Aufsichtsrates der System Consult AG, München (seit 19.10.2006)

**Herr Dr. Christoph Niemann, Meerbusch**

Alter: 69 Jahre

Beruf: Bankier

Im AR seit: 10.07.2002

- Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Baader Wertpapierhandelsbank AG, Unterschleissheim
- Mitglied des Aufsichtsrates der HSBC Trinkaus & Burkhard KGaA, Düsseldorf (bis September 2006)
- Mitglied des Verwaltungsrates der HSBC Trinkaus & Burkhard AG, Düsseldorf (seit September 2006)

**Herr Dr. Norbert Juchem, München**

Alter: 54 Jahre

Beruf: Unternehmensberater

Im AR seit: 15.07.2003

**Herr Helmut Schreyer, München**

Alter: 64 Jahre

Beruf: Bankier

Im AR seit: 14.07.2004

- Vorsitzender des Verwaltungsrats der Oldenbourg GmbH & Co. KG, München
- Mitglied des Aufsichtsrats der Reichmuth & Co. Integrale Vermögensverwaltung AG, München
- President der Afra Holdings Ltd., Toronto, Kanada
- President der Herma Holdings S.C. Inc., Toronto, Kanada
- President der Boston Gardens GP Inc., Boston MA, USA

**Herr Rainer Mercklinghaus, Vaterstetten**

Alter: 44 Jahre

Beruf: Bankangestellter

Im AR seit: 21.05.2003 (Arbeitnehmersvertreter)

**Herr Thomas Wiegelmann, Sulzbach / Taunus**

Alter: 38 Jahre

Beruf: Bankangestellter

Im AR seit: 26.06.1998 (Arbeitnehmersvertreter)

## (76) Anteilsbesitz des Konzerns

Name / Sitz	Anteil in % am Kapital	Letzter Jahresab- schluss	Eigenkapital (ge- samt)	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres
Baader Management AG, Unterschleissheim *)	100,00	31.12.2006	€ 48.537,74	€ -167,01
Baader Service Bank GmbH, Unterschleissheim *)	100,00	31.12.2006	€ 6.484.196,06	€ 906.740,84
Baader Heins & Seitz Capital Ma- nagement AG, Unterschleissheim *)	70,00	31.12.2006	€ 186.479,30	€ 40.582,87
Conservative Concept Portfolio Management AG, Bad Homburg *)	49,96	31.12.2006	€ 1.221.450,12	€ 326.314,59
Direcct AG, Bad Homburg *)	96,43	31.12.2006	€ 234.629,42	€ 181.062,69
Conservative Concept AG, Zug *) 2)	99,99	31.12.2006	€ 541.381,40	€ 279.434,23
SPAG St. Petersburg Immobilien und Beteiligungs AG, Darmstadt *)	39,81	31.12.2005	€ 28.315.157,80	€ 5.690.491,56
Parsoli Corporation Ltd., Mumbai *) 1)	24,90	31.03.2006	€ 4.230.496,49	€ 547.370,40
U.C.A. AG, München	13,81	31.12.2005	€ 26.506.522,48	€ 3.443.402,18
KST Beteiligungs AG, Stuttgart	8,27	31.12.2005	€ 21.273.080,65	€ 5.734.981,86
BEN Bavarian Equity Network GmbH, München	20,00	31.12.2005	€ 65.526,29	€ -3.634,33
Stillking Film Group N.V., Amsterdam 3)	7,19	31.12.2005	T€ 7.383,00	T€ 2.263,00
Brain Abwicklungsgesellschaft AG, Breisach	9,09			insolvent

Unternehmensangaben basieren auf testierten bzw. veröffentlichten Einzelabschlüssen

\*) in den Konzernabschluss einbezogene Gesellschaften

1) das Eigenkapital und Ergebnis des letzten Geschäftsjahres wurden umgerechnet (€/INR 53,995)

2) das Eigenkapital und Ergebnis des letzten Geschäftsjahres wurden umgerechnet (€/CHF 1,6069)

3) das Eigenkapital und Ergebnis des Geschäftsjahres zum 31.12.2005 wurden umgerechnet (€/USD 1,1797)

Unterschleissheim, den 07.03.2007  
Baader Wertpapierhandelsbank AG

Der Vorstand

Uto Baader, Dieter Brichmann, Stefan Hock,  
Christopher Schütz, Dieter Silmen



Die indische Kultur gehört zu den ältesten und mannigfaltigsten Kulturen der Erde. Sie war prägend für ganz Süd- und Südostasien. Der Glaube spielt in Indien, dem Ursprungsland mehrerer Religionen (Hinduismus, Buddhismus, Jainismus, Sikhismus) eine herausragende Rolle und hat so auch die Kultur des Landes entscheidend geprägt. Aber auch fremde Einflüsse, wie etwa der Islam oder europäische Kolonialmächte, hinterließen ihre Spuren, ohne Indien jedoch im Kern zu verändern.

Die Stille ist nicht auf den Gipfeln der Berge,  
der Lärm nicht auf den Märkten der Städte,  
beides ist in den Herzen der Menschen.

Aus Indien





## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Baader Wertpapierhandelsbank Aktiengesellschaft, Unterschleissheim, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstandes der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie unter ergänzender Beachtung der International Standards on Auditing (ISA) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebe-

richt überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Bremen, den 16. März 2007

Clostermann & Jasper Partnerschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft

Clostermann  
Wirtschaftsprüfer

Lamm  
Wirtschaftsprüfer

## **Impressum**

### **Herausgeber**

Baader Wertpapierhandelsbank AG  
Weihenstephaner Str. 4 • 85716 Unterschleissheim  
Tel. +49 (0)89 51 50-0 • Fax +49 (0)89 51 50-11 11  
[www.baaderbank.de](http://www.baaderbank.de)  
[info@baaderbank.de](mailto:info@baaderbank.de)

### **Grafik-Design**

RESpública Agentur für Kommunikation GmbH  
Ohmstr. 15 • 80802 München  
Tel. +49 (0)89 21 31 98-0 • Fax +49 (0)89 21 31 98-20  
[www.respublica.de](http://www.respublica.de)  
[hallo@respublica.de](mailto:hallo@respublica.de)

### **Bildmaterial**

Getty Images Deutschland GmbH  
Auenstr. 5 • 80469 München  
Tel. +49 (0)89 20 24 06-0 • Fax +49 (0)89 20 24 06-255  
[www.gettyimages.de](http://www.gettyimages.de)

### **Litho**

Zehentner und Partner GmbH  
Martin-Kollar-Str. 9 • 81829 München  
Tel. +49 (0)89 43 57 20 • Fax +49 (0)89 43 57 22 44  
[www.zehentner-partner.de](http://www.zehentner-partner.de)  
[info@zehentner-partner.de](mailto:info@zehentner-partner.de)

### **Druck**

RMO Welte GmbH  
Helene-Wessel-Bogen 9 • 80939 München  
Tel. +49 (0)89 31 64 36 8 • Fax +49 (0)89 31 62 54 9  
[rmowelte@aol.com](mailto:rmowelte@aol.com)



Baader Wertpapierhandelsbank AG  
Weihenstephaner Str. 4  
85716 Unterschleissheim  
Tel. +49 (0)89 5150-0  
Fax +49 (0)89 5150-1111  
[www.baaderbank.de](http://www.baaderbank.de)  
[info@baaderbank.de](mailto:info@baaderbank.de)

/ BAADER /